

Stellungnahme des MDR

**zur schriftlichen Anhörung des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien gemäß §79 der
Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

zum

**Thüringer Gesetz zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag, *Gesetzesentwurf der
Landesregierung* - Drucksache 7/1587 -**

1. Ist Ihrer Meinung nach der 22. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (KEF) gesetzeskonform entstanden?

Die KEF hat nach dem Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag auf Grundlage der Bedarfsanmeldungen von ARD, ZDF und Deutschlandradio den Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks umfassend geprüft. Dabei hat sie den Rundfunkanstalten gemäß § 5 RFinStV Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Prüfung erfolgte anhand der in § 3 RFinStV niedergelegten Maßstäbe in Übereinstimmung mit der seit nunmehr vielen Jahren geübten und gesetzeskonformen Praxis. Zwar hat die ARD insbesondere die Betrachtungen der KEF zur Gehaltsstruktur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk fachlich kritisiert. Kritisiert wurde auch die teils sehr einschneidende Kürzung des angemeldeten Bedarfs und die unsererseits teils anders ausfallenden Prognosen hinsichtlich der Ertragserwartung für die nächsten Jahre. Dies ändert aber nichts daran, dass der 22. KEF-Bericht in Verfahren, Form und Inhalt den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

2. Ist Ihrer Meinung nach der Vorschlag zur Beitragsanpassung auf Basis des 22. Berichts der KEF gesetzeskonform entstanden und hält dieser einer verfassungsrechtlichen Prüfung stand?

Siehe Antwort zu Frage 1 und 3.

3. Sehen Sie eine der verfassungsrechtlichen Bedingungen zur Abweichung vom Vorschlag der KEF, also mangelnder Zugang zu Informationen oder eine unangemessene Belastung der Beitragszahlerinnen (vergl. BVerfGE 90, 60 [103 f.] als erfüllt an?

Nein. Die maßvolle Anhebung des Beitrags um monatlich 86 Cent führt weder dazu, dass den Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu Informationen verwehrt würde noch stellt dies eine unangemessene finanzielle Belastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler dar. Vielmehr wird mit der Anhebung des Beitrags gewährleistet, dass der MDR seinem Auftrag, die Bevölkerung mit Information, Bildung, Unterhaltung und Kultur zu versorgen, weiter nachkommen kann.

Die in § 4 RBeitrStV vorgesehenen Regelungen zur Ermäßigung der Beitragspflicht sowie zur Befreiungen von der Beitragspflicht vermeiden eine unangemessene Belastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Möglichkeit der Länder für eine Abweichung vom Vorschlag der KEF aufgrund des Prinzips der Staatsferne begrenzt. Neben offensichtlichen Fehlern – die im 22. KEF-Bericht nicht ersichtlich sind – sind Auswirkungen auf den Informationszugang und die angemessene Belastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler als taugliche Anknüpfungspunkte für eine Abweichung von der Rechtsprechung angesprochen worden. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht die Anforderungen an eine Abweichungsbegründung insoweit hoch gesetzt, als dass die Länder die ihrer Abweichungsentscheidung zugrundeliegenden Tatsachen und die daran anknüpfenden Wertungen transparent und damit einer Prüfung zugänglich machen müssen. Die Begründung der Länder muss vor der Rundfunkfreiheit Bestand haben. Uns sind hinsichtlich des Gesichtspunkts eines mangelnden Zugangs zu Informationen durch eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 86 Cent keine erkennbaren Auswirkungen ersichtlich. Mit dem Rundfunkbeitrag werden gerade vielfältige und hochwertige frei zugängliche Informationsangebote sichergestellt, sodass die Anpassung des Beitrags hier eher einen positiven als nachteiligen Effekt hat. Was die Angemessenheit der Belastung der Beitragszahler angeht, ist mit Blick auf das Gebot der auftragsadäquaten Finanzierung zu beachten, dass der Gesetzgeber auch in diesem Falle die Aufgabenerfüllung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sicherzustellen hat. Der Gesetzgeber hat bei seiner Wertung auch die Möglichkeit der Befreiung vom Rundfunkbeitrag zu berücksichtigen und darzulegen, dass diese Befreiungsmöglichkeiten nicht ausreichen, um eine angemessene Beitragslast sicherzustellen.

4. Sehen Sie eine Gefahr für die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bevölkerung, wenn der Beitrag angehoben wird?

Die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird ganz maßgeblich durch die Erfüllung seines gesetzlichen Programmauftrags gewährleistet. Der MDR erreicht mit seinen Programmen und Telemedienangeboten 93 % der Bevölkerung im MDR-Sendegebiet als regelmäßige Nutzerinnen und Nutzer. Repräsentativen Umfragen zufolge sagen 70 % der Menschen aus Mitteldeutschland, dass der Rundfunkbeitrag ein unabhängiges und anspruchsvolles Medienangebot in Deutschland sichere. Zudem seien es die Angebote des MDR in Fernsehen, Radio und Online wert, dass man dafür Rundfunkbeitrag entrichte. Die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks steht und fällt mit seiner Verfügbarkeit, seinem Programmangebot und mit seinem gesellschaftlichen Wertbeitrag. Die Handelshochschule Leipzig und die Universität St. Gallen haben in ihrem „Gemeinwohlatlas“ repräsentative Ergebnisse über den Gemeinwohlbeitrag von 137 Institutionen zusammengestellt. Angeführt wird das Feld von der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und Sozialverbänden. Die ARD-Dritten rangieren auf Platz 16, gefolgt vom ARD-ERSTEN auf Platz Rang 18 und dem ZDF auf Platz 21.

5. In welche Richtung bzw. wie sollte die Auftragsdefinition des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den nächsten Jahren fortentwickelt werden? Ist es richtig, wenn nicht zuerst ein klarer Auftrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk definiert wird und erst dann die Form und die Höhe der Finanzierung festgelegt wird? Wie sinnvoll ist eine Reduzierung des Umfangs des öffentlich-rechtlichen Angebots und welche Bereiche kämen dafür in Betracht?

Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in § 11 RStV sowie den Gesetzen und Staatsverträgen, mit denen die Länder ihre Landesrundfunkanstalten, das Deutschlandradio sowie das ZDF gegründet haben, niedergelegt. Darüber hinaus legen die Länder in § 11b RStV die Anzahl und den Inhalt der von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ausgestrahlten Fernsehprogramme fest. § 11 c RStV regelt die Anzahl und im Falle von Deutschlandradio auch die inhaltliche Ausrichtung der von den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten ausgestrahlten Hörfunkprogramme. Für die Beauftragung der öffentlich-rechtlichen Telemedienangebote setzten die Länder in § 11d bis 11g RStV den gesetzlichen Rahmen. Damit konkretisieren die Länder jeweils einfachgesetzlich die rundfunkverfassungsrechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Bedarfsanmeldung der Rundfunkanstalten gem. § 1 RFinStV bei der KEF basiert auf diesem Auftrag.

Aus dem so beschriebenen gesetzlichen Programmauftrag leitet sich der Finanzbedarf der Rundfunkanstalten, die entsprechende Prüfung durch die KEF und die Festsetzung der Höhe des Rundfunkbeitrags ab: Die Finanzierung folgt dem gesetzlichen Auftrag im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben.

Veränderungen beim Auftrag durch die dafür zuständigen Länder im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben hätten so perspektivisch auch Auswirkungen auf den Finanzbedarf und die Höhe des Beitrages.

Die ARD hat sich bereits 2017 mit entsprechenden Anregungen zur weiteren Ausgestaltung des Auftrags, zur Strukturoptimierung und zur Weiterentwicklung des Verfahrens der Finanzbedarfsfeststellung in Zeiten der Digitalisierung auf Bitten der Länder aktiv eingebracht. Der entsprechende Bericht ist beigelegt.

6. Wie sollte die Anpassung der Auftragsbeschreibung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an die heutigen Medienbedürfnisse und Mediennutzung der Bevölkerung ausgestaltet sein?

Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Sachsen und Thüringen haben im Jahr 2018 im Länderkreis eine Neufassung der Beauftragung von ARD und ZDF vorgeschlagen. Dabei wurden sowohl Elemente der Flexibilisierung als auch der Budgetierung sowie eine Indexierung des Rundfunkbeitrages zur Diskussion gestellt. Der MDR hat diesen Vorschlag grundsätzlich befürwortet und es bedauert, dass die hierzu von den Ländern unter Beteiligung der KEF sowie von ARD und ZDF geführte Diskussion bisher zu keinem Ergebnis geführt hat.

Die Ministerpräsidentinnen und Präsidenten der Länder haben im Juni 2020 festgehalten, dass die moderate Anpassung des Rundfunkbeitrages zum 1. Januar 2021 eine unmittelbare Folge des Strukturreformprozesses, der von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten infolge des Beschlusses der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom Oktober 2016 eingeleitet wurde, ist. Die Rundfunkkommission der Länder wurde zugleich gebeten, die Arbeiten zur Reform des Auftrages und zur Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fortzuführen und den Regierungschefinnen und -chefs der Länder bis zu ihrer Konferenz im Sommer 2022 einen Reformvorschlag vorzulegen. Die ARD und der MDR werden sich an dieser Arbeit konstruktiv beteiligen.

7. Inwiefern könnte eine Auftragsflexibilisierung dazu beitragen, die Kosten und damit den Rundfunkbeitrag stabil zu halten?

Eine Auftragsflexibilisierung hätte den Vorteil, dass die Rundfunkanstalten schneller als bislang auf die Entwicklungen auf den hochdynamischen Medienmärkten und veränderte Nutzungsgewohnheiten des Publikums reagieren könnten. Die Rundfunkanstalten hätten damit die Möglichkeit, die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel unter Einbindung ihrer Aufsichtsgremien möglichst effizient zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Fernsehen, Radio und Telemedien einzusetzen. Eine statisch-starre Festlegung durch Landesrundfunkgesetze und Staatsverträge, die der Medienentwicklung zeitlich nachläuft, wäre in diesem Modell obsolet. Es läge so in der Verantwortung der Anstalten und deren Gremien, entsprechende Medienangebote unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben wie dies etwa bei den Drei-Stufen-Tests unter Mitverantwortung der Gremien der Fall ist, zu entwickeln und gleichzeitig abzuwägen, was an anderer Stelle mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unter Beachtung des Prinzips von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ggf. nicht mehr realisiert werden kann. Die Rolle der KEF als Prüfinstanz für den Finanzbedarf bliebe dabei weiter bestehen.

8. Wie ist der Reformwille der Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bezüglich der Debatte über schlankere Strukturen und den Abbau von Doppelstrukturen, mehr Kooperationen, eine Erweiterung der Gemeinschaftsaufgaben und deutliche Einsparmaßnahmen einzuschätzen?

Die Landesrundfunkanstalten haben den Ländern 2017 zugesagt, ihre Zusammenarbeit insbesondere in Bereichen wie Technik und Verwaltung weiter zu intensivieren, um auf diese Weise ein Einsparvolumen von 588 Mio € bis zum Jahr 2028 zu heben. Davon sollen allein 311 Mio. Euro auf die nächste Beitragsperiode entfallen. Die KEF hat diese in der Anlage dargestellten Anstrengungen im Rahmen ihres 22. Berichts gewürdigt. Der MDR beispielsweise ist Prozessführer für umfangreiche Projekte wie die SAP-Prozessharmonisierung und IT-Strategie.

Konkrete Projekte der ARD-Strukturreform in den Bereichen Verwaltung, Technik und Produktion sind beispielsweise: eine gemeinsame Archivinfrastruktur, gemeinsame Aus- und Fortbildung, gemeinsamer Einkauf, Kooperation im Verkehrsfunk, die Harmonisierung von Prozessen, eine gemeinsame IT-Strategie. Personalabbau kann aber nur im Rahmen des programmlich vertretbaren und arbeitsrechtlich zulässigen erfolgen. Die Erfüllung des Auftrags auch mit weniger Personal ist gerade aufgrund der Digitalisierung möglich geworden. Zudem unterzieht die ARD ihre Gemeinschaftseinrichtungen einer intensiven Wirtschaftlichkeitsprüfung.

Der strukturellen Verschlinkung der ARD sind aber rechtliche Grenzen gesetzt. Doppelstrukturen lassen sich in einem Unternehmensverbund wie der ARD nicht vermeiden, da sie – wie in den

Ländern auch – Ergebnis der von den Ländern gesetzlich mitgestalteten föderalen Struktur der ARD-Arbeitsgemeinschaft sind. Zudem erfüllen die Rundfunkanstalten neben ihren Aufgaben innerhalb der ARD auch spezifische eigene gesetzliche Aufgaben, für die sie eigene Infrastruktur und Personal benötigen, etwa im Bereich des Hörfunks oder der Dritten Fernsehprogramme. Dort, wo jedoch Aufgaben effizient gemeinsam erfüllt werden können, etwa bei der Vergabe von Aufträgen oder der gemeinsamen Produktion von Sendungen, kooperieren die Rundfunkanstalten intensiv. Das Kartellrecht setzt der Kooperation der Rundfunkanstalten allerdings auch Grenzen. Denn auch wenn die ARD durch einen gemeinsamen Beitrag finanziert wird und gesetzlich dazu angehalten ist, zu kooperieren, betrachtet die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs die Anstalten als voneinander unabhängige Unternehmen im Wettbewerb und erlaubt es diesen zum Teil nicht, Stärken gemeinsam im Interesse der Beitragszahler kostensenkend auszuspielen.

9. Führt das derzeitige Finanzierungsprinzip des öffentlich-rechtlichen Rundfunks „Finanzmittel nach Bedarf“ tatsächlich zu Einsparungen? Oder müsste dieses Prinzip nicht geändert werden? Welches Prinzip sollte gelten?

Die Ermittlung des Finanzbedarfs ist Ausfluss des verfassungsrechtlichen Grundsatzes, dass die wirtschaftlich auskömmliche Finanzierung dem Auftrag zu folgen hat (Auftragsakzessorietät der Finanzierung). Ergebnis ist die Feststellung einer bedarfsgerechten Finanzierung durch die KEF. Dieser Prüfauftrag umfasst ausdrücklich auch Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Mittelverwendung. Die Beitragsempfehlungen der KEF gehen für die Anstalten mit starken Einsparvorgaben einher.

10. Sollte der bislang eingeschränkte Prüfraum der KEF, der sich lediglich darauf erstreckt, ob sich die Programmentscheidungen der Anstalten im Rahmen des Rundfunkauftrags halten und der Finanzbedarf nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zutreffend ermittelt wurde, erweitert werden? Wie sollte dieser Prüfraum erweitert werden? Wie bewerten Sie die fehlenden Einsichtsmöglichkeiten der KEF in Verträge der Rundfunkanstalten bspw. Kabelnetzbetreiber, Sportübertragungsrechte) im Hinblick auf den Prüfauftrag der KEF?

Die KEF erhält zur Durchführung ihrer Finanzbedarfsprüfung alle erforderlichen Informationen von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. In Gesprächen zwischen der KEF und den Rundfunkanstalten werden diese Informationen vertieft und präzisiert. Da die höchstrichterliche kartellrechtliche Rechtsprechung die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im gesamten Bereich ihrer Auftragserfüllung als Unternehmen wie jedes andere Wirtschaftsunternehmen auch ansieht, sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erheblichen kartellrechtlichen Restriktionen beim Austausch von Informationen ausgesetzt. Diese Restriktionen wirken strikt. Das kartellrechtliche Abstimmungsverbot darf deshalb nicht durch den Informationsaustausch über die KEF umgangen werden.

Diesem Missstand kann allerdings durch die gesetzliche Normierung einer Ausnahme vom Kartellverbot für den Auftragsbereich der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten jedoch hinreichend Rechnung getragen werden. Diese Intention verfolgen die Bundesländer aktuell im Rahmen der 10. GWB-Novelle im Bundesratsverfahren.

11. Wie ist die hohe Anzahl (186) von Beteiligungen der Rundfunkanstalten zu bewerten?
Sollten die Rundfunkanstalten ihre Beteiligungen sukzessive vermindern, um so mehr Transparenz und Einsparungen zu erreichen?

Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten haben Tochterfirmen gegründet, um ihren Programmauftrag möglichst effizient erfüllen zu können.

Beteiligungen der Rundfunkanstalten haben einen praktischen Zweck bzw. sind teilweise auch staatsvertraglich vorgegeben, wie beispielsweise die Werbegesellschaft des MDR in Erfurt.

Der MDR veröffentlicht wesentliche Angaben über seine Beteiligungen im Rahmen seines Geschäftsberichtes, in der jährlichen Berichterstattung an die Landtage sowie in einem eigenen Beteiligungsbericht. Die Arbeit der Tochterfirmen ist regelmäßig Bestandteil der Befassungen des MDR-Verwaltungsrates, der bei Veränderungen in der Beteiligungsstruktur zustimmungspflichtig eingebunden werden muss. Die Landesrechnungshöfe in Mitteldeutschland wirken bei der Bestellung der Wirtschaftsprüfer für MDR-Beteiligungen mit und haben bei Mehrheitsbeteiligungen Einsichts- und Prüfrechte. Die entsprechenden Berichte liegen auch dem Thüringer Landtag regelmäßig vor. Der MDR hat im Jahr 2020 seine Drefa Media Holding GmbH (Leipzig) mit der bisherigen MDR-Werbung GmbH verschmolzen und so seine Beteiligungsstruktur verschlankt. Sitz der neuen MDR Media ist die Landeshauptstadt Erfurt. Die KEF hat in ihrem 22. Bericht in Teilziffer 657 diese Strukturveränderung und die damit verbundene Absicht begrüßt. Gemeinsam mit ZDF digital hat der MDR eine neue Digital- und Innovationsagentur gegründet, die auch mit einer Betriebsstätte in Erfurt gemeinsam mit dem KiKA digitale Entwicklungen vorantreiben soll.

So dient die Beteiligung an Tochterunternehmen neben der Erfüllung rundfunkstaatsvertraglicher Pflichten zur Trennung kommerzieller und hoheitlicher Tätigkeiten auch der effizienten Aufgabenwahrnehmung. Dennoch hat die ARD eine umfassende Prüfung der Wirtschaftlichkeit ihrer gemeinsamen Einrichtungen (GSEA) eingeleitet, um sicherzustellen, dass diese auch heute noch den Bedürfnissen und Anforderungen der ARD und ihres Auftrags entsprechen. Eine bloße Reduzierung von Beteiligungen führt demgegenüber nicht zwingend zu Einsparungen, wenn Aufgaben, die innerhalb von Beteiligungsgesellschaften erbracht werden, an anderer Stelle zu erbringen sind.

12. Welche Einsparpotenziale sehen Sie beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bisher von der KEF noch nicht berücksichtigt wurde?

Die KEF ist gesetzlich dazu verpflichtet, bei ihrer Begutachtung Einsparpotenziale aufzuzeigen und bei der Bemessung der Höhe des Rundfunkbeitrags zu berücksichtigen. Sie ist, wie weiter oben (Frage 2) deutlich gemacht wurde, nach Auffassung des MDR ihrem gesetzlichen Auftrag umfassend und rechtlich einwandfrei nachgekommen. Die KEF hat alle Einsparpotenziale, die sie im Rahmen der gegenwärtigen Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks identifizieren konnte, auch benannt.

13. Welche konkreten Einsparungen in welcher Höhe sind seitens der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den letzten zehn Jahren erfolgt? Welche konkreten Erfolge konnten in den Bereichen Personal und Pensionslasten erzielt werden?

Die ARD-Landesrundfunkanstalten ergreifen bereits seit Jahren vielfältige Maßnahmen, um die gestiegenen Kosten auszugleichen und die Effizienz – auch dank neuer digitaler Möglichkeiten – weiter zu steigern.

Dabei werden kontinuierlich Organisationsstrukturen angepasst, Produktionsabläufe optimiert und Personal reduziert. So werden im Zeitraum 1993 bis 2020 rund 4.800 bzw. 19 Prozent der Stellen im Bestand abgebaut sein. Im Zeitraum 2021 bis 2024 wird die Anzahl der besetzten Stellen nochmals um rund 390 bzw. 2 Prozent reduziert. Über 80 Prozent des Personals arbeitet unmittelbar für das Programm. Der Stellenabbau erfordert eine weitere Optimierung der Abläufe. Dazu gehört an erster Stelle die ARD-Strukturreform mit den zahlreichen und tiefgreifenden strukturellen Gemeinschaftsprojekten, die von 2017 bis 2024 einen Abbau um 355 besetzte Stellen ermöglicht. Darüber hinaus laufen beispielsweise in allen ARD-Landesrundfunkanstalten Pilotprojekte, um Teams zu verkleinern (Ein-Personen-Teams, Mobiler Journalismus, Einsatz von Kamerarucksäcken usw.).

Insbesondere in der Altersversorgung ist ein großer Durchbruch gelungen, der die ARD nicht nur bis 2024 um circa 1,2 Mrd. Euro entlasten wird, sondern auch langfristig die Kosten reduziert. Für den bestehenden Versorgungstarifvertrag wurde mit den Gewerkschaften eine Regelung erreicht, die eine Steigerung der Rentenzahlungen dauerhaft begrenzt. Der neue beitragsorientierte Tarifvertrag (BTVA) entlastet die ARD-Landesrundfunkanstalten zudem weitgehend von den Kostenrisiken der Zinsentwicklung und einer verlängerten Lebenserwartung.

Darüber hinaus wurden viele Verwaltungsetats nicht erhöht (sog. „Nullrunden“). Nicht betriebsnotwendiges Vermögen wurde und wird veräußert. Wirtschaftlich nicht mehr sinnvolle Beteiligungen werden aufgegeben, andere neu geordnet.

14. Wie bewerten Sie die Gehaltsstrukturen in den Sendeanstalten? Sollten die Rundfunkanstalten sich am Tarif des öffentlichen Dienstes orientieren?

Die Gehaltsstrukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind durch besondere Tarifverträge geregelt, die sich in den letzten Jahrzehnten stets am öffentlichen Dienst orientiert haben. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Belegschaft der Rundfunkanstalten im Schnitt älter ist als im Privatsektor und im öffentlichen Dienst, was aufgrund der Steigerungsstufen bei langjähriger Betriebszugehörigkeit zu einem höheren durchschnittlichen Gehaltsniveau führt. Um dies strukturell zu ändern, müssten neue Tarifabschlüsse ganz deutlich unter dem Niveau des öffentlichen Dienstes liegen. Die KEF hat in den letzten Jahren eine Steigerungsrate für

Personalkosten anerkannt, die unter den Steigerungen im öffentlichen Dienst lag, da die ARD, anders als die öffentlichen Kassen, von der besonders positiven steuerlichen Entwicklung bis vor der Corona-Pandemie nicht profitierte. Die Tarifabschlüsse der letzten Jahre, welche noch vor der Corona-Krise vereinbart wurden, lagen deshalb unterhalb des Niveaus des öffentlichen Dienstes.

15. Mit welcher zusätzlichen Beitragsbelastung (Beitragshöhe) für den Rundfunknutzer ist zu rechnen, wenn ein Ausgleich für den im Zusammenhang mit den gesetzlich vereinbarten Rundfunkbefreiungstatbeständen geleistet würde?

Auch wenn die Frage nicht vollständig ausformuliert worden ist, erscheinen zwei Verständnisweisen möglich:

1. Welche Mehrbelastung träfe die Rundfunknutzerinnen und -nutzer, wenn sie die Befreiungen vom Rundfunkbeitrag finanziell ausgleichen müssten?

Tatsächlich ist der Rundfunkbeitrag von der KEF seit jeher so bemessen, dass er auch unter Berücksichtigung einer prognostizierten Zahl an Befreiungen für die Finanzierung des Funktionsauftrags der Rundfunkanstalten ausreichend ist. Damit zahlen die Beitragszahlerinnen und -zahler schon jetzt die Befreiungen mit. Die Beitragsberechnung geht davon aus, dass mit den prognostizierten Erträgen aus dem Rundfunkbeitrag, inklusive sämtlicher Befreiungen und Forderungsausfälle, die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks voll finanziert werden muss. Umgekehrt könnte man aber die Frage stellen, welche Minderbelastung für die Beitragszahler vorläge, wenn etwa die Befreiungen vom Rundfunkbeitrag durch die Sozialversicherungsträger an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgeglichen würden. Ein derartiges System wird in anderen Ländern in Europa praktiziert.

2 Welche Minderbelastung träfe die Rundfunknutzerinnen und -nutzer, wenn die Befreiungen nicht von ihnen, sondern aus Steuermitteln oder von den Trägern ausgeglichen würden.

Da hinsichtlich der kommenden Beitragsperiode keine gesicherten Zahlen zum Umfang der Befreiungen und der tatsächlichen Erträge vorliegen und das Verhältnis von Befreiungen und Erträgen in jedem Jahr fluktuiert, ist eine Beantwortung dieser Frage allenfalls mittels einer Extrapolation auf Basis der Prognosewerte des 22. KEF-Berichts möglich. Die ARD sieht die Bestimmung einer konkreten Beitragshöhe aber zunächst als Aufgabe der KEF an.

Die Ist-Zahlen des Jahres 2019 illustrieren beispielhaft, dass mit einem Ausgleich der Befreiungen eine nicht unerhebliche Entlastung der Beitragszahler verbunden wäre, die den im 1. Medienänderungsstaatsvertrag vorgesehenen Betrag von 86 Cent übersteigen könnte.

Die Erträge aus dem Rundfunkbeitrag beliefen sich für das Jahr 2019 auf rd. 8.068.118 T€. Der Beitragsausfall betrug inklusive sämtlicher Ermäßigungen und ohne die Befreiung von Nebenwohnungen rd. 601.087 T€. In Thüringen betrug der Ausfall 10.729 T€. Würden alle Befreiungen durch andere Träger ausgeglichen, müssten die Beitragszahlerinnen und -zahler zur Erreichung des gleichen Gesamtertrags überschlägig 7.467.031 T€ aufbringen, was einer Minderbelastung von rund 7,4 % für 2019 entspräche. Diese Berechnung beruht aber, dies möchte der MDR ausdrücklich betonen, nur auf den Daten für das Jahr 2019 und ist nicht deckungsgleich übertragbar auf die nächste Beitragsperiode.

16. Mit welcher zusätzlichen Beitragsbelastung (Höhe) für den Rundfunknutzer ist zu rechnen, wenn eine Reduzierung der Werbung vorgenommen würde?

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben die KEF 2012 gebeten, zeitgleich mit dem 19. KF-Bericht einen Sonderbericht zu erstellen, in dem untersucht werden sollte, welche Auswirkungen ein Verzicht auf Werbung und Sponsoring in Hörfunk und Fernsehen auf die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hätte. Insbesondere sollte die Auswirkung auf die Höhe des Rundfunkbeitrags dargestellt werden.

Zum 20. KEF-Bericht hat die KEF diese Berechnungen aktualisiert und erneut den Betrag ermittelt, der zur Kompensation eines vollständigen Entfalls von Werbung und Sponsoring monatlich beitragswirksam werden würde. Sie hat dabei die Ist-Erträge für 2013 und 2014 sowie die aktualisierten Planwerte für 2015 und 2016 berücksichtigt. Dabei ergab sich ein Kompensationsbetrag von 1,23 Euro für ARD und ZDF in Summe (siehe nachstehende Tabelle aus dem 20. KEF-Bericht, S. 221). Die wirtschaftliche Bedeutung der Erträge aus Werbung und Sponsoring im Vergleich zur jeweiligen Höhe der Beitragserträge stellt sich bei den einzelnen Anstalten innerhalb der ARD unterschiedlich dar.

ARD		Gesamt
Werbung	0,75	0,81
Sponsoring	0,06	
ZDF		
Werbung	0,39	0,42
Sponsoring	0,03	
		1,23

17. Mit welcher zusätzlichen Beitragsbelastung (Höhe) für den Rundfunknutzer ist zu rechnen, um eine Erhöhung des Finanzanteils der Landesmedienanstalten auf mindestens 3 Prozent wieder auszugleichen?

Bei einer Erhöhung des Finanzanteils der Landesmedienanstalten auf 3 Prozent wäre mit einer zusätzlichen Beitragsbelastung für den Beitragszahler i. H. v. 21 Cent zu rechnen. Der monatliche Beitrag würde sich somit von 18,36 Euro auf 18,57 Euro erhöhen.

Es ist Sache der Länder zu prüfen, ob die finanzielle Ausstattung der Landesmedienanstalten aufgabengerecht bemessen ist. Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder haben bereits 2017 in gemeinsamer Konferenz festgestellt, dass der feste prozentuale Anteil am Rundfunkbeitragsaufkommen von derzeit 1,8989 Prozent zum Teil zu einer erheblichen strukturellen Überfinanzierung der Landesmedienanstalten führt. Die Rechnungshöfe haben in verschiedenen Prüfverfahren festgestellt, dass durch diese Finanzierungsform unwirtschaftliches Verhalten gefördert werde.

Die KEF hat deshalb seit dem 19. KEF-Bericht immer wieder darauf hingewiesen, dass der Anteil der Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen überprüft werden sollte. Siehe hierzu beispielsweise Tz. 420 im 22. KEF-Bericht.

18. Welche konkreten Auswirkungen hätte eine Beibehaltung der derzeitigen Höhe des Rundfunkbeitrages für den MDR, den KiKa sowie die Auftragslage der in Thüringen

ansässigen Produzenten bzw. Medienunternehmen und Kreativwirtschaft? Welche konkreten Produktionen, die auch in Thüringen hergestellt werden, würden entfallen? Welche Unternehmen, Produzenten und Freiberufler/Kreativen wären konkret betroffen? Wie hoch wäre der finanzielle Ausfall der in Thüringen ansässigen Unternehmen und Freiberufler/Kreativen bei Auftragsverlust?

Bei einem Beitrag von 17,50 müsste der MDR in der Beitragsperiode 2021 bis 2024 seinen Haushalt um ca. 165 Mio. Euro absenken. Damit verbunden wären drastische Einschnitte im Programm, von denen auch der KiKA, Produzenten, Medienunternehmen und Kreativwirtschaft in Thüringen betroffen wären. Produktionen in Thüringen werden aktuell auch durch ARD-Gemeinschaftsfinanzierungen realisiert, so z.B. „Schloss Einstein“ oder „In aller Freundschaft – die jungen Ärzte“. Inwieweit solche Gemeinschaftsfinanzierungen beim Ausbleiben der von der KEF empfohlenen bedarfsgerechten Finanzierung der Rundfunkanstalten Bestand haben werden, ist aktuell nicht zu prognostizieren.

19. Wie bewerten Sie die unterschiedliche Kategorisierung der Sendeformate bei ARD und ZDF im Hinblick auf deren Vergleichbarkeit?

Die Frage versteht der MDR als Hinweis auf die auf den Seiten 54 bis 61 des 22. KEF-Berichts vorgenommene Vergleichsbetrachtung hinsichtlich der Kosten für Erstsendeminuten. Die „Kategorisierung der Sendeformate“ bezieht sich danach auf die verschiedenen Programmressorts. Das Erste etwa weist die Ressorts „Politik und Gesellschaft“, „Kultur und Wissenschaft“, „Sport“, „Fernsehspiel“, „Spielfilm“, „Unterhaltung“ und „Familie“ auf. Diese Ressorts weichen teils von denen für das ZDF ab. Dabei ist aber anzumerken, dass die Einordnung nicht auf einer genormten Betrachtung beruht. Jede Rundfunkanstalt ist bei ihrer Programmorganisation und der Einteilung in verschiedene Ressorts im Grundsatz frei. Das bedeutet aber nicht, dass überhaupt keine Vergleichbarkeit zwischen den Daten bestünde. Gerade im Sport, einem hinsichtlich des Kostenanteils erheblichen Posten, besteht mit dem ZDF weitgehend Deckungsgleichheit. Die KEF stellt rechnerische Vergleiche von Programmvorhaben an und setzt diese zueinander in Relation, um Maßstäbe für die Bewertung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit abzuleiten – bei Wahrung der Programmautonomie.

20. Wie bewerten Sie die Personalverteilung der Sendeanstalten im Bundesvergleich?

Nahezu die gesamten Aufwendungen der ARD dienen unmittelbar der Erstellung und Verbreitung der Fernseh-, Hörfunk- und Internet-Angebote, die von der Bevölkerung in hohem Maße geschätzt werden.

Auch und insbesondere Personalkosten in der ARD dienen der Programmerstellung, da die Vielzahl der in den Landesrundfunkanstalten beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter direkt mit der Programmerstellung befasst sind, etwa die Redakteurinnen und Redakteure, Auslandskorrespondentinnen und –korrespondenten, sowie viele Regisseurinnen und Regisseure, Kamerafrauen und -männer, Radiomoderatorinnen und –moderatoren, usw.

Bedingt durch die föderale Struktur des ARD-Verbundes müssen die anstaltsindividuellen Gegebenheiten berücksichtigt werden. Die ARD-Landesrundfunkanstalten weisen unterschiedliche Organisationsmodelle auf und nehmen unterschiedliche Aufgaben wahr, so dass ein Vergleich untereinander nicht ohne Weiteres möglich ist.

- Organisationseinheiten der ARD-Anstalten sind z. T. gleich benannt, jedoch unterschiedlich ausgestaltet. Insofern ist die Zahl der Stellen nicht unmittelbar vergleichbar.
- Die Organisation wird beeinflusst durch die Größe der Rundfunkanstalten. Außerdem gibt es Einland- wie auch Mehrländeranstalten, es gibt gewachsene ARD-Anstalten, wie auch aus Fusionen hervorgegangene Anstalten.
- Die Programmerstellung bei Mehrländeranstalten wie beispielsweise dem SWR erfolgt insbesondere im Hinblick auf die regionale Berichterstattung in den jeweiligen Landesfunkhäusern.
- Auch der Grad der Fertigungstiefe kann zwischen ARD-Anstalten abweichen, z. B. aufgrund abweichender Standortbedingungen.

Bei einer geringen Fertigungstiefe verzichtet eine Rundfunkanstalt weitgehend auf überwiegend selbsterstellte Produktionen und setzt stattdessen in erster Linie von Dritten erstellte Produkte (z.B. Spielfilme, Auftragsproduktionen oder Sportübertragungen) im Programm ein. Bei einer hohen Fertigungstiefe werden Programme überwiegend selbst produziert. Die Frage „make or buy“ wird mit ihren möglichen Varianten weitgehend im Einzelfall auch abhängig vom Programmspektrum und auf Grundlage der bestehenden Verhältnisse entschieden.

Bei einem hohen Anteil an von Dritten bezogenen Produktionen (Fremdproduktionen) fallen die Personalkosten bei den Zulieferern an. Der Personalkostenanteil einer Rundfunkanstalt mit einem hohen Anteil an Fremdproduktionen ist bezogen auf die Gesamtkosten geringer als bei einer Rundfunkanstalt mit einem hohen Anteil an Eigenproduktionen.

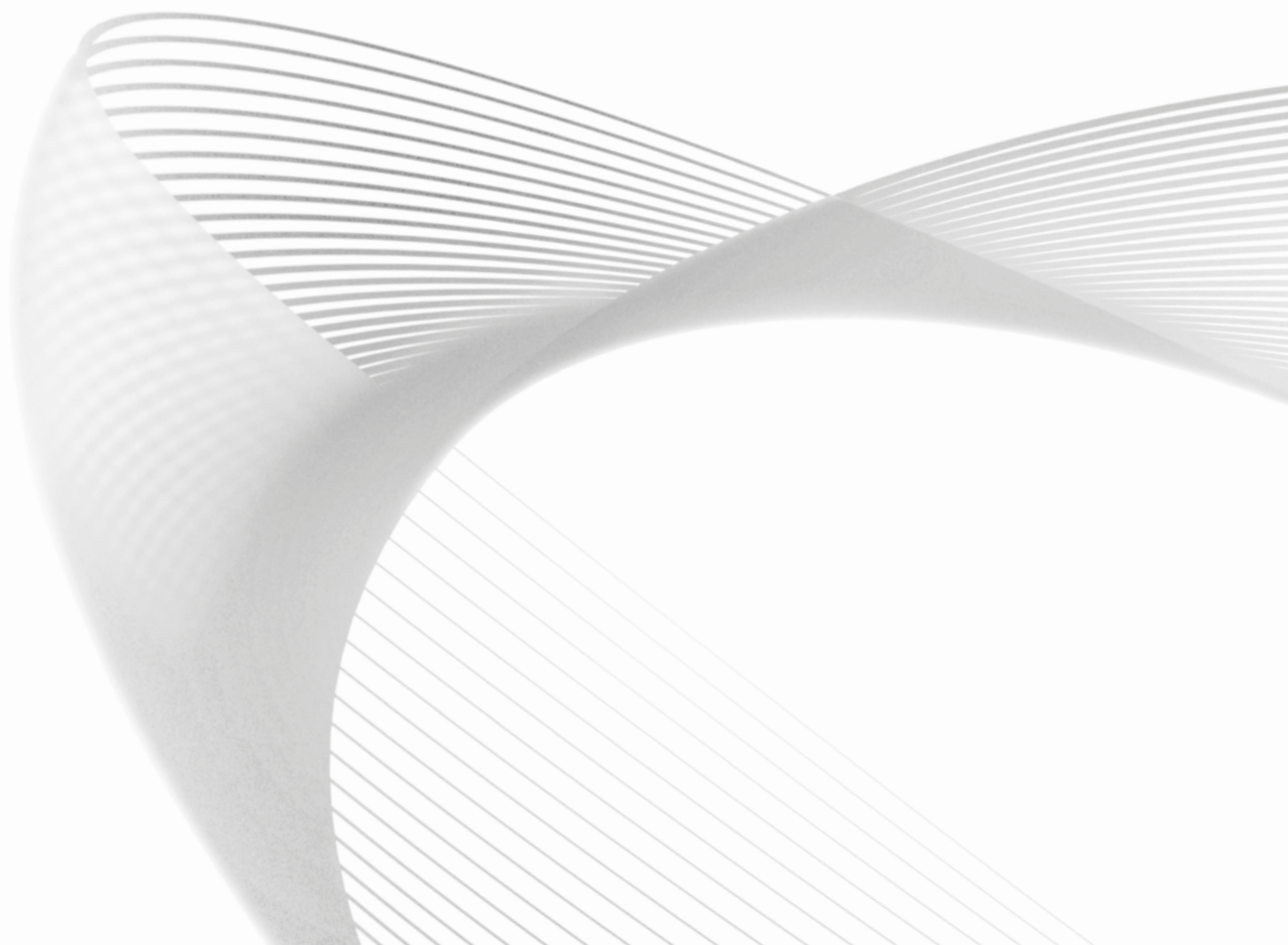
Der relative Anteil der Personalaufwendungen oder der Honoraraufwendungen allein lässt in der Regel keine unmittelbaren Rückschlüsse insbesondere auf die Wirtschaftlichkeit einer Rundfunkanstalt zu. Dies gilt auch für einen möglichen Vergleich zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio.

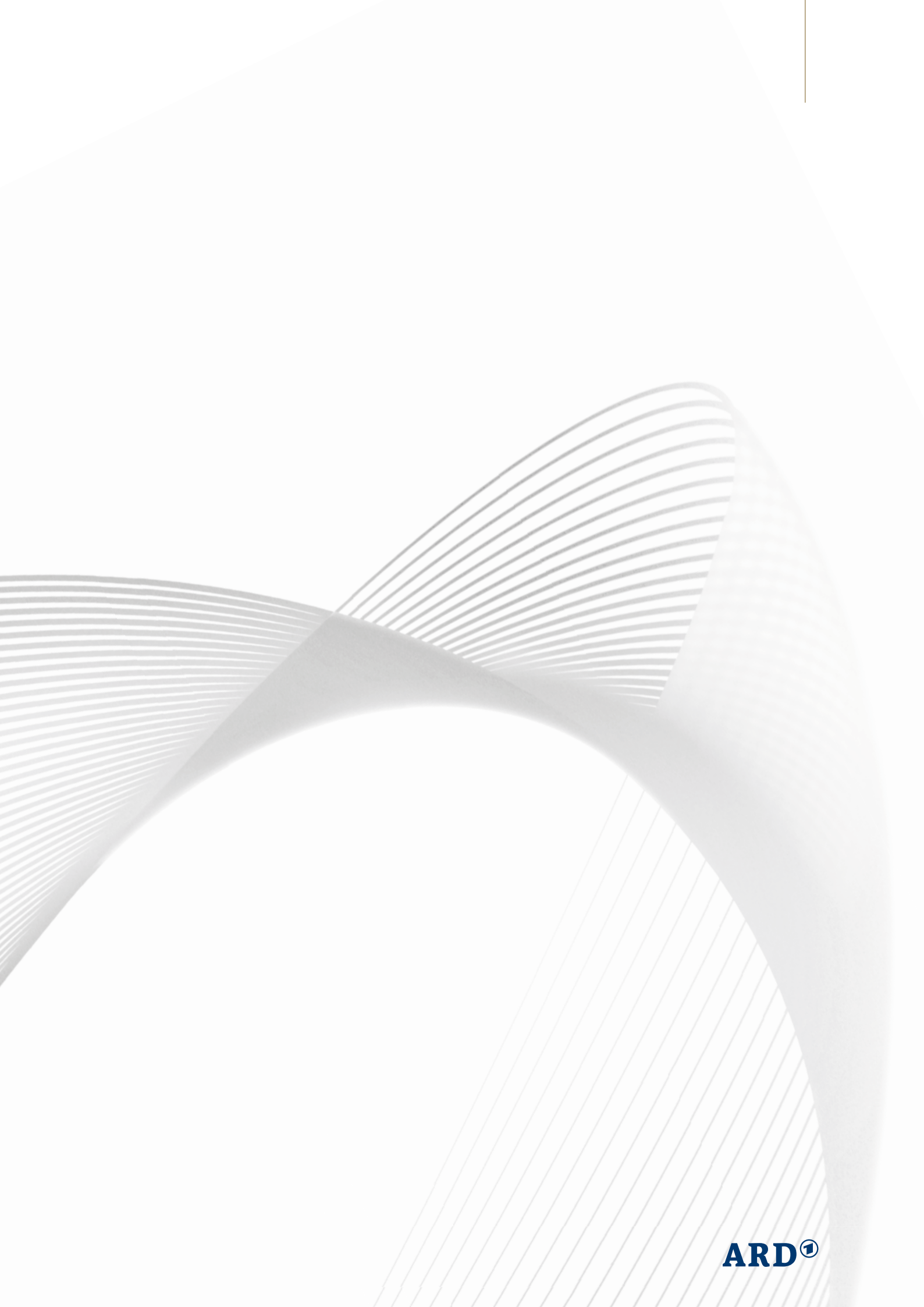
Unabhängig von der Frage der Verteilung zwischen den einzelnen ARD-Landesrundfunkanstalten baut die ARD seit Jahren Stellen ab. So werden im Zeitraum 1993 bis 2020 rund 4.800 bzw. 19 Prozent der Stellen im Bestand abgebaut sein. Im Zeitraum 2021 bis 2024 wird die Anzahl der besetzten Stellen nochmals um rund 390 bzw. 2 Prozent reduziert.

SEPTEMBER 2017

Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter

Bericht der ARD





INHALT

I. BERICHT DER ARD

Auftrag und Strukturoptimierung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter

Zusammenfassung	3
1. Auftrag und Chancen der Digitalisierung	6
1.1 Digitale Zeitenwende	6
1.2 Unsere Verantwortung im digitalen Zeitalter	7
2. Die ARD-Strukturreform: Auf dem Weg zum crossmedialen und integrierten föderalen Medienverbund	16
2.1 Kooperation als Prinzip der Strukturreform	17
2.2 Prozesssteuerung	18
2.3 Einordnung der Einsparpotenziale	19
2.4 Schlüsselprojekte	20
a) Produktion	20
b) IT-Strategie	22
c) SAP Prozessharmonisierung	22
d) Archivinfrastruktur MediaDataHub	23
e) Korrespondentennetz	24
f) Plattform für digitale Produkte	25
3. Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln	26
4. Rechtliche Rahmenbedingungen gestalten	28
4.1 Den Auftrag zeitgemäß gestalten	28
4.2 Das Gelingen der Strukturreform gegen Kartellrechtsrisiken absichern	29
4.3 Die Auffindbarkeit unserer digitalen Angebote auf Medienplattformen gewährleisten	30
4.4 Die Digitalisierung des Radios befördern	31
4.5 Die Kostenrisiken minimieren	32
5. Systemwechsel bei den Betriebsrenten: Weniger Versorgungslasten	34
6. Fazit	36

II. ANLAGEN ZUM BERICHT DER ARD

(SIEHE GESONDERTER ANLAGENBAND)

1. Die Strukturprojekte der ARD
2. Struktur Rundfunkbeitrag: Entwicklung der Einnahmen/Erträge
3. Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln:
Reformüberlegungen zu den Verfahrensstufen

Zusammenfassung

Mit diesem Bericht stellen wir dar, wie die ARD die Chancen der Digitalisierung langfristig und strategisch nutzen wird, um ihren Auftrag im digitalen Zeitalter bestmöglich zu erfüllen. Wir zeigen zudem auf, welche Einsparungen wir in den kommenden beiden Beitragsperioden und darüber hinaus durch strukturelle Reformen umsetzen werden. Zugleich kommen wir mit diesem Bericht der Bitte der Regierungschefinnen und -chefs der Länder nach, zu bestimmten Reformfeldern bis September 2017 Vorschläge zu unterbreiten.

Die ARD wird sich zu einem inhaltlich crossmedialen und strukturell integrierten föderalen Medienverbund weiterentwickeln, das heißt

- Inhalte werden, wo immer möglich, medienübergreifend recherchiert, konzipiert und produziert – auf der Ebene der Landesrundfunkanstalten und unseres Medienverbunds,
- wir kooperieren überall dort, wo wir dadurch besser und effizienter werden, und vereinheitlichen, standardisieren und synchronisieren Abläufe in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung,
- durch die intensivere Zusammenarbeit bei übergreifenden Aufgaben und Hintergrundprozessen bleibt den Landesrundfunkanstalten mehr Raum, ihr regionales Profil medienübergreifend zu schärfen – denn die Menschen schätzen die kulturelle Authentizität und Verankerung ihrer Landesrundfunkanstalt in der Region.

Durch diesen strukturellen Umbau werden wir nicht nur unsere Effizienz steigern, sondern wollen vor allem die größtmögliche inhaltliche Wertschöpfung für die Gesellschaft erreichen. Wir verschlanken unsere Strukturen, senken Kosten und bringen zu-

gleich durch intensivere Kooperation mehr Innovationen ins Programm. Denn entscheidend für die Akzeptanz und Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind unsere programmlichen Leistungen und Angebote, mit denen wir zu Meinungsfreiheit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und kulturellem Reichtum beitragen. So spiegeln wir unser föderales Land in seiner gesamten Vielfalt, vermitteln Identität und Heimat und fördern das kulturelle Verständnis und Miteinander.

Das geschätzte Gesamteinsparvolumen liegt bis 2028 bei rund 951 Millionen Euro.

Davon entfallen auf die Programmverbreitung 363 Millionen Euro, die für den Zeitraum 2017 bis 2020 bereits in den Finanzplanungen der Landesrundfunkanstalten beziehungsweise im 20. KEF-Bericht enthalten sind. Die weiteren Einsparvolumen in Höhe von 588 Millionen Euro resultieren aus den 20 ARD-Strukturprojekten, deren Auswirkungen auch in die Finanzplanungen der Landesrundfunkanstalten für den 22. KEF-Bericht aufgenommen werden. Dies sind Netto-Beträge, bei denen notwendige Aufwendungen bereits berücksichtigt sind.

Die Schlüsselprojekte der Strukturreform sind in unserem Bericht ausführlich beschrieben: die einheitliche IT-Infrastruktur, die standardisierte Software in der Verwaltung, das crossmediale Mediendatensystem zur vereinfachten Archivierung, die (Teil-)Automatisierung bei Sendeabwicklung oder bei der Produktion von Großereignissen, die gemeinsame technische Plattform für unsere digitalen Produkte sowie der konsequente Ausbau der Crossmedialität in allen Studios und Redaktionen. Auch die Zusammenarbeit im System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt wollen wir weiter voranbringen. Von unseren 20 Kooperationsprojekten sind 11 mit dem ZDF, 15 mit Deutschlandradio vorgesehen.

Zu diesen Einsparungen kommen die einmaligen und langfristigen Effekte aus dem Systemwechsel bei den Betriebsrenten, die uns vor allem bei den Rückstellungen für die Altersversorgung bis 2024 um einen hohen dreistelligen Millionenbetrag entlasten. Der Tarifkompromiss bedarf noch der Zustimmung der Gremien der Gewerkschaften und der Landesrundfunkanstalten.

Es gibt jedoch auch Kostenrisiken, die von uns nicht beeinflussbar sind, aber vom Gesetzgeber verringert werden können. Sollten wir an die Kabelnetzbetreiber Einspeiseentgelte für den Transport unserer – der für ihr Geschäftsmodell wertvollen – Inhalte zahlen müssen, würden hierfür jährliche Aufwendungen im mittleren zweistelligen Millionenbetrag entstehen. Auch lange Simulcastphasen im Zuge des Umstiegs von analogen auf digitale Techniken erhöhen die Verbreitungskosten. Je früher der gemeinsame Umstieg von UKW auf DAB+ und Ausstieg aus der parallelen Satellitenverbreitung in SD und HD gelingen, desto eher können sich die Effizienzgewinne realisieren.

Maßstab und Ziel all unseres Handelns ist es stets, unseren Aufgaben verlässlich und zeitgemäß nachzukommen und die uns von der Gemeinschaft anvertrauten Mittel so effizient wie möglich einzusetzen – heute, morgen und in der Zukunft.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland gehört zum Wesen unserer Demokratie und zu unserer Geschichte. Sein Beitrag zur freien Meinungsbildung ist auch heute unverzichtbar für unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Miteinander. Denn der Bedarf nach

freiem Zugang aller Menschen zu verlässlicher und unabhängiger Information hat sich im digitalen Zeitalter nicht überholt, sondern verstärkt:

Die Erwartung, dass die Kommunikation über Social Media und das sogenannte offene Netz für einen gleichberechtigten gesellschaftlichen Diskurs sorgen, erweist sich zunehmend als Trugschluss. Geschlossene und selbstreferentielle Kommunikationsräume im Internet tragen zur Fragmentierung der Gesellschaft bei. Die neue mediale Durchlässigkeit verstärkt die intransparente und schnelle Verbreitung von fehlerhafter oder interessengeleiteter Information. Dies erweist sich immer mehr als Problem für die demokratische Meinungsbildung und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Denn auch in der digitalen vernetzten Gesellschaft stellt sich – trotz oder gerade wegen unzähliger neuer Kommunikationswege – die für eine Demokratie notwendige Gesamtöffentlichkeit nicht von alleine her.

Daher braucht es heute mehr denn je eine gemeinwohlorientierte Institution wie die ARD, die alle Menschen frei zugänglich auf allen relevanten Wegen mit einem publizistischen Gesamtangebot versorgt, auf das sie vertrauen können und das Orientierung bietet. Die Bürgerinnen und Bürger schaffen mit ihrer solidarischen Finanzierung die maßgebliche Grundlage, dass unsere Journalistinnen und Journalisten politisch und wirtschaftlich unabhängig arbeiten. Wir begleiten die Menschen durch ihren Tag mit unseren Radio-, Fernseh- und Online-Angeboten. Wir liefern verlässlich relevante Information und bieten Wissen, Bildung und Unterhaltung, ohne kommerziellen Interessen und Zwängen zu unterliegen.

Als ARD sind wir aufgrund unserer multimedialen und föderalen Struktur in besonderem Maße in der Lage, die Menschen in ganz Deutschland über alle sozialen und kulturellen Unterschiede hinweg zu verbinden und so einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs auf einer gemeinsamen Basis herzustellen. Wir bringen technische und programmliche Innovationen im Interesse der Allgemeinheit voran, investieren in neue Produkte und befördern digitale Kompetenz. Zugleich halten wir die deutsche Produzenten- und Kreativlandschaft stark und lebendig, stärken mit eigenen Angeboten den kulturellen Reichtum unseres Landes und sorgen mit unseren Archiven für die Wahrung des kulturellen Erbes.

Um diesem Anspruch bestmöglich gerecht werden zu können, sind wir auf adäquate gesetzgeberische Rahmenbedingungen angewiesen. Insbesondere müssen auch wir die Möglichkeiten, die das Netz bietet, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nutzen dürfen, um auf die ungebrochene Dynamik der Digitalisierung reagieren zu können.

Unser langfristig angelegter Strukturreformprozess erfordert zudem das Denken und Agieren in längeren Perioden. Daher schlagen wir vor, das bisherige Verfahren zur Ermittlung des Finanzbedarfs um längerfristige Planungsperspektiven, einen Entwicklungsplan und Fortschrittsbericht zu ergänzen. So ist gegenüber Gremien, KEF, Medienpolitik und Öffentlichkeit höchste Transparenz über den Fortgang unseres Reformprozesses gewährleistet.

Wir begrüßen, dass die Regierungschefinnen und -chefs der Länder die zeitgemäße Gestaltung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine Weiterentwicklung des Verfahrens zur Ermittlung des Finanzbedarfs auf ihre Agenda gesetzt haben. Gemeinsam haben wir die Chance, den Wert eines freien und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch für künftige Generationen zu bewahren und zeitgemäß fortzuentwickeln. Als ARD leisten wir hierzu unseren Beitrag.

1. Auftrag und Chancen der Digitalisierung

1.1 Digitale Zeitenwende

Die Digitalisierung hat die Gesellschaft verändert – wie wir leben, wie wir arbeiten, vor allem aber, wie wir kommunizieren und Medien nutzen. Etablierte Grenzen verschwimmen zunehmend – zwischen Massenkommunikation und Individualkommunikation, zwischen Sender und Empfänger, zwischen linearer und nichtlinearer Mediennutzung. Die Bedeutung von Messaging-Diensten, Online-Netzwerken und dem mobilen Internet wächst ebenso wie die Abrufzahlen von Bewegtbildangeboten im Netz.¹⁾ Immer häufiger entscheiden hierbei globale, kommerziell organisierte Plattformen als neue Intermediäre darüber, welche Informationen die Menschen erreichen. Verstärkt werden diese Entwicklungen durch die zunehmend technisch-automatisierte Aufbereitung von Inhalten – vom Einsatz von Big Data-Analysen über algorithmengesteuerter Personalisierung bis hin zur künstlichen Intelligenz.

Entsprechend konkurrieren heute zahlreiche Anbieter mit verschiedenen Interessen um das Zeitbudget und die Aufmerksamkeit der Nutzer.²⁾ Hinzu kommt: Kommerzielle Internetkonzerne haben bisher gültige Grenzen zwischen Medien und technischen Dienstleistern aufgehoben und positionieren sich verstärkt als Inhalteanbieter. Die Konvergenz der Medien führt dazu, dass verschiedenste Angebote und Anbieter auf demselben Gerät oder derselben Plattform zusammenkommen. Dies ist eine Entwicklung, welche die heutige Praxis der gesetzlichen Regulierung nach Verbreitungswegen zunehmend überholt erscheinen lässt. Inhalte werden auf den Plattformen der Aggregatoren gleichberechtigt nebeneinander dargestellt – das

heißt unabhängig von ihrer Qualität und Quelle. Im Ergebnis verstärkt dies auf bedenkliche Weise vielfaltsverengende Konzentrationstendenzen und die Schlüsselstellung von Gatekeepern.³⁾ Für die klassischen Medien stellt diese Entwicklung eine besondere Herausforderung dar: mit ihren hochwertigen Inhalten auf den jeweiligen Plattformen relevant, auffindbar und sichtbar zu bleiben.

In den sozialen Medien gehen persönliche Inhalte, Informationen und Werbung oftmals fließend ineinander über. Online-Netzwerke beeinflussen zunehmend die Meinungsbildung. In der wachsenden Unübersichtlichkeit und Intransparenz entstehen Teilöffentlichkeiten, die den gesamtgesellschaftlichen Diskurs erschweren: Nutzern sozialer Netzwerke werden in der Regel vor allem solche Inhalte angezeigt, die auf ihren jeweiligen persönlichen Interessen und ihrem Nutzungsverhalten basieren. Die Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten und der Austausch von Meinungen werden dadurch systematisch beeinträchtigt. Zudem begünstigt die neue mediale Durchlässigkeit eine verstärkte Verbreitung nachlässig recherchierter und/oder interessengeleiteter Informationen bis hin zu gezielter Desinformation.

Selten zuvor gab es daher einen so großen Bedarf an verlässlicher, einordnender Berichterstattung, die nicht an wirtschaftlichen oder politischen Interessen Einzelner ausgerichtet ist. Denn auch in der digitalen vernetzten Gesellschaft stellt sich – trotz oder gerade wegen unzähliger neuer Kommunikationswege – die für eine Demokratie notwendige Gesamtöffentlichkeit nicht von alleine her.

¹⁾ Bereits 72 % der Bevölkerung nutzen Video-Angebote im Internet. In der Altersgruppe der 16- bis 39-Jährigen lesen 52 % Nachrichten auch auf dem Smartphone (gfu-Studie im Auftrag der Consumer & Home Electronics GmbH „Motive, Einstellungen und Kaufkriterien – Konsumtrends in der Consumer- und Home Electronics“, 2017).

²⁾ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Bericht überwiegend auf die zusätzliche Verwendung weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

³⁾ Unter den Suchmaschinen lag der Marktanteil von Google in Deutschland im Jahr 2016 bei 94,5 % (Quelle: seo-united.de). Das US-amerikanische soziale Netzwerk Facebook verfügt laut Eigenaussage seit Juni 2017 erstmals über mehr als 30 Mio. aktive Nutzer in Deutschland.

1.2 Unsere Verantwortung im digitalen Zeitalter

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk dient der Gesellschaft. Sein Auftrag ist darauf ausgerichtet, den für eine Demokratie unverzichtbaren gesellschaftlichen Diskurs zu befördern und die freie Meinungsbildung zu sichern und Angebotsvielfalt herzustellen. Die solidarische Finanzierung durch die Gemeinschaft schafft die Grundlage dafür, dass er frei ist von kommerziellen und politischen Abhängigkeiten und allein dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind für alle Bürger gleichermaßen zugänglich, bieten Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung für jeden, bilden unsere Kultur und unseren Alltag ab, folgen dem Prinzip des Respekts und gründen auf hohen journalistischen Qualitätsstandards.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner jüngsten Entscheidung zum ZDF-Staatsvertrag nochmals betont, dass die Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks „neben seiner Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, neben Unterhaltung und Information auch eine kulturelle Verantwortung umfasst“. Seine Bedeutung beschränkt sich gerade nicht auf das Ausfüllen von Lücken oder Nischen, die private Anbieter nicht abdecken. Vielmehr muss sich sein Programmangebot an das gesamte Publikum richten und für „neue Publikumsinteressen oder neue Inhalte und Formen offenbleiben“. ⁴⁾

Maßstab und Ziel all unseres Handelns ist es stets, diesen Aufgaben verlässlich und bestmöglich nachzukommen. Es geht darum, unseren gemeinsamen freien Rundfunk zeitgemäß und nach den Bedürfnissen unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln und zu gestalten. Leitplanken dafür sind:

- **Unsere Rolle und Funktion als Medium, das die freie, individuelle und öffentliche Meinungsbildung sichert und ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist, ist wichtiger als je zuvor.**
- **Um unserer gesellschaftlichen Funktion und Verantwortung im digitalen Medienzeitalter nachzukommen, braucht es Verlässlichkeit ebenso wie Veränderung.**
- **Die Digitalisierung ermöglicht es uns, unserer Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Demokratie noch besser nachzukommen.**

Dies bedeutet im digitalen Zeitalter vor allem, die Möglichkeiten digitalen Publizierens und Interagierens zu nutzen, unsere Präsenz auf digitalen Plattformen und über digitale Verbreitungswege auszubauen und zugleich unsere bewährten Stärken in den neuen Umgebungen voll zum Tragen zu bringen. Unsere publizistische Vielfalt, unsere multimediale Struktur sowie die tiefe Verankerung in allen Regionen Deutschlands ermöglichen es uns, wie kein anderes deutsches Medienangebot Gesamtförmlichkeit herzustellen und den gesellschaftlichen Diskurs über die Fragen unseres Landes zu fördern. Dies ist für eine verlässlich funktionierende und stabile Demokratie von essenzieller Bedeutung.

Aus dieser Verantwortung heraus entwickeln wir unsere Arbeitsgemeinschaft weiter zu einem inhaltlich crossmedialen und strukturell integrierten föderalen Medienverbund. Diese Strategie ermöglicht es uns, die besondere Qualität und regionale Vielfalt der ARD weiter auszubauen, unsere programmliche Innovationskraft im publizistischen Wettbewerb und Miteinander zu stärken und überdies Wirtschaftlichkeitspotenziale und Synergieeffekte zu erschließen.

⁴⁾ BVerfG vom 25.3.2014 (BVerfGE 136, 9).

Auf diese Weise garantieren wir heute und in Zukunft insbesondere:

- einen maßgeblichen Beitrag für Integration, Zusammenhalt und Demokratie in unserer Gesellschaft,
- allen Bürgerinnen und Bürgern den freien Zugang zu den durch Rundfunkbeiträge finanzierten Inhalten,
- ein reichhaltiges publizistisches Angebot, das die regionale Vielfalt unseres Landes widerspiegelt wie kein anderes Medienangebot in Deutschland,
- eine verlässliche und unabhängige Berichterstattung, die Orientierung bietet und stets nach höchster journalistischer Qualität strebt,
- ein zeitgemäßes und innovatives Angebotsportfolio, das den Erwartungen der Mediennutzer gerecht wird, sowie
- ein umfassendes Engagement für die Kulturlandschaft und den Medienstandort Deutschland.

Dieses Selbstverständnis unseres Medienverbunds bedeutet im Einzelnen:

Wir bringen Menschen und Meinungen zusammen, schaffen die Voraussetzung für gesamtgesellschaftlichen Diskurs und werden die Möglichkeiten der Partizipation weiter ausbauen.

Eine demokratische Gesellschaft braucht den offenen, fairen Austausch über Standpunkte, Haltungen und Ideen. Die Übereinkunft über das, was uns verbindet und wie wir miteinander leben wollen, muss immer wieder neu ausgehandelt werden. Dieser Dialog über das Große und Ganze braucht auch im digitalen Zeitalter einen gemeinsamen, gemeinwohlorientierten Kommunikationsraum. Unser Ziel und Ansporn ist es, den freien Meinungs- und Willensbildungsprozess als öffentlich-rechtlicher Medienverbund bestmöglich zu unterstützen. Wir müssen dafür geeignete Rahmen schaffen, die vorhandene Meinungsvielfalt zur Geltung bringen und zwischen gesellschaftlichen Positionen moderieren.

Daher liegt es in unserer Verantwortung, ein attraktives und relevantes Portfolio bereitzustellen, das sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland orientiert. Der heutigen Variationsbreite des Mediennutzungsverhaltens entsprechen wir mit unseren vielfältigen Angeboten im Radio, im Fernsehen und im Netz sowie über unterschiedliche Verbreitungswege: Neben den zeitsouveränen Angebotsformen – ob online, über Apps oder auf dem Smart-TV – zählt hierzu die klassische lineare Ausstrahlung, welche bei den Zuschauern einen weiterhin sehr hohen Stellenwert genießt.⁵⁾

Unsere gesellschaftliche Integrationskraft zeigt sich gerade auch in unseren Reichweiten: Im Jahr 2016 nutzte jeder Bürger im Durchschnitt pro Tag drei Stunden und 22 Minuten öffentlich-rechtliche Programmangebote.⁶⁾ Davon entfielen 99 Minuten auf den Hörfunk und 103 Minuten auf das Fernsehen. Allein über das lineare Fernsehen erreicht die ARD jede Woche 71 Prozent der deutschen Bevölkerung (das entspricht

⁵⁾ In der Gesamtbetrachtung der Mediennutzung in Deutschland bleiben lineare Angebote weiterhin populär: Immer noch schauen 80 % der Deutschen täglich lineares Fernsehen – die durchschnittliche Sehdauer beträgt 223 Minuten am Tag (Marktanteil der öffentlich-rechtlichen Sender: 46 %). Ein Wert, der seit über sieben Jahren unverändert ist, wie die Ergebnisse der AGF/GfK-Fernsehforschung zeigen.

⁶⁾ Quellen: AGF in Zusammenarbeit mit GfK, TV Scope, 2016; MA Radio 2016 I/II.

53 Millionen Menschen).⁷⁾ Mit unseren starken Marken (wie etwa Tagesschau⁸⁾ und Tatort⁹⁾ gelingt es uns regelmäßig, Millionen von Menschen vor den Bildschirmen zu versammeln – sowohl „live“ als auch zeitversetzt über unsere On-Demand-Angebote¹⁰⁾. Auch Radio wird weiterhin in allen Altersklassen konstant hoch genutzt. Laut der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse ist der Hörfunk für acht von zehn Menschen täglicher medialer Begleiter. Insgesamt schalten 37,2 Millionen Menschen ab 14 Jahren in Deutschland täglich eines der öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramme ein. Als ARD erreichen wir mit unseren Radiowellen an jedem Werktag über 50 Prozent der Bevölkerung.

Wir werden unsere vielfältigen Inhalte und Zugangswege im Sinne eines medienübergreifenden Gesamtkonzepts noch enger miteinander verzahnen, um alle Alters- und Bevölkerungsgruppen auf dem für sie passenden Weg anzusprechen. Mit unseren Inhalten erweitern wir zudem das Themen- und Meinungsspektrum auf digitalen Plattformen Dritter¹¹⁾, auch wenn dies erfordert, dass wir uns weitgehend nach deren Regeln richten müssen.

Ebenso bauen wir die Formen der direkten Kommunikation bei unseren eigenen Angeboten weiter aus. Denn der Medienwandel ermöglicht es uns, in einen intensiveren Dialog mit der Gesellschaft zu treten und uns mit Zuschauern und Institutionen – etwa aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Bildung – zu vernetzen. Schon heute kann sich das Publikum per Anruf, Brief, Mail oder über soziale Netzwerke bei uns einbringen. Wir wollen die direkte Interaktion weiter ausbauen und somit positive Impulse für unser demokratisches Gemeinwesen setzen. Wir hören dabei zu und beziehen die Anregungen unserer Nutzerinnen und Nutzer in die Weiterentwicklung unserer Produkte ein. Wie dies geht, zeigt bereits heute unser junges, dialogorientiertes Angebot funk.¹²⁾

So wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, sich an den Debatten über die Zukunft unseres Landes zu beteiligen.

⁷⁾ AGF/GfK (eigene Auswertung der Medienforschung Erstes Deutsches Fernsehen, 2016)

⁸⁾ Die Hauptausgabe der Tagesschau um 20 Uhr erreichte im ersten Halbjahr 2017 im Schnitt täglich rund 10,5 Mio. Zuschauer (ohne Abrufe über Mediatheken, tagesschau.de, tagesschau24). Das entspricht einem Zuwachs von rund 430.000 Zuschauern gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

⁹⁾ Der Tatort erreicht pro Folge zwischen 6 und 14 Mio. Zuschauer.

¹⁰⁾ Die ARD-Mediathek zählt laut Convergence-Monitor-Studie 2017 von TNS Infratest zu den beliebtesten VoD-Angeboten in Deutschland: Über alle Altersgruppen hinweg haben bereits 29 % der Befragten das Angebot genutzt (höchster Wert). Dabei erreichen wir über die Mediathek auch die beim linearen Fernsehen unterrepräsentierten Jüngeren: So entfallen insgesamt 45,3 % der VoD-Nutzung der 14- bis 29-Jährigen auf öffentlich-rechtliche Mediatheken (private Mediatheken: 35,2 %; siehe Digitalisierungsbericht der Medienanstalten, 2017).

¹¹⁾ Die ARD und ihre Angebote werden auch auf den digitalen Plattformen Dritter als verlässliche Absender geschätzt: Allein die Tagesschau verzeichnet rund 1,4 Mio. Fans bei Facebook und 2,3 Mio. Follower bei Twitter (Stand: September 2017).

¹²⁾ Beispielhaft seien hier zwei interaktive Formate des Jugendangebots genannt: Bei INFORMR, dem neuen Debattenformat für die Generation Y, werden die über soziale Netzwerke geteilten Meinungen der Nutzer aktiv in das Format eingebunden. So sollen die Standpunkte junger Menschen in all ihren Facetten wiedergegeben werden und zur weiteren Diskussion anregen. Bei TRUSTORY können Nutzer ihre selbst erlebten Geschichten als Audio-Nachricht per WhatsApp an das Redaktionsteam schicken. Professionelle Illustratoren bebildern anschließend die Erlebnisse. Das Ergebnis wird der gesamten Community zur Verfügung gestellt.

Wir schaffen für alle Menschen einen freien und ungehinderten Zugang zu unseren vielfältigen Inhalten.

Jeder in Deutschland kann unsere Angebote auf allen relevanten Wegen und Plattformen frei, unverschlüsselt und weitgehend barrierefrei nutzen. Während kommerzielle Anbieter immer mehr Bezahlschranken aufbauen und damit Menschen ausschließen, die diesen Zugang nicht bezahlen können, garantieren wir allen Bürgerinnen und Bürgern die freie und uneingeschränkte Nutzung unserer vielfältigen Angebote im Radio, im Fernsehen und im Netz – und das in höchster journalistischer und technischer Qualität. Menschen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, werden nach dem Solidarprinzip vom Rundfunkbeitrag befreit.

Für Menschen mit Behinderung bauen wir die barrierefreien Angebote weiter aus.¹³⁾ Wir Untertiteln¹⁴⁾, erstellen Hörfilmfassungen mit Audiodeskription oder Dolmetschen live in Gebärdensprache, um allen Menschen die größtmögliche Teilhabe an unseren Programmen zu eröffnen. Zudem bieten wir Nachrichten in einfacher Sprache, damit auch komplexe Informationen leichter verständlich werden.¹⁵⁾

Auf diese Weise gewährleisten wir, dass sich alle Menschen in unserem Land am politischen und gesellschaftlichen Diskurs beteiligen können. Das stiftet Identität, stärkt die Integration verschiedener Gruppen und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir schließen niemanden aus und sind für jeden da.

¹³⁾ 77 % der Nutzer mit Behinderung sind mit den barrierefreien Angeboten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zufrieden. Bei den Angeboten der Privaten sind es nur 38 % (Studie „Mediennutzung von Menschen mit Behinderung“ von Bayrische Landesmedienanstalt/Aktion Mensch, 2016).

¹⁴⁾ So sind bereits heute 97 % des Angebots im Ersten und im Schnitt 50 % des Hauptabendprogramms in der ARD Untertitelt.

¹⁵⁾ Siehe beispielhaft auf ndr.de unter dem Stichwort „Leichte Sprache im NDR“.

Wir sind föderal wie unser Land, geben allen Regionen eine publizistische Stimme und sorgen für kulturelles Miteinander.

Die ARD ist föderal wie unser Land. Unsere neun Landesrundfunkanstalten mit ihren Funkhäusern und Regionalstudios verfügen über eine ureigene Regionalkompetenz und sind überall in Deutschland zu Hause. Unsere Journalistinnen und Journalisten vor Ort hören und sehen, was die Menschen bewegt. Sie zeigen die verschiedenen Traditionen, Mentalitäten und Eigenarten, die unsere Heimat prägen und unverwechselbar machen. Sie begleiten das Geschehen vor Ort – kritisch, konstruktiv, unterhaltsam. Dazu gehört, dass sie den Menschen und Institutionen zuhören, sie in den medialen Dialog einbeziehen und ihnen somit eine Stimme geben. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass die relevanten Themen von Amrum bis zur Zugspitze sichtbar bleiben.

Unsere föderale Organisationsform und ein weltoffener Blick schließen sich dabei nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich: Neben der fortschreitenden crossmedialen Vernetzung innerhalb der einzelnen Landesrundfunkanstalten verzahnen wir unsere regionale Kompetenz immer enger mit unserer nationalen und internationalen Berichterstattung. Unser Netz von Auslandskorrespondenten sorgt für Information aus erster Hand und hilft, die Welt zu verstehen¹⁶⁾ – eine Aufgabe, die vor dem Hintergrund der derzeitigen weltpolitischen Entwicklungen zunehmend an Bedeutung gewinnt. In einem zusammenwachsenden Europa und einer globalisierten Welt sorgen wir so dafür, dass die Identifikation mit der Heimat und die regionalen Besonderheiten erhalten bleiben. Denn wir sind überzeugt, dass Integration und Zusammenhalt nur aus gegenseitigem Verständnis erwachsen.

¹⁶⁾ Das Korrespondentennetz der ARD ist mit 32 Auslandsstudios eines der größten der Welt. Unsere rund 100 Korrespondenten bereichern die Nachrichtenformate der ARD in Radio, Fernsehen und Internet. Mit dem Weltspiegel im Ersten gibt es eine wöchentliche Sendung, die ausschließlich Korrespondentenberichte aus dem Ausland zeigt. Auch die Sender 3sat, PHOENIX, ARTE und Deutsche Welle sowie die Dritten Programme profitieren in ihren Sendungen von unserem weltweiten Korrespondentennetz.

Wir bieten Orientierung mit unabhängigem und verlässlichem Journalismus und bilden unseren Nachwuchs dafür aus.

Die Journalistinnen und Journalisten in der ARD arbeiten politisch und wirtschaftlich unabhängig – sie müssen nicht für die Maximierung von Klickraten oder Werbeeinnahmen sorgen, denn ihre Arbeit ist dem öffentlich-rechtlichen Gemeinschaftsprinzip und nicht der Gewinnerzielung verpflichtet. Wir stehen heute und in Zukunft für sorgfältig und eigenständig recherchierte Berichterstattung, die Informationen vertieft, Sachverhalte einordnet, Hintergründe aufdeckt und verständlich auf den Punkt bringt. Wir sind Aufklärer und kritischer Begleiter von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Tatsachen und Meinungen sind klar voneinander zu trennen.

Dies nehmen auch die Menschen wahr und bewerten unsere Inhalte als relevant, verlässlich und glaubwürdig.¹⁷⁾ So vertrauen die Deutschen bei widersprüchlicher Informationslage mit großem Abstand am ehesten auf die Informationskompetenz der Tagesschau.¹⁸⁾ Die Vertrauenswerte unserer Medien sind in der jüngeren Vergangenheit noch einmal gestiegen.¹⁹⁾ Und auch junge Menschen zeigen bei Nachrichten eine klare Präferenz für die Angebote der ARD.²⁰⁾

Im Netz sind wir ebenso als zuverlässige, glaubwürdige und Orientierung gebende Quelle gefragt. Maßgeblich tragen hierzu unsere etablierten Formate bei, die wir erfolgreich in die nichtlineare Welt „verlängern“ konnten.²¹⁾ Vor allem ist es aber unser journalistisches Arbeitsethos, das die Grundlage für Vertrauenswürdigkeit bildet: Recherche, Relevanz und Objektivität sind unsere Maßstäbe für gute journalistische Arbeit. An diesen bewährten Prinzipien werden wir auch im digitalen Zeitalter festhalten und im Zweifel stets auf Richtigkeit statt auf Schnelligkeit setzen.

Als öffentlich-rechtlicher Absender stehen wir zu Recht unter besonderer Kontrolle und Beobachtung – sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch unsere Aufsichtsgremien, die sich aus weisungsunabhängigen Vertretern verschiedener gesellschaftlich relevanter Gruppen zusammensetzen und dadurch die Funktion eines Sachwalters der Allgemeinheit einnehmen. Denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk dient allen Bürgern, wird von der Gesellschaft finanziert und soll damit auch von der Gesellschaft selbst kontrolliert werden.

¹⁷⁾ Siehe hierzu diverse Studien und Umfragen von Hochschulen oder externen Medienforschungsunternehmen: z. B. PwC-Studie „Bevölkerungsbefragung: „Social Bots und Fake News“, 2017; Reuters Digital News Survey 2017; YouGov-Studie „Alles Fake?! Fake News aus Sicht deutscher Wähler“, 2017; Allensbach-Studie „Vertrauenskrise der Medien?“, 2016; ARD-Trend 2017 und Studien der Landesrundfunkanstalten zu Image und Glaubwürdigkeit.

¹⁸⁾ Tagesschau: 47 %, heute (ZDF): 18 %, RTL aktuell: 12 % (ARD Trend Nachrichten, 2016).

¹⁹⁾ Siehe jährliche Untersuchung des Medienvertrauens in Deutschland „Tenor Medienvertrauen“ der Universität Würzburg, 2017, sowie Studie „Erosion des Vertrauens zwischen Medien und Publikum?“ der Universität Mainz, 2017.

²⁰⁾ Die Tagesschau (20-Uhr-Ausgabe) ist die meistgenutzte Quelle für Information und Meinungsbildung bei jungen Menschen (täglich 360.000 Zuschauer unter 29 Jahren; Pro7 Newstime: 230.000). Zudem halten 78 % der 14- bis 29-Jährigen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch in Zukunft für unverzichtbar (ARD/ZDF-Langzeitstudie Massenkommunikation 2015).

²¹⁾ Seit dem Update auf die Version 2.0 (Dezember 2016) wurde die Tagesschau-App circa 4,3 Mio. Mal heruntergeladen. Die Vorgänger-Version wurde bis 2016 mehr als 10 Mio. Mal heruntergeladen.

²²⁾ Das ARD-Projekt faktenfinder, angesiedelt bei der Tagesschau in Hamburg, beobachtet gezielte Falschmeldungen – vor allem im Internet – und stellt diese richtig. Ziel ist es, die Wirkungsmacht von gezielten Falschmeldungen zu begrenzen. Das Interesse an dem Thema ist immens: Allein im Juli erreichte die Webseite rund 5,6 Mio. Page Impressions.

Um auch in Zukunft als verlässlicher Absender wahrgenommen zu werden, müssen wir uns selbst stets kritisch hinterfragen und offen mit eigenen Fehlern umgehen. Hierzu überprüfen wir ständig unsere Qualitätsmaßstäbe, machen diese transparent und entwickeln unser Qualitätsmanagement weiter.

Denn das Erreichte ist für uns weiterer Ansporn für die Zukunft. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Redaktionen, die unseren guten Ruf begründen, müssen sich stets weiterentwickeln, um für die sich wandelnden Ansprüche in der digitalen Welt fit zu bleiben. Dazu gehört auch, dass sich unsere Journalistinnen und Journalisten aktiv um die Richtigstellung von kursierenden Falschnachrichten bemühen²³⁾ und die Menschen dazu befähigen, verlässliche von nicht-vertrauenswürdigen Quellen zu unterscheiden. Die Fähigkeit, mit der heutigen Medien- und Informationsflut umgehen zu können, ist eine Schlüsselkompetenz im digitalen Zeitalter. Daher kümmern wir uns gezielt um die Vermittlung von Medienkompetenz – von Online-Dossiers über spezifische Beiträge in unseren Programmen bis hin zu eigenen Schulprojekten.²³⁾

Dies alles braucht gut ausgebildete Journalistinnen und Journalisten. Daher investieren wir aus Überzeugung umfangreich in die journalistische Ausbildung sowohl in Volontariaten und Hospitanzen als auch in Kooperationen mit renommierten Journalistenschulen, Universitäten und Hochschulen.

Wir werden multimediale Innovationen im Dienst der Allgemeinheit voranbringen.

Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung und werden dafür sorgen, dem Publikum inhaltlich und technisch stets auf der Höhe der Zeit zu begegnen. Wir investieren deshalb verstärkt in digitale Produkte, bringen eigene Innovationen voran und verabschieden uns von Technik oder Inhalten, die sich als nicht mehr effektiv und zeitgemäß erweisen.

Angesichts der dynamischen Entwicklung des Medienmarkts arbeiten wir derzeit an einer gemeinsamen technischen Infrastruktur, damit die Menschen auf die von ihnen finanzierten Programmschätze einfacher und umfassender zugreifen können. Die in Kürze an den Start gehende ARD Audiothek enthält bereits jetzt Wortbeiträge unserer regionalen Radiokanäle, die Hörerlebnisse im Umfang von zehn Jahren bieten. Der KiKA-Player bündelt sämtliche Angebote von ARD und ZDF für Kinder, die aufgrund ihrer Gewalt- und Werbefreiheit besonders geschätzt werden. Wir investieren konsequent in den Ausbau und in die Optimierung unseres ARD Players, eine modernisierte ARD Mediathek, die zukünftig sämtliche audiovisuelle Inhalte des Verbundes integriert. Denn wie der Digitalisierungsbericht 2017 belegt, sind unsere VoD-Angebote bei jungen Menschen sehr beliebt.²⁴⁾

Zudem werden wir unsere Angebote um Personalisierungsfunktionen ergänzen, ohne jedoch auf die Kuratierung unserer Inhalte zu verzichten: So nutzen wir Algorithmen mit breitem Blick auf unseren gesamten Programmschatz ohne die Verengung auf Meistgeklücktes. Nutzer können sich bei der ARD zudem darauf verlassen, dass ihre persönlichen Daten nicht ohne ihre Zustimmung genutzt werden und sie souverän über diese entscheiden.

²³⁾ Siehe hierzu auch auf www.ARD.de das Spezial „Medienkompetenz“.

²⁴⁾ Siehe Digitalisierungsbericht der Landesmedienanstalten 2017, S. 130.

Digitalisierung und Internet haben nicht nur die Weiterentwicklung der technischen Programmverbreitung zur Folge. Sie haben auch das Spektrum medialer Kultur- und Erzählformen erheblich erweitert. Multimediale Dossiers ergänzen bereits heute erfolgreich große dokumentarische und fiktionale TV-Produktionen und tragen so in Breite und Tiefe zu ihrer Wirkung bei. Wir arbeiten an crossmedialen Formaten und geben Raum für neue Ideen und Experimente. Wir treiben technische und inhaltliche Innovationen im audiovisuellen Bereich voran, die der journalistischen Vermittlung oder dem künstlerischen Ausdruck dienen. Und wir investieren in neue Fertigkeiten und Produktionsweisen. Journalisten, Informatiker und Designer arbeiten bei uns eng zusammen, um neue Technologien möglichst frühzeitig für die Vermittlung unserer Inhalte einzusetzen.

Kulturelles Leben, Wissenschaft und Archive – wir halten die Kultur, die Kreativlandschaft und den Medienstandort Deutschland stark und lebendig.

Wir übernehmen Verantwortung für die deutsche Medien- und Kreativlandschaft und produzieren einzigartige Inhalte, die es in dieser Form nur bei uns gibt. Wir stehen für große Genrevielfalt, für hochwertiges, oftmals preisgekröntes Programm²⁵⁾, für die Förderung von Inhalten jenseits des Mainstreams sowie für zahlreiche Produktionen aus den Regionen über die Regionen.

Als enger Partner der regionalen und nationalen Produktionslandschaft²⁶⁾ setzen wir auf Eigen-, Ko- und Auftragsproduktionen sowie Lizenzkäufe deutscher und europäischer Herkunft²⁷⁾. Hierdurch unterscheidet sich unsere Programm maßgeblich von dem Angebot der kommerziellen Medienunternehmen: Mit unseren Filmen und Serien unterhalten wir nicht nur, sondern erzählen deutsche Geschichte, zeigen die Kultur unseres Landes, vermitteln Werte und Wissen und eröffnen den Diskurs zu gesellschaftlich kontroversen Themen.²⁸⁾

Ebenso wären die Fülle und der Facettenreichtum deutscher Kinoproduktionen ohne unser finanzielles und redaktionelles Engagement nicht im selben Maße vorhanden.²⁹⁾ Gleiches gilt für das Genre der Dokumentationen und des langen Dokumentarfilms, die fester Bestandteil unseres Angebots sind.³⁰⁾ Auf diese Weise bilden wir ein Gegengewicht zur Expansion global agierender Plattformbetreiber, die jenseits einzelner Prestigeprojekte kaum in die regionale Kulturwirtschaft investieren.

²⁵⁾ Im Jahr 2017 gingen 11 der 15 Grimme-Preise an (Ko-)Produktionen der ARD. Im Bereich Hörfunk und Hörspiel ist die ARD fast konkurrenzlos und wird für ihre Produktionen regelmäßig mit den bedeutendsten Radiopreisen ausgezeichnet, z. B. dem Robert-Geisendörfer-Preis. Auch international überzeugt unser besonderes kulturelles Engagement: So wurde beim International Emmy Award unsere Produktion „Krieg der Lügen“ (SWR/BR) zum besten ausländischen Dokumentarfilm gekürt. Übersicht zu den Auszeichnungen auf www.ARD.de.

²⁶⁾ Allein der Gesamtwert aller Auftrags-, Ko- und Mischproduktionen lag im Jahr 2015 bei rund 711 Mio. Euro. Mehr als zwei Drittel dieses Vergabevolumens, nämlich 514 Mio. Euro (das entspricht 72,3 %), gingen an unabhängige Produzenten. Weitere Informationen: ARD-Produzentenbericht 2015, abrufbar auf www.ARD.de.

²⁷⁾ Das ARD-Programm besteht zu 95,9 % aus heimischen Produktionen (EBU „PSM-Barometer“, 2017).

²⁸⁾ Neben der Krimi-Reihe Tatort, die dafür bekannt ist, aktuelle gesellschaftliche Themen aufzugreifen, sei hier beispielhaft die preisgekrönte Spielfilm-Triologie „NSU: Mitten in Deutschland“ genannt. Die Filme, die über den rechtsextremen Terror in Deutschland der jüngeren Vergangenheit erzählen, erreichten insgesamt knapp 15 Mio. Zuschauer. Auch Mehrteiler wie „Katharina Luther“ oder „Charité“ sahen regelmäßig Millionen von Menschen. Die Serie „Weissensee“, mit der wir die deutsch-deutsche Geschichte für jedermann erlebbar gemacht haben, wurde von Publikum und Kritikern gleichermaßen geschätzt (u. a. Grimme-Preis 2016, Marktanteil: 15,7 %).

²⁹⁾ So unterstützt die ARD u. a. die Filmförderungsanstalt des Bundes (FFA) jährlich mit insgesamt rund 9,3 Mio. Euro.

Auch unsere Sportberichterstattung unterscheidet sich: Sie beschränkt sich nicht auf die Live-Übertragung und Kommentierung der Ereignisse, sondern ist eingebettet in vielfältige Informationen über Kultur, Politik und Menschen des ausrichtenden Landes.³¹⁾ Sport hat hohe integrative Kraft und Vorbildcharakter – Spitzensport wie Breitensport. Deswegen zeigt die ARD über 100 verschiedene Sportarten im Ersten und in den Dritten. Wir scheuen uns aber auch nicht, über die negativen Seiten des Sports wie Doping oder Korruption nachhaltig und ohne Blick auf die Quoten zu informieren.³²⁾

Über unser Programmangebot hinaus finden Kulturschaffende bei uns einen Raum, der andernorts immer kleiner wird. So spiegeln wir nicht nur das Kulturangebot in Deutschland mit vielen Programmübertragungen von Veranstaltungen und Konzerten wider, sondern bereichern es mit eigenen Orchestern von Weltrang, Chören und Big Bands. Ebenso fördern wir die Hörspielkunst, die in einer rein kommerziellen Medienlandschaft kaum eine Zukunft hätte. Daneben sind wir wichtiger Partner der regionalen wie nationalen Kunst- und Literaturszene.

Zudem begleiten wir engagiert den Erfindungs- und Entdeckungsreichtum in unserem Land. Unsere Programmangebote und Bildungsprojekte mit Universitäten, Hochschulen und Schulen entwickeln wir ständig weiter. Für unsere teils jahrzehntelangen Kooperationen mit Presseverlagen loten wir neue Möglichkeiten zu beiderseitigem Vorteil aus.

Auch die Wahrung des kulturellen Erbes zählt zu unseren Aufgaben. Unsere Archive umfassen wesentliche Teile der audiovisuellen Überlieferung der deutschen Kultur und Geschichte und sind somit ein wichtiger Teil unseres kollektiven Gedächtnisses. Wir erhalten die hier gelagerten Schätze für künftige Generationen, indem wir sie konsequent digitalisieren und der Allgemeinheit – soweit rechtlich möglich – leichter zugänglich machen.

Unser Wert für die Gemeinschaft schlägt sich außerdem auch in einer quantifizierbaren volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nieder³³⁾: So geben wir der Kultur- und Kreativwirtschaft einen jährlichen Wertschöpfungsimpuls in Höhe von rund 1,9 Milliarden Euro. Allein 2015 steuerten wir circa 7,7 Milliarden Euro an Wertschöpfung zum Bruttoinlandsprodukt bei (bei Beitragseinnahmen von circa 5,8 Milliarden Euro). Wir sichern direkt und indirekt fast 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Und wir stimulieren im ganzen Land die Wirtschaft, weil wir Güter und Dienstleistungen zu 97 Prozent direkt in Deutschland nachfragen.

³⁰⁾ Allein im Jahr 2016 strahlten Das Erste und die Dritten Programme der ARD 2.245 Stunden an neuproduzierten Dokumentationen und Reportagen aus. Dies entspricht 6 Erstsendestunden pro Tag. Ausgewählte Beispiele für Dokumentarfilme aus der jüngeren Vergangenheit: Der Film „Der Traum von Olympia“ (2016), ein dokumentarisches Großprojekt der ARD, beschrieb die Inszenierung der Olympischen Sommerspiele in Berlin 1936 durch die Nationalsozialisten konsequent aus der Sicht von zwei Menschen, die damals dabei waren – und deren Traum sich in einen Alptraum verwandelte. Die Dokumentation „Nervöse Republik“ (2017) beobachtete ein Jahr lang Politiker und Journalisten, um der Frage nachzugehen, wie sich Politik unter den Bedingungen der digitalen Kommunikation verändert hat. Anlässlich des Themenabends des Ersten zum Thema Medikamentensicherheit ergänzte die investigative Dokumentation „Gefährliche Medikamente“ (2017) den vorhergehenden Fernsehfilm um Recherchen von realen Fällen und vertiefende Informationen.

³¹⁾ Laut einer Repräsentativbefragung des IFAK-Instituts bei 1.000 Bundesbürgern im Jahr 2016 wünschen sich 80 %, dass ARD und ZDF auch in Zukunft von den Olympischen Spielen berichten.

³²⁾ Z. B. in der Dokumentation „Geheimsache Doping“, die neue umfassende und bislang unbekannte Dopingmethoden in Russland aufgedeckt hat. Die WDR-Produktion erreichte über 3 Mio. Zuschauer in Deutschland und weltweite Beachtung.

³³⁾ Siehe Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung (WifOR) zu den volkswirtschaftlichen Effekten der ARD „Der ökonomische Nutzen der ARD in Deutschland“, 2017; abrufbar auf ARD.de.

2. Die ARD-Strukturreform: Auf dem Weg zum crossmedialen und integrierten föderalen Medienverbund

Gemeinsam können wir der Gesellschaft mehr bieten als jeder Sender für sich alleine – dies ist seit jeher tief in der DNA unseres Verbunds verankert.³⁴⁾

Die neuen technischen Möglichkeiten im Zuge der Digitalisierung werden wir dazu nutzen, die Zusammenarbeit der Landesrundfunkanstalten auf eine

neue Stufe zu heben, ohne dabei konzernartige Strukturen anzustreben. Die ARD hat hierfür einen Reformprozess ins Leben gerufen, der mehr ist als nur Strukturoptimierung: die Weiterentwicklung zum föderalen Medienverbund, der inhaltlich cross-medial und strukturell integriert ist.

Föderal

Die Angebote unserer Landesrundfunkanstalten sowie unsere ARD-Gemeinschaftsprogramme sind geprägt von der Verwurzelung der ARD in den Regionen. Durch die noch intensivere Zusammenarbeit³⁵⁾ bei übergreifenden Aufgaben und Hintergrundprozessen bleibt den Landesrundfunkanstalten mehr Raum, ihr regionales Profil medienübergreifend zu schärfen.³⁶⁾

Crossmedial

Inhalte werden, wo immer möglich, medienübergreifend recherchiert, konzipiert und produziert. Mehrfacharbeit entfällt, weil einmal geschöpftes Material für die Umsetzung im Hörfunk, im Fernsehen und im Internet gleichermaßen genutzt wird. Dies ermöglicht Einsparungen bei der Programmproduktion, ohne jedoch das Angebot zu schmälern. So schaffen wir es, für weniger Geld mehr und bessere Inhalte zielgruppengerecht in alle Medien zu bringen.

Integriert

Wir vereinheitlichen Abläufe in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung. Konsequentes Benchmarking sorgt für kosteneffiziente Arbeitsprozesse, Doppelstrukturen werden vermieden. Eine ARD-weit einheitliche IT-Landschaft unterstützt schlanke Abläufe und hebt weitere Einsparungsmöglichkeiten.

³⁴⁾Stärkster Ausdruck dieser integrierten Zusammenarbeit ist das ARD-Gemeinschaftsprogramm Das Erste, mit dem wir die größte Reichweite erzielen.

³⁵⁾Unsere neun unabhängigen Landesrundfunkanstalten kooperieren bereits in vielen Bereichen miteinander – etwa beim Austausch von Programmen in Hörfunk und Fernsehen, bei der Entwicklung gemeinsamer Online-Angebote, bei Fernsehfilm-Koproduktionen oder in ihren Auslandsstudios. Der tägliche Programmaustausch ist ein prägendes Element der kooperativen Zusammenarbeit innerhalb der ARD und führt zu einer wirtschaftlich sinnvollen Mehrfachverwertung von Programmen und Beiträgen. Weitere prominente Beispiele für programmliche Kooperationen – auch über die ARD hinaus – sind die gemeinschaftlichen Angebote im Fernsehen (z. B. tagesschau24, KiKA, Phoenix), im Radio (z. B. Nachtschiene der Infowellen) und Online (z. B. ARD Mediathek, sportsschau.de, funk). Auch unser Auslandskorrespondentennetz und unser ARD-Hauptstadtstudio sind Beispiele für effiziente und arbeitsteilige Strukturen. Ferner arbeiten wir im Produktions- und Verwaltungsbereich an zahlreichen Stellen zusammen (etwa in Form von derzeit fast 30 nicht programmbezogenen Gemeinschaftseinrichtungen wie dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio).

³⁶⁾So werden die Anstalten den gemeinsamen Erwerb von Rechten und Lizenzen ausbauen und Formatkonzepte künftig vermehrt gemeinsam entwickeln. Bei der Produktion nutzen sie immer häufiger gemeinsame Ressourcen wie beispielsweise Studiotechnik. So können sie effizienter und sparsamer ihre Programminhalte erstellen, ohne in den Dritten Programmen ihre regionale Färbung aufzugeben.

2.1 Kooperation als Prinzip der Strukturreform

Wir vernetzen, standardisieren und synchronisieren unsere historisch gewachsenen Strukturen in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung. So vermeiden wir Doppelstrukturen, bündeln Kapazitäten und können zunehmend auch im föderalen Medienverbund auf eine cross-mediale Organisation nach Inhalten setzen. Wir kooperieren überall dort, wo wir dadurch besser und effizienter werden – von der Verwaltung über Technik und Produktion bis hin zur Programmverbreitung.

Die Grundsätze unserer Strukturreform sind:

- **Konsequente Arbeitsteilung und Spezialisierung** erschließen Rationalisierungspotenziale: Einzelne oder mehrere Landesrundfunkanstalten übernehmen – wie es heute schon punktuell geschieht – Aufgaben für die gesamte ARD-Gemeinschaft.
- **Modernisierung und Harmonisierung von Arbeitsprozessen** ermöglichen Einsparungen: Durch effiziente anstaltsübergreifende Steuerung und

Erschließung von Skalierungseffekten werden nicht mehr zeitgemäße und/oder kostenintensive durch zeitgemäße und/oder kostengünstigere Prozesse abgelöst.

- **Konsequentes Benchmarking zwischen den Landesrundfunkanstalten** und mit externen Marktteilnehmern macht Einsparpotenziale besser sichtbar: Mithilfe einheitlicher Standards und Reportings verbessern wir die Messbarkeit des Erfolgs unseres Handelns und schaffen kostenreduzierende Referenzmodelle (beispielsweise im Produktionsbereich).

- **Einsatz neuer Technologien** vereinfacht, vereinheitlicht und verschlankt Verwaltungs- und Produktionsprozesse: So mindern smarte und teilautomatisierte Verfahren den Kosten- und Personalaufwand bei gleichbleibender oder verbesserter Qualität.

Im Ergebnis wollen wir über unseren Strukturprozess nicht nur unsere Effizienz steigern, sondern die größtmögliche inhaltliche Wertschöpfung für die Gesellschaft erreichen.

2.2 Prozesssteuerung

Unsere Strukturreform ist ein ambitioniertes Veränderungsprojekt. Sie erfordert einen tiefgreifenden Strukturwandel auf der Prozess- und Organisationsebene in den Landesrundfunkanstalten. Dies ist vor dem Hintergrund der föderalen Struktur der ARD und der Eigenständigkeit der Häuser eine nicht zu unterschätzende Herausforderung.

Hierfür bedarf es der entsprechenden umfassenden und nachhaltigen Prozesssteuerung. Ende 2016 haben wir ein Projektteam mit Vertretern aus allen Landesrundfunkanstalten gebildet. Die ARD-Vorsitzende hat innerhalb dieser Gruppe die Projektleitung übernommen – gemeinsam mit ihrem Vorgänger und ihrem Nachfolger. Unterstützt wird die Leitung aktuell durch einen hauptamtlichen Projektsteuerer (Koordination der Projektarbeit), durch den Leiter des KEF-Büros der ARD (Projekt-Controlling) und durch die ARD-Generalsekretärin (Begleitung und Kommunikation).

Die Projektgruppe hat verschiedene Bereiche der Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung in unserem Medienverbund auf Kooperationsstauglichkeit hin überprüft. Dabei wurden insgesamt 20 Einzelprojekte identifiziert.

Neben der Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesrundfunkanstalten untereinander wollen wir das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt stärken. Viele der Projekte erfolgen in Kooperation mit dem ZDF und/oder Deutschlandradio. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten waren grundsätzlich für alle Themen offen, bei denen durch eine Kooperation positive Effekte denkbar erschienen. Entscheidungskriterien für oder gegen eine Kooperation waren wirtschaftliche Gründe, inhaltliche Machbarkeit (zum Beispiel Standortbezug), unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen, publizistischer Wettbewerb sowie spezifische strategische/geschäftspolitische Gründe der einzelnen Rundfunkanstalten. Die publizistische und strukturelle Eigenständigkeit aller Beteiligten bleiben von den Kooperationen unberührt.

2.3 Einordnung der Einsparpotenziale

Angesichts der Komplexität vieler Vorhaben können die angestrebten Kostensenkungseffekte bislang nur geschätzt werden. Sie können im weiteren Verlauf noch nach oben oder unten abweichen. Zu beachten ist, dass – wie bei den meisten Veränderungsprozessen – kurzfristige Mehrkosten einer langfristigen und dauerhaften Kostensenkung für die betrachteten Prozesse gegenüberstehen.

Das geschätzte Einsparvolumen der ARD-Strukturreform liegt bis 2028 bei 588 Millionen Euro. Davon entfallen 311 Millionen Euro auf den Zeitraum bis Ende 2024 und 277 Millionen Euro auf den Zeitraum von 2025 bis 2028.

Das maximal zu verwirklichende Einsparpotenzial muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass wir schon bisher unserer Verantwortung zu Wirtschaftlichkeit und sparsamem Umgang mit Beitragsmitteln nachgekommen sind³⁷⁾ – wie es von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF), den Rechnungshöfen, Gremien und Landesparlamenten regelmäßig kontrolliert wird. Auch haben die Landesrundfunkanstalten bereits in den vergangenen Jahren zahlreiche Einspar- und Modernisierungsmaßnahmen ergriffen. Der Rundfunkbeitrag ist auch deshalb seit 2009 nicht gestiegen.³⁸⁾

Weitere erhebliche Kostenreduzierungen werden durch den Umstieg auf moderne digitale Technologien und Standards in der Programmverbreitung erreicht: Hier werden wir bis 2028 Kosten in Höhe von 363 Millionen Euro einsparen.

Diese dauerhaften Kostenminderungen sind in ihren finanziellen Auswirkungen für den Zeitraum 2017 bis 2020 in den aktualisierten Mittelfristigen Finanzplanungen der ARD bzw. im 20. KEF-Bericht berücksichtigt worden (siehe hierzu Vorwort der Anlage 1).

Unter Berücksichtigung der reduzierten Programmverbreitungskosten ergibt sich ein Gesamteinsparpotenzial von 951 Millionen Euro bis 2028.

Die ARD wird die bereits beschlossenen Vorhaben mit Nachdruck weiterverfolgen und das jeweils identifizierte Optimierungs- und Einsparpotenzial regelmäßig evaluieren. Im nächsten Schritt werden wir die finanziellen Auswirkungen der Projekte nach der von der KEF festgelegten Systematik konkretisieren. Anschließend erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen und den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Erhebung und Konkretisierung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

Viele Vorhaben befinden sich noch in der Konzeptionsphase, einige werden bereits realisiert. Da die Projekte komplex sind und wechselseitig voneinander abhängen, können nicht alle Vorhaben der Strukturreform gleichzeitig umgesetzt werden. Es sind zudem in der Folge der ausgelösten Strukturveränderungen weitere Projekte zu erwarten, die zusätzliche Kostensenkungen und Effizienzgewinne ermöglichen bzw. die Integration innerhalb des Verbunds fördern.

³⁷⁾ Siehe hierzu u. a. Beispiele für erfolgte/geplante Einspar- und Strukturmaßnahmen in den Landesrundfunkanstalten (Informationsvorlage an die Rundfunkreferenten der Länder vom 9.5.2017) sowie bereits der KEF vorgelegte Einsparungen, etwa durch die Umstellung auf DVB-T2.

³⁸⁾ Der monatliche Rundfunkbeitrag ist für die Bürgerinnen und Bürger seit 2009 nicht erhöht worden, obwohl im gleichen Zeitraum bis 2016 der Verbraucherpreisindex um 8,7 % und die rundfunkspezifische Teuerung um 14,7 % angestiegen sind. Die Steuereinnahmen – und damit das Budget für andere öffentliche Aufgaben – stiegen laut Bundesministerium für Finanzen von 2009 bis 2016 um 34,7 %.

2.4 Schlüsselprojekte

Im Folgenden stellen wir wesentliche Schlüsselprojekte der Strukturreform vor. Sie machen deutlich, wie eng die Themen ineinandergreifen und sich wechselseitig bedingen. Ein vollständiger Überblick der derzeitigen Projekte ergibt sich aus den Kurz-

beschreibungen, die diesem Bericht als Anlage 1 beigefügt sind. Die Vorhaben aus dem Bereich IT und das Benchmarking zu den Eigenproduktionsbetriebs sind bereits in unsere im April abgegebene Anmeldung zum 21. KEF-Bericht eingeflossen.

a) Produktion: effizientere Prozesse für alle

In keinem unserer Bereiche schreitet der technologische Wandel so rasant voran wie in der Produktion. Diese Herausforderung betrifft alle Häuser in demselben Maße. Deshalb gleichen wir die Produktionsprozesse im Projekt Benchmark miteinander ab, um uns innerhalb

unseres Verbunds jeweils an den besten Ansätzen orientieren zu können. Von dem Einsatz moderner, effizienter und anstaltsübergreifend harmonisierter Technologien und Produktionsmethoden werden alle Sender profitieren.

PROJEKT: **Benchmarking Produktion**

Im Fernsehbereich machen Studioproduktionen der Landesrundfunkanstalten einen Anteil von über 50 Prozent bei den Eigenproduktionen aus. Durch den Einsatz automatisierter Technik lassen sich effizientere Personalkonzepte umsetzen, die sich bei den täglichen Regelformaten auszahlen. Bis 2024 sollen sich Magazine, Nachrichten, Sport und Unterhaltung an „Best-Practice-Ansätzen“ orientieren. Zudem bietet der Bereich „Smarte Produktion“ großes Potenzial für langfristig kostengünstigere Produktionskonzepte. Dazu zählt auch die Verwendung von

kompaktem Produktionsequipment, insbesondere bei der Produktion von aktuellen Nachrichten- und Magazinbeiträgen für das Fernsehen. Dieses ermöglicht etwa den Einsatz von sogenannten „Ein-Personen-Teams“³⁹⁾, die wir bis 2024 in Abstimmung mit den Redaktionen erheblich ausweiten werden.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial liegt bis 2028 bei 104,4 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 64 Millionen Euro bis 2024.

³⁹⁾ Das heißt ein Redakteur, der von einem Mediengestalter für die Bild- und Tonaufnahme begleitet wird.

PROJEKT: **Prozessstandardisierung Produktion Großereignisse**

Darüber hinaus steht die Produktion von Großereignissen (Sport, Wahlen etc.) im Fokus. In enger Zusammenarbeit mit dem ZDF werden wir moderne, teilautomatisierte Produktionsmethoden wie „Centralized“- und „Remote“-Produktionskonzepte⁴⁰⁾ entwickeln, die deutlich Kosten sparen. Grundlage dafür sind die Erfahrungen, die ARD und ZDF bei der Produktion

bisheriger und aktuell anstehender Großereignisse sammeln und auswerten.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 30 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 25 Millionen Euro bis 2024.

PROJEKT: **Sendeabwicklung**

Die Landesrundfunkanstalten werden bei der Sendeabwicklung ihrer Dritten Fernsehprogramme und der Spartenkanäle intensiver kooperieren. Durch den Einsatz softwarebasierter Sendeautomationssysteme kann die Anzahl der derzeitigen Sendeabwicklungen reduziert werden: effiziente Technik- und Personalkonzepte werden ermöglicht. Mit der Entwicklung von medienübergreifenden, multimedialen Schalt-

räumen kann etwa der bisherige Personalbedarf reduziert werden. Die Umsetzung ist abhängig von der sukzessiven Infrastrukturerneuerung in den Rundfunkanstalten.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 64 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 32 Millionen Euro bis 2024.

PROJEKT: **Verlagerung Mittagsmagazin nach Berlin**

Bei der Fernsehproduktion des Mittagsmagazins des Ersten werden wir ab 2018 mit dem ZDF zusammenarbeiten. Der dann für das Mittagsmagazin der ARD verantwortliche Rundfunk Berlin-Brandenburg wird die Sendung im selben Studio wie das ZDF produzieren. Dabei ergeben sich zwischen ARD und ZDF Synergien.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 2,5 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 0,7 Millionen Euro bis 2024.

⁴⁰⁾ Centralized- und Remote-Produktionskonzepte beschreiben das wirtschaftlich effiziente Verhältnis zwischen räumlicher Zentralisierung und flexibler Zuteilung von Produktionsmitteln und Personal bei Live-Übertragungen. Das Grundprinzip: Am Veranstaltungsort selbst sind lediglich kleine Teams – überwiegend aus Reportern und Moderatoren – präsent. Der Großteil des Personals und der Technik wird hingegen an zentraler Stelle konzentriert, um dort mit der bestehenden Infrastruktur das Rohmaterial vor Ort zu verarbeiten. Besonders bei Großproduktionen werden hierdurch erhebliche Einsparpotenziale ermöglicht – etwa bei Transport, Mietkosten für Produktionsmittel und Reisekosten für das technische Personal.

b) IT-Strategie: einheitliche IT-Infrastruktur für optimale Ressourcenauslastung und mehr spezialisiertes Know-how

Im digitalen Medienzeitalter sind Informations- und Produktionstechnologie die Basis für nahezu sämtliche Prozesse innerhalb einer Rundfunkanstalt. Angesichts unserer Entwicklung zum integrierten föderalen Medienverbund werden wir diese Basis – also die Hard- und Softwarekomponenten, die wir zur Erfüllung unseres Auftrags benötigen – über Sendergrenzen hinweg so einheitlich und kosteneffizient wie möglich gestalten. In der Konsequenz werden wir die schon vorhandene Zusammenarbeit unserer Landesrundfunkanstalten mit unseren öffentlich-rechtlichen Partnern Deutsche Welle und Deutschlandradio deutlich ausweiten und auf ein gemeinsames Fundament stellen.

Jedes IT-Projekt wird künftig nach klaren Kriterien auf seine Kooperationsstauglichkeit hin geprüft. Wenn Koordinationsaufwand und Kostenersparnis in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen, werden Projekte automatisch zu Kooperationsprojekten erklärt. Dabei werden wir vor allem die in den IT-Systemen der Anstalten abgebildeten Geschäftsprozesse (gleich ob

in Verwaltung, Produktion oder Programmerstellung) standardisieren. In Folge werden aus ehemals rein technisch fokussierten Vorhaben grundlegende, anstaltsübergreifende Veränderungsprojekte. Außerdem wird systematisch nach Kostengesichtspunkten ermittelt, ob wir die Leistungen selbst erbringen oder als Marktleistung von externen Unternehmen einkaufen („make or buy“). Im Falle der eigenständigen Leistungserbringung wird zudem festgelegt, welche Rundfunkanstalt oder Gemeinschaftseinrichtung das Vorhaben federführend betreut.

Aus der gemeinsamen Beschaffung und der zentralen Federführung ergeben sich eine optimale Ressourcenauslastung im Verbund, eine höhere Konzentration von spezialisiertem Know-how in den IT-Bereichen der einzelnen Häuser sowie signifikante Kosteneinsparungen.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 126 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 72 Millionen Euro bis 2024.

c) SAP Prozessharmonisierung: Standardisierung der Software und Workflows als Basis für senderübergreifende Verwaltungsreform und integrierte Dienstleistungen

Die Größenordnung unserer Strukturreform wird klar erkennbar, wenn man sich vor Augen hält, dass die wohl umfassendste Verwaltungsreform der Geschichte der ARD – nämlich die häuserübergreifende Vereinheitlichung nahezu sämtlicher IT-gestützter Geschäftsprozesse – lediglich ein „Teilprojekt“ des Gesamtvorhabens darstellt.

Im Rahmen des Umstiegs auf die nächste Generation der Verwaltungssoftware SAP überprüfen und harmonisieren wir die damit zusammenhängenden Workflows verschiedener Bereiche

(unter anderem Finanzen, Personalwesen, Honorarerfassung und -abrechnung, Lizenzmanagement, Einkauf). Dadurch standardisieren wir die Bearbeitung der hier angesiedelten Geschäftsprozesse, können die Leistungen der einzelnen Häuser besser miteinander vergleichen und schaffen zudem eine wesentliche Voraussetzung für ARD-interne Shared Services, also für die integrierte Erbringung von Dienstleistungen in unserem Medienverbund.

Ein wichtiger Meilenstein für die Zusammenarbeit war die Verständigung der Häuser im Februar 2017 auf den gemeinsamen Betrieb des Informations-

Verarbeitungs-Zentrums (IVZ) in Berlin. Mit der Vereinbarung stoßen der Bayerische Rundfunk, der Hessische Rundfunk und der Südwestrundfunk zum Kreis der Betreiber hinzu und machen damit die ARD-Riege komplett. Somit kann sich das IVZ künftig als zentraler, wirtschaftlich effizienter SAP-Steuerer und Support-Dienstleister für den gesamten Verbund weiterentwickeln

und eine einheitliche strategische Ausrichtung bezüglich der Geschäftsprozesse verfolgen.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 72,7 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 25,5 Millionen Euro bis 2024.

d) Archivinfrastruktur MediaDataHub: ein intelligentes Archivsystem als Schlüssel zur digitalen Produktionskette

Das Projekt „MediaDataHub“ ist ein Beispiel dafür, wie wir durch moderne und vernetzte Arbeitsweisen nicht nur Kosten sparen. Sie helfen uns auch dabei, das gesamte publizistische Potenzial unseres Verbunds zu nutzen und somit die Programmqualität stetig weiter zu verbessern. So werden wir künftig in unseren Archivprozessen häuserübergreifend noch enger zusammenarbeiten und ein gemeinsames crossmediales Mediendatensystem aufbauen – das MediaDataHub. Hierbei setzen wir moderne Technologien ein, die deutliche Effizienzsteigerungen bei Ablage und Recherche bereits publizierter Inhalte ermöglichen.⁴¹⁾ An diesem Projekt beteiligen sich die Deutsche Welle sowie das Deutschlandradio.

Gerade für die digitale Produktionskette ist ein intelligentes und crossmedial vernetztes Ar-

chivsystem von unschätzbarem Wert. Ein wesentlicher Vorteil ist die automatisierte Ablage und Verschlagwortung von Inhalten – egal, ob es sich um Fernseh-, Radio- oder Internetbeiträge handelt. Perspektivisch erhalten Autoren somit Zugriff auf den gesamten Programmschatz der ARD und werden durch intelligente Suchfunktionen und sinnhafte Aufbereitung der archivierten Inhalte bestmöglich bei ihren Recherchen unterstützt.

Durch die Einführung zunehmend automatisierter Prozesse in den Bereichen Redaktion, Dokumentation und Archive sowie IT können Personalaufwände spürbar reduziert werden.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 44,9 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 21,4 Millionen Euro bis 2024.

⁴¹⁾ Es werden alle verfügbaren Möglichkeiten der Automatisierung durch Datenübernahme, Einsatz von Mining-Systemen und Technologien zur Verknüpfung von internen und externen Datenbeständen (Linked Data) genutzt. Durch Verknüpfungen des MediaDataHub mit redaktions- und produktionsunterstützenden Verwaltungssystemen können Daten übernommen und zusammengeführt werden.

e) Korrespondentennetz: eine neue Stufe der crossmedialen Zusammenarbeit

Die heutige globalisierte Medienwelt verstärkt den Bedarf, Informationen glaubwürdig und kompetent einzuordnen und sie schnell und multimedial für alle Kanäle und Plattformen aufzubereiten. Deshalb wollen wir die medienübergreifende Zusammenarbeit unseres weltweiten, in Deutschland einzigartigen Korrespondentennetzes weiterentwickeln. Noch in dieser Beitragsperiode stellen wir die Korrespondentenstudios im Ausland und im Hauptstadtstudio mit Hilfe einer vernetzten Infrastruktur – soweit inhaltlich wie wirtschaftlich geboten – auf eine konsequent crossmediale Berichterstattung um. So garantieren wir auch weiterhin hochwertige publizistische Vielfalt auf allen Verbreitungswegen.

Wir werden dazu die bisher nach Medien und Ausspielwegen getrennten Auslandsstudios systematisch sowohl inhaltlich als auch strukturell auf die neuen Anforderungen ausrichten und unter eine gemeinsame Leitung stellen. Daneben sieht das Konzept eine gemeinsame Verwaltungsstruktur, insbesondere eine einheitliche administrative Betreuung von entsandtem Personal und Ortskräften sowie eine ARD-weit abgestimmte Standardisierung von Technik und IT-Struktur vor. Zukünftig werden alle Korrespondenten crossmedial ausgebildet sein. Ferner werden die Berichtsgebiete überprüft und medienübergreifend abgestimmt. Die verstärkte Nutzung von Online-Formaten und sozialen

Medien soll vermehrt jüngere Zielgruppen ansprechen.

Auch unser ARD-Hauptstadtstudio in Berlin werden wir crossmedial weiterentwickeln. Dessen besondere Stellung unter den Korrespondentenstudios werden wir im Rahmen des Umbaus berücksichtigen, denn neben den Gemeinschaftsaufgaben bedient es insbesondere für Hörfunk und Online auch die besonderen regionalen und inhaltlichen Anforderungen der einzelnen Landesrundfunkanstalten.

Dieser Umbau sowie der Ausbau der nichtlinearen Berichterstattung sind zunächst mit finanziellem Aufwand verbunden. Perspektivisch werden die unterschiedlichen Maßnahmen und die dadurch zu generierenden Synergien aber zu Einspareffekten führen. Sie ergeben sich aus dem gezielten Abbau bzw. der Vermeidung von Doppelstrukturen sowie aus einer Reduktion der Sach- und Infrastrukturkosten im Zuge der gemeinsamen Nutzung von Immobilien der Landesrundfunkanstalten sowie von Deutsche Welle, Deutschlandradio und ZDF. Die räumliche Integration ermöglicht zukünftig auch eine wirtschaftlich effizientere gemeinsame Nutzung einer technischen und IT-Infrastruktur.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 4 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 2 Millionen Euro bis 2024.

f) Plattform für digitale Produkte: gemeinsame technische Infrastruktur als Grundlage für alle unsere digitalen Angebote

Modernität und Nutzerorientierung sind entscheidende Faktoren im Wettbewerb um Aufmerksamkeit in digitalen Medienumgebungen. Wir wollen unseren Nutzern ein attraktives und leicht zu bedienendes Angebot machen und für die relevanten Endgeräte und Drittplattformen zur Verfügung stellen. Dazu zählt auch ein für alle ARD-Angebote gültiger, personalisierter Nutzerzugang, um die Vielfalt aller in der ARD produzierten Inhalte besser erschließen zu können. Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame technische Infrastruktur. Im März 2017 haben wir uns auf die Umsetzung einer ARD User Service Engine (ARD USE) verständigt. Hauptmerkmale dieses Systems sind eine übergreifende Login-Komponente (ARD-ID), um intelligente Empfehlungs- und Suchfunktionen anbieten zu können, sowie eine gemeinsame Metadaten- und Nutzungsdatenspeicherung.

Auf dieser Basis bauen wir unsere gemeinschaftlichen digitalen Produkte aus. Die einzelnen Landesrundfunkanstalten können diese Plattform für die Entwicklung und den Betrieb ihrer

eigenen Produkte ebenfalls nutzen. Durch diese Bündelung von Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen reduzieren die Landesrundfunkanstalten den Aufwand für die Entwicklung digitaler Angebote erheblich.

Die gemeinsame technische Infrastruktur bildet die Basis für verschiedene Neuentwicklungen – etwa für die modernisierte ARD Mediathek (ARD Player), die zukünftig sämtliche audiovisuelle Inhalte des Medienverbunds integriert.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Hinblick auf die Vervollständigung unseres digitalen Portfolios ist eine Mediathek speziell für Kinder, die ARD und ZDF derzeit unter Federführung von KiKA gemeinsam entwickeln.

Die ARD Audiothek wiederum bündelt Wortangebote der ARD-Radiowellen für mobile Endgeräte. Sie bietet mit ihrem kuratierten und personalisierbaren Angebot einen optimalen Zugang zu Vielfalt und Qualität unserer umfangreichen Audio-Angebote.

3. Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln

Die Digitalisierung der Medienlandschaft bringt tiefgreifende und langfristige Veränderungsprozesse mit sich. Deshalb schlagen wir vor, das Verfahren zur Ermittlung des Finanzbedarfs um eine langfristige Planungsperspektive zu ergänzen. In Zusammenarbeit mit der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) wollen wir auf diese Weise gewährleisten, dass wir unsere gesellschaftliche Funktion bestmöglich erfüllen und unserer besonderen Verantwortung konsequent gerecht werden können. Unsere Überlegungen entwickeln das bewährte Verfahren fort und erweitern die Aufgaben der KEF als unabhängiges Sachverständigengremium. Das vorgeschlagene Verfahren sorgt zudem für mehr Transparenz gegenüber unseren Gremien sowie den Bürgern.

Bisheriges Verfahren

Bislang ist das KEF-Verfahren in drei Stufen unterteilt: Zunächst melden die Rundfunkanstalten ihren Finanzierungsbedarf bei der KEF an. Die KEF überprüft und bewertet die Anmeldung und spricht alle vier Jahre eine Empfehlung zur künftigen Höhe des Rundfunkbeitrags aus. In einem dritten Schritt entscheiden die Landesregierungen und die Landesparlamente über diese Empfehlung. Das Verfahren beschränkt sich auf eine Perspektive von zwei Jahren (Berichtsperiode) bis vier Jahren (Beitragsperiode).

Für eine Darstellung und Bewertung der strategischen Neuausrichtungen und der weitreichenden Umbaumaßnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reicht dieser kurzfristige Zeithorizont nicht aus. Um die umfassenden Veränderungsprozesse erfolgreich zu steuern, benötigen wir langfristige Planungssicherheit. Dies ist die Grundlage, auf der wir Prozesse und Strukturen entwickeln können, die sich letztendlich kostenmindernd auswirken und die Wirtschaftlichkeit der ARD zunehmend

steigern. Deswegen schlagen wir eine Reihe von Änderungen vor, die das KEF-Verfahren zugunsten einer verbesserten Planungs- und Handlungsfähigkeit weiterentwickeln.

Entwicklungsplan und Fortschrittsbericht

Als neues Instrument schlagen wir eine auf zwölf Jahre angelegte Entwicklungsplanung vor. Mit der Entwicklungsplanung wollen wir der KEF und den Ländern unser langfristiges Umbauszenario zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit transparent und überprüfbar darstellen. Wir schreiben diese Entwicklungsplanung alle vier Jahre fort und ergänzen diese Überlegungen alle zwei Jahre um einen Fortschrittsbericht. Hier legen die Sender dar, wie sie bei ihren Reform- und Strukturprozessen vorangekommen sind. Der Fortschrittsbericht ersetzt die Anmeldung der Rundfunkanstalten zum Zwischenbericht der KEF.

Die KEF würde damit parallel zur Finanzanmeldung unsere langfristige Planung überprüfen und sie für die Rundfunkkommission und Landesparlamente bewerten. Die jeweiligen Fortschrittsberichte und die Fortschreibung des Entwicklungsplans ermöglichen der Kommission ebenso wie den Ländern und der Öffentlichkeit eine kontinuierliche Kontrolle, wie die Sender bei ihren Reformvorhaben den Kurs und den Zeitplan einhalten. Der Entwicklungsplan, der Fortschrittsbericht und die Bewertungen der KEF werden im Rahmen der Anhörung der Rundfunkanstalten durch die Rundfunkkommission erörtert. Die Ergebnisse dieser Erörterung fließen in die Fortschreibung des Entwicklungsplans ein. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass wir die strategische Ausrichtung der ARD in einem transparenten Dialog definieren.

Periodenübergreifende Rücklagen

Kernstück für die langfristige Planungsperspektive ist die Möglichkeit periodenübergreifender Rücklagen⁴²⁾: Wenn wir im Rahmen der Prozess- und Strukturoptimierungen Synergien und Einsparungen erreichen, sollten wir diese für die Weiterentwicklung unseres Programmangebots verwenden können. Bislang verringern Einspareffekte vornehmlich den von der KEF anerkannten Finanzbedarf. Durch die Möglichkeit der Bildung periodenübergreifender Rücklagen hingegen entstünden zusätzliche Reformanreize, weil wir Einsparungen periodenübergreifend reinvestieren könnten. Diese Anreize kann die KEF mit Auflagen versehen.

Unsere Vorschläge wären sowohl kurzfristig als auch mittelfristig kombinierbar mit einer grundlegenden Überarbeitung des Beitragsfestsetzungsverfahrens, das in der Beitragshöhe die allgemeinen Teuerungsraten ausgleicht.⁴³⁾

Eine detaillierte Darstellung der Auswirkungen auf die einzelnen Schritte des KEF-Verfahrens findet sich in der Anlage 3.

⁴²⁾ Siehe Anlage 2 zur Entwicklung der Rundfunkbeiträge und Beitragsrücklage.

⁴³⁾ Siehe Fußnote 38.

4. Rechtliche Rahmenbedingungen gestalten

Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder haben in ihrem Beschluss vom Oktober 2016 die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen als ein Reformfeld benannt.

4.1 Den Auftrag zeitgemäß gestalten

Die kleinteiligen Ge- und Verbote im Netz, wie sie 2009 im Rundfunkstaatsvertrag fixiert wurden, entsprechen vielfach nicht mehr den medialen Bedürfnissen der Gesellschaft, sondern stehen unserer Auftragserfüllung, wie sie das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngsten Entscheidung eingefordert hat⁴⁴⁾, entgegen. Dies hat die Rundfunkkommission bereits 2013 erkannt. Die Länder haben nun kürzlich einen Vorschlag zur zeitgemäßen Anpassung unseres Telemedienauftrags vorgelegt: Dieser entspricht stärker dem, was die Menschen heutzutage von uns erwarten. Kurz: **Um seinen Funktionsauftrag auch in Zukunft weiter verlässlich erfüllen zu können, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Netz präsenter werden.**⁴⁵⁾

Wir sehen in der Fortentwicklung des Telemedienauftrags den richtigen und zwingend notwendigen ersten Schritt hin zu einer Flexibilisierung der Beauftragung. Unsere detaillierte Stellungnahme hierzu ist auf unserer Webseite nachlesbar.⁴⁶⁾

Die Digitalisierung der Medien, das Aufkommen neuer technikgetriebener Phänomene (wie beispielsweise künstliche Intelligenz als neuer Intermediär) sowie der damit einhergehende Wandel der öffentlichen und privaten Kommunikation vollziehen sich jedoch sehr viel schneller und dynamischer als die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren. So stimmen bereits jetzt viele Begrifflichkeiten des Rundfunkstaatsvertrags nicht mehr mit der heutigen medialen Welt überein – wie auch die Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz festgestellt hat. Dem öffentlich-rechtlichen Rund-

funk kommt laut Bundesverfassungsgericht gegenüber den kommerziellen Anbietern, die an einer rein wirtschaftlichen Entscheidungslogik ausgerichtet sind, eine wichtige Ausgleichfunktion zu. Diese gilt es in eine netzgeprägte Kommunikationslandschaft zu übertragen.⁴⁷⁾

Wir begrüßen daher den von der Medienpolitik angestoßenen Diskurs, grundlegend über das richtige Zukunftsmodell zur Beauftragung und Finanzierung unseres gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachzudenken. Wichtige Ansätze dabei sind:

- eine Beauftragung, die nicht mehr auf Verbreitungswege oder einzelne Programmangebote abstellt, sondern an den Funktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Meinungsbildung, Vielfaltssicherung, Gesamtversorgung) ausgerichtet ist,
- kontrollierte Freiheit und Verantwortung der Anstalten, wie diese Funktionen entsprechend den (sich wandelnden) kommunikativen Bedürfnissen der Gesellschaft bestmöglich zu erfüllen sind, und
- eine Finanzierungsform mit längerfristigen Planungshorizonten und mehr Planungssicherheit.

Aus unserer Sicht sind diese Anregungen besonders gut geeignet, um der Dynamik der Medienmärkte und den damit verbundenen strukturellen Veränderungen in der Mediennutzung besser gerecht zu werden.

Wir – die Länder und die Rundfunkanstalten – stehen hier in der gemeinsamen Verantwortung, unseren freien Rundfunk vorausschauend und aktiv zu gestalten.

⁴⁴⁾ Siehe oben, S. 7.

⁴⁵⁾ Gutachten von Dörr/Holznagel/Picot „Legitimation und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Zeiten der Cloud“ (2016).

⁴⁶⁾ Abrufbar im Bereich „Standpunkte“ auf www.ARD.de.

⁴⁷⁾ Auch die Kommission aus Bund und Ländern zur Medienkonvergenz hat in ihrem Zwischenbericht vom Dezember 2015 deutlich gemacht, dass die Unterscheidung nach linearen und nichtlinearen Diensten aufgegeben werden sollte, da sie nicht mehr zeitgemäß ist und der Technologieneutralität widerspricht.

4.2 Das Gelingen der Strukturreform gegen Kartellrechtsrisiken absichern

Wesentliches Ziel der ARD-Strukturreform ist die Weiterentwicklung zu einem föderalen integrierten Medienverbund – und damit der Ausbau unserer Zusammenarbeit. Die Kooperation wird insbesondere in Verwaltung, Technik, Produktion, Programmverbreitung und Archiv zum verbindlichen Prinzip. Die Verstärkung der wirtschaftlich effizienteren Zusammenarbeit ist auch eine klare Forderung und Erwartung der Medienpolitik und der KEF.

Problematisch ist: Nahezu alle Formen der Kooperation zwischen den Rundfunkanstalten stehen aufgrund der Auslegungen, die der Bundesgerichtshof 2015 im sogenannten Kabelstreit getroffen hat, unter dem Risiko der Kartellrechtswidrigkeit. Diese Situation hat sich durch die Urteile des OLG Düsseldorf vom 12. Juli 2017 noch verschärft. Das Gericht ist der Auffassung, dass die gemeinsame Kündigung der Kabeleinspeiseverträge durch die Landesrundfunkanstalten wegen unzulässiger Absprache gegen das Kartellrecht verstößt. Nach Ansicht des Gerichts gehören also Kooperationen zwischen den Sendern zur Verbreitung ihrer Programme in Form von Verträgen mit Dritten nicht zum Bereich der hoheitlichen Auftragserfüllung, der grund-

sätzlich nicht unter das Kartellrecht fällt. **Diese Rechtsunsicherheit darüber, welche Formen der Zusammenarbeit vom Anwendungsbereich des Kartellrechts erfasst werden, stellt nicht nur viele der bisherigen Kooperationen, sondern auch das Gelingen unserer Strukturreform insgesamt ins Risiko.** Überdies sind Kartellrechtsverstöße mit Haftungsrisiken für die Sender verbunden.

Die Länder haben mit ihrer Initiative, im Rahmen der nächsten Änderung des Rundfunkstaatsvertrags über eine sogenannte Betrauungslösung die Freistellung vom unionsrechtlichen Kartellverbot (Art. 106 Abs. 2 AEUV) zu erreichen, bereits einen wichtigen Schritt zur Verminderung dieser Risiken getan. Für eine klare Rechtssicherheit, auch mit Blick auf nationale Sachverhalte, wäre es ergänzend wichtig, auch das nationale Wettbewerbsrecht entsprechend anzupassen. Die Gesetzgebungskompetenz hierfür liegt beim Bund. Der Antrag des Bundesrats im jüngsten GWB-Novellierungsverfahren, eine entsprechende Ausnahmeregelung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzunehmen, ist jedoch vom Bundestag nicht aufgenommen worden.

4.3 Die Auffindbarkeit unserer digitalen Angebote auf Medienplattformen gewährleisten

In ihrem Abschlussbericht vom Juni 2016 hat die Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz akuten Handlungsbedarf bei der Fortentwicklung der Plattformregulierung festgestellt. Denn Betreiber von Plattformen und Benutzeroberflächen können Zugänge beschränken, die Auffindbarkeit von Inhalten steuern und die Inhalte des Programm-anbieters verändern – etwa durch Überblendungen oder Skalierungen. Solche Akteure nehmen zunehmend eine Gatekeeper-Funktion zwischen uns und unseren Nutzern ein. So macht es etwa einen entscheidenden Unterschied für die Wahrnehmbarkeit der Tagesschau-App, ob diese gut sichtbar auf der Startseite des Geräteportals erscheint, ob sie beispielsweise in einem kommerziellen Firmen- oder Spieleumfeld platziert oder vom Hersteller in eine Empfehlungsleiste aufgenommen wird. Für die Plattformbetreiber sind die prominente Platzierung und Darstellung von Angeboten Dritter ein weiterer Teil ihres Geschäftsmodells, die strikt nach ökonomischen Kriterien entschieden werden.

Die Länder diskutieren gerade regulatorische Ansätze zur Plattformregulierung, die aus unserer Sicht bereits in die richtige Richtung weisen. Es liegt ebenso in der Entscheidungshoheit und in der Gestaltungsmöglichkeit des Gesetzgebers, ob und wie er in der digitalen Medienwelt sicherstellt, dass von der Gesellschaft erwünschte und gesetzlich beauftragte Angebote die Bürger auch tatsächlich erreichen. Wir halten die „hervorgehobene Auffindbarkeit“ gemeinwohlorientierter An-

gebote für eine wichtige Ergänzung, damit wir unsere Verantwortung für die freie Meinungsbildung auch in Zukunft erfüllen und die Nutzer die für sie bestimmten Angebote in ihrer gesamten Vielfalt wahrnehmen können.

Wir sehen in der anstehenden Fortentwicklung der Plattformregulierung auch die Chance, in den Fragen der Entgeltregulierung Klarheit herbeizuführen. **Gesetzliche Pflichten des Transportdienstleisters (zum Beispiel Kabelnetzbetreiber) zur Übertragung von Inhalten (sogenannte Must-Carry-Regelung) sollten keinen Anspruch auf Bezahlung gegenüber dem Inhalteanbieter begründen.** Denn dies würde bedeuten, dass die Plattformbetreiber dieselbe Leistung – nämlich die Weiterleitung öffentlich-rechtlicher Inhalte an den Nutzer – gleich zwei Mal in Rechnung stellen: einmal gegenüber den Endkunden und einmal gegenüber den Rundfunkanstalten. Einspeiseentgelte von Rundfunkveranstaltern erhielten in Deutschland nur die beiden Kabelnetzbetreiber Vodafone und Unitymedia. In keinem anderen europäischen Land zahlt ein öffentlich-rechtlicher Programmveranstalter für den Transport seiner Angebote. In den USA ist die Situation sogar umgekehrt: Dort zahlen die Kabelnetzbetreiber Geld an die Sender, denn ohne Inhalte wäre das Geschäftsmodell der Kabelgesellschaften obsolet. Einspeiseentgelte würden das Budget des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erheblich angreifen.⁴⁸⁾

⁴⁸⁾ Die Kosten für die Kabeleinspeisung beliefen sich etwa im Jahr 2012 auf rund 45,7 Mio. Euro.

4.4 Die Digitalisierung des Radios befördern

Die Digitalisierung des Radios ist in Europa auf einem guten Weg. Einige unserer Nachbarländer beginnen bereits mit der konkreten Planung einer Abschaltung von UKW zugunsten des digitalen Verbreitungsstandards DAB+ beziehungsweise haben die entsprechenden Weichen gestellt. In Deutschland hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Anfang dieses Jahres einen „Aktionsplan für die Transformation der Hörfunkverbreitung in das digitale Zeitalter“ vorgelegt. Wichtigste gesetzliche Maßnahme dieser Roadmap ist die Regelung einer sogenannten „Mehrnormgerätepflicht“, die sicherstellt, dass neue Radiogeräte (auch) zum Empfang digitaler Signale geeignet sind (sogenannte Interoperabilitätsverpflichtung). In diesem Sinne hatten die Bundesländer bereits 2016 die Initiative zur Ergänzung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) ergriffen, welche im April 2017 auch vom Bund mit einem Vorschlag zur Änderung des § 48 TKG aufgenommen wurde. Dieser Regelungsvorschlag befindet sich derzeit im EU-Notifizierungsverfahren – einem Standardverfahren zur Vorabbestätigung der Vereinbarkeit mit EU-Recht.

Wir halten es für sehr wichtig, dass die geplante Interoperabilitätsverpflichtung möglichst rasch im Telekommunikationsgesetz aufgenommen wird. Parallel dazu sollten im Rahmen der Überarbeitung des European Electronic Communications

Code die Voraussetzungen für eine europaweit harmonisierte Regelung geschaffen werden. Hierdurch würden wichtige Impulse für die Digitalisierung des Radios gesetzt werden – nicht nur hinsichtlich der Verbreitung und Nutzung von digitalen Radiogeräten in der Bevölkerung, sondern auch für die Förderung von Programmvielfalt und -innovation im Hörfunk. Denn DAB+ ermöglicht aufgrund seiner technischen Effizienz die Übertragung von wesentlich mehr Angeboten sowie eine verbesserte Verkehrsdatenübertragung auf einer Frequenz.⁴⁹⁾

Hinzu kommt: Je schneller der Umstieg von UKW auf DAB+ gelingt, desto kürzer ist die sogenannte Simulcast-Phase. Während der Übergangsphase fallen für alle Radioanbieter Kosten für den Parallelbetrieb an. Für uns belaufen sich diese Kosten auf circa 25 Millionen Euro jährlich (ohne Investitionskosten)⁵⁰⁾. **Nach kompletter Umstellung auf DAB+ würden sich die Verbreitungskosten für unsere Radioangebote um circa 20 Prozent gegenüber UKW verringern⁵¹⁾.** Die Beförderung der Digitalisierung des Hörfunks ist also auch wirtschaftlich geboten. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine möglichst klare und frühzeitige politische Entscheidung zur UKW-Abschaltung, die alle Programmveranstalter – öffentlich-rechtliche wie kommerzielle – in gleicher Weise betreffen muss.

⁴⁹⁾Weitere Informationen zu DAB+ im ARD-Papier „10 Fakten, die Sie über DAB+ wissen sollten“, abrufbar auf www.ARD.de.

⁵⁰⁾20. KEF-Bericht: S. 81, Tabelle 32.

⁵¹⁾20. KEF-Bericht, Projektanmeldung der ARD: S. 18, Modellrechnungen; siehe hierzu auch Vorwort der Anlage 1.

4.5 Die Kostenrisiken minimieren

Wir sind von jeher der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet und bemühen uns stets, die uns von der Gemeinschaft anvertrauten Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Es gibt aber auch Kostenfaktoren, die nicht von uns beeinflussbar sind, jedoch vom Gesetzgeber verringert werden können.

Hierzu zählen nicht nur die oben bereits erwähnten **Kostenrisiken im Zusammenhang mit kartellrechtlichen Fragen, mit Einspeiseentgelten und die infolge langer Simulcast-Phasen „doppelten“ Kosten bei der Programmverbreitung** (siehe hierzu auch Vorwort der Anlage 1).

Auch die Folgen von (weiteren) **Beschränkungen bei Werbung und Sponsoring** sind hierbei zu berücksichtigen. Im Jahr 2016 erzielten die Landesrundfunkanstalten und unsere Werbegesellschaften Einnahmen aus Werbung und Sponsoring in Höhe von 138 Millionen Euro. Allein die Reduzierung der Werbemöglichkeiten in den Radiowellen des WDR wird im Zeitraum 2017 bis 2020 für die ARD-Anstalten einen zusätzlichen Finanzbedarf von 81 Millionen Euro nach sich ziehen, der auch für die Jahre ab 2021 entsprechende Wirkung entfaltet (siehe hierzu auch Anlage 2).

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass durch Artikel 12 des Steueränderungsgesetzes 2015 vom 2. November 2015 (BGBl. I 2015, 1834) die Regelungen zur Unternehmergemeinschaft von juristischen Perso-

nen des öffentlichen Rechts neu gefasst worden sind mit der Folge, dass mit Wirkung zum 1. Januar 2016 der bisherige § 2 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) aufgehoben und § 2b UStG neu in das Umsatzsteuergesetz eingefügt wurde. Seitdem unterliegen grundsätzlich auch die Zusammenarbeit bzw. Kooperation zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die damit einhergehenden Leistungsaustausche der Umsatzbesteuerung. Allerdings haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten von der Übergangsregelung des § 27 Abs. 22 Satz 3 Gebrauch gemacht, so dass eine Umsatzbesteuerung der bisherigen Beistandsleistungen frühestens ab 2021 erfolgt.

Die im Raum stehende Besteuerung unserer vielfältigen Zusammenarbeit nach § 2b UStG würde zu einer erheblichen Mehrbelastung der Rundfunkanstalten von ARD, ZDF und Deutschlandradio führen, die sich auf jährlich circa 200 Millionen Euro beläuft. Das zwischenzeitlich ergangene Anwendungsschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 16. Dezember 2016 zur Zusammenarbeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts ist sehr allgemein gehalten und bringt für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten leider keine hinreichende Rechtssicherheit. **Es muss daher zwingend sichergestellt werden, dass auch zukünftig Kooperationen zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten umsatzsteuerfrei bleiben.** Alles andere liefe den rundfunkpolitischen Zielen der Länder zuwider.

5. Systemwechsel bei den Betriebsrenten: Weniger Versorgungslasten

Vier Jahre lang haben wir mit den Gewerkschaften verhandelt und schließlich im Mai 2017 einen Durchbruch bei der Reform der Altersversorgung erzielt. **Die Einigung markiert einen Systemwechsel bei den Betriebsrenten. Der Tarifkompromiss sorgt dafür, dass wir bis 2024 vor allem bei den Rückstellungen der Altersversorgungen um einen hohen dreistelligen Millionenbetrag entlastet werden.** Wir können damit den finanziellen Aufwand für die Versorgungssysteme spürbar verringern und stellen die betriebliche Altersversorgung gemeinsam mit den Gewerkschaften auf eine neue, dauerhaft tragfähige Grundlage.⁵²⁾ Ob und inwiefern diese Effekte ganz oder teilweise den Finanzbedarf der ARD reduzieren können, ist noch mit der KEF zu klären.

Begrenzung der Steigerungen

Kernstück des Tarifkompromisses, der Ende Juli dieses Jahres paraphiert wurde, ist eine Reduzierung der Steigerungsraten (Dynamisierung) bei den Versorgungsleistungen: Bislang waren wir tariflich verpflichtet, Gehaltstarifabschlüsse der Häuser automatisch auf die Erhöhungen der Versorgungsbezüge zu übertragen. Dies war ein enormer finanzieller Aufwand, der sich im Zuge der kontinuierlich steigenden Lebenserwartung, der andauernden Niedrigzinsphase und bilanzrechtlicher Regelungen noch verstärkt hat.

Ziel der Verhandlungen mit den Gewerkschaften war eine Annäherung an die Regelung des öffentlichen Dienstes, die eine jährliche Rentenanpassung um ein Prozent vorsieht.⁵³⁾ In den Tarifverhandlungen verständigten wir uns schließlich auf die „x minus 1 Prozentpunkt“-Formel. Dabei fällt die Rentenstei-

gerung stets einen Prozentpunkt geringer aus als die Gehaltssteigerung. Steigen die Gehälter unter zwei Prozent (aber über ein Prozent), erhöht sich die Rente um mindestens ein Prozent. Dank dieser Formel erreichen wir einen vergleichbaren bilanziellen Einspareffekt wie mit der Ein-Prozent-Dynamisierung des öffentlichen Dienstes. Die Gewerkschaften bestanden im Gegenzug für ihr Einlenken bei der Dynamisierung auf einer langen Laufzeit bis 31. Dezember 2031.

Mit der Einigung bei der Rentendynamisierung sind zwei weitere Änderungen in Kraft getreten: zum einen Veränderungen beim Versorgungstarifvertrag (VTV) im Zuge der „Rente mit 67“, zum anderen der neue beitragsorientierte Tarifvertrag (BTVA) für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab 2017.

Deutliche Entlastungen

Der Tarifkompromiss ermöglicht nachhaltige Entlastungen bei den ARD-Landesrundfunkanstalten, der Deutschen Welle und beim Deutschlandradio. Wir können Rückstellungen auflösen, die wir aufgrund der bisherigen Regelung bilden mussten. Unabhängig davon, ob diese Entlastungen für den Finanzbedarf ganz oder teilweise herangezogen werden können, erhöht dieser Effekt unser Eigenkapital um **einmalig 882 Millionen Euro**. Hinzu kommen dauerhafte Effekte, die ebenfalls zu geringeren Rückstellungszuführungen und damit zu geringerem Aufwand führen. Diese dauerhaften Effekte sorgen für weitere Entlastungen von etwa 60 Millionen Euro. **Insgesamt belaufen sich die Entlastungen damit bis zum Jahr 2024 auf 942 Millionen Euro.** Die Einsparwerte werden wir nun im nächsten Schritt mit der KEF erörtern.

⁵²⁾ Der Abschluss der Tarifverträge bedarf noch der Zustimmung der jeweiligen Gremien der Gewerkschaften und der Landesrundfunkanstalten. Die Gewerkschaft ver.di hat sich mit Blick auf die anstandsindividuellen Verhandlungen bei der Deutschen Welle eine Erklärungsfrist bis zum 29. September 2017 ausbedungen.

⁵³⁾ Der Saarländische Rundfunk übernimmt schon seit 1967 durch seine Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse (ZVK) die Regelungen des öffentlichen Dienstes (1%-Dynamisierung, die für den öffentlichen Dienst seit 2001 gilt).

Systemwechsel bei der Altersversorgung

Anders als bei den bisherigen, inzwischen geschlossenen Versorgungswerken ist im neuen beitragsorientierten Tarifvertrag (BTVA) für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr das letzte Einkommen vor dem Renteneintritt (Endgehaltsbezug), sondern der Einkommensverlauf während der Dienstzeit maßgeblich. Zudem entwickeln sich die Renten ausschließlich abhängig von Überschüssen, die der Rentenfonds erwirtschaftet. Im Vergleich zu einem Fortbestand der bisherigen Altersversorgung sind die Rückstellungen beim BTVA langfristig etwa 30 Prozent niedriger.

Zu erwähnen bleibt, dass wir bereits in der Vergangenheit unsere Kosten für die Altersversorgung reduziert haben. Schon lange vor dem öffentlichen Dienst haben die Rundfunkanstalten den Systemwandel hin zu einer von der gesetzlichen Rente unabhängigen, betrieblichen Zusatzversorgung durchgesetzt. Im Ergebnis unserer Bemühungen macht der Nettoaufwand der Altersversorgung bei den Landesrundfunkanstalten aktuell etwa 6,1 Prozent unserer Gesamtaufwendungen aus.

6. Fazit

Eine moderne ARD, ausgestattet mit einem zeitgemäßen Auftrag und einer angemessenen Finanzierung, ist essenziell für unsere funktionierende Demokratie und für den stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Funktion des gemeinschaftlichen und freien öffentlich-rechtlichen Rundfunks zeigt sich im internationalen Vergleich: Studien belegen den Zusammenhang zwischen Umfang und Reichweite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einem Staat und dem allgemeinen Vertrauen in Medien und in andere gesellschaftliche Institutionen dieses Staates.⁵⁴⁾ Als eine unabhängige Plattform zum Austausch von Informationen und Positionen leisten wir einen maßgeblichen Beitrag für den demokratischen Meinungsbildungsprozess.

Wir werden die vielfältigen Chancen in den Bereichen digitaler Programmproduktion und -verbreitung sowie in der ARD-weiten Zusammenarbeit nutzen, indem wir die raschen und tiefgreifenden Veränderungen in der Medienbranche aktiv annehmen und für unsere Angebote umsetzen.

Die ARD ist auf dem Weg zu einem inhaltlich cross-medialen und strukturell integrierten föderalen Medienverbund. Das erfordert Ausdauer und politische Unterstützung. Für die Gestaltung des Veränderungsprozesses tragen die Sender der ARD und ihre Gremien genauso Verantwortung wie die Länder und der Bund. Nur gemeinsam kann es gelingen, den Wert eines freien und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch für künftige Generationen zu bewahren.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist wertvoll, einzigartig und in unser aller Interesse. Gemeinsam haben wir die Chance, seine gesellschaftlichen Leistungen und seine mittlerweile über Generationen bewährte Funktion für unsere Gesellschaft zu sichern und zeitgemäß fortzuentwickeln. Dazu wird die ARD ihren Beitrag leisten.

⁵⁴⁾ Insbesondere Reuters Digital News Report 2016.

Impressum:
Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
der Bundesrepublik Deutschland (ARD)
ARD-Vorsitz: Mitteldeutscher Rundfunk
Anstalt des Öffentlichen Rechts
Kantstraße 71 – 73
D-04275 Leipzig

Layout: Dot_Agentur
Stand: September 2017



BR

HR

MDR

NDR

Radio Bremen

RBB

SR

SWR

WDR

www.ARD.de

SEPTEMBER 2017

Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter

Anlagen zum Bericht



INHALT

II. ANLAGEN ZUM BERICHT DER ARD

Auftrag und Strukturoptimierung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter

1.	Die Strukturprojekte der ARD	2
1.1	Vorwort und ergänzende Hinweise	2
1.2	Archivinfrastruktur MediaDataHub	5
1.3	Archivprozesse (Pressearchive, -datenbanken, Musikdokumentation)	6
1.4	Audiofingerprinting GEMA-Meldungen	7
1.5	Aus- und Fortbildung/Medienakademie	8
1.6	Beitragsservice	9
1.7	Benchmarking Produktion (Studioproduktion, Smarte Produktion)	10
1.8	Einkauf	11
1.9	IRT/Fraunhofer-Gesellschaft	12
1.10	IT-Strategie	13
1.11	Korrespondentennetz Infrastruktur Crossmediale Korrespondentenplätze	14
1.12	Optimierung DRA-Standorte	15
1.13	Plattform für digitale Produkte	16
1.14	Prozessstandardisierung Produktion Großereignisse	17
1.15	SAP Prozessharmonisierung	18
1.16	Sendeabwicklung Hörfunk-/Fernsehschalträume/Sternpunkt/ POC/Leitungsbüro	19
1.17	Sendernetzbetrieb	20
1.18	Service Desk	21
1.19	Strukturoptimierung Versorgungs-/Pensionskassen	22
1.20	Verkehrsfunk	23
1.21	Verlagerung MiMa nach Berlin	24
2.	Struktur Rundfunkbeitrag: Entwicklung der Einnahmen/Erträge	26
2.1	Beitragsserträge	26
2.2	Erträge aus Werbung und Sponsoring	29
2.3	Sonstige Erträge	30
2.4	Fazit	31
3.	Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln: Reformüberlegungen zu den Verfahrensstufen	32
3.1	Ausgangslage	32
3.2	Erste Verfahrensstufe: Ein auf zwölf Jahre angelegter Entwicklungsplan mit Fortschrittsbericht	33
3.3	Zweite Verfahrensstufe: Evaluierung der strategischen Ausrichtung der ARD als föderaler Medienverbund, neue Anreize zur Wirtschaftlichkeit, mehr Transparenz für den Beitragszahler	36
3.4	Dritte Verfahrensstufe: Bestätigung des Entwicklungsplans	39
3.5	Fazit	40

1. Die Strukturprojekte der ARD

1.1 Vorwort und ergänzende Hinweise

Die nachfolgenden Seiten beinhalten die Beschreibungen der einzelnen ARD-Strukturprojekte. Dabei werden zu jedem Strukturprojekt Gegenstand und Ziel der Maßnahme, die beteiligten Kooperationspartner, die Potenzialerwartung sowie der Zeitplan/ das weitere Vorgehen dargestellt.

Darüber hinaus sind noch folgende Hinweise zu beachten:

Potenzialerwartungen

Aus den aktuellen Einschätzungen ergibt sich ein Einsparvolumen in Höhe von 951 Millionen Euro bis 2028.

Die in diesem Einsparvolumen enthaltenen Anteile für die Programmverbreitung in Höhe von 363 Millionen Euro werden nicht bei den Strukturprojekten ausgewiesen, da die finanziellen Auswirkungen für den Zeitraum 2017 bis 2020 bereits in den aktualisierten Mittelfristigen Finanzplanungen der ARD-Landesrundfunkanstalten bzw. im 20. KEF-Bericht berücksichtigt wurden. Diese Einsparungen sind dauerhaft und vermindern insofern auch die Aufwendungen zur Programmverbreitung in den nachfolgenden Beitragsperioden (siehe hierzu auch den Abschnitt „Einsparpotenziale bei der Programmverbreitung“).

Die weiteren Anteile aus den aktuellen Einschätzungen zum Einsparvolumen in Höhe von 588 Millionen Euro bis 2028 resultieren aus den ARD-Strukturprojekten, deren finanzielle Auswirkungen noch nicht in den Mittelfristigen Finanzplanungen der ARD-Landesrundfunkanstalten bzw. im 20. KEF-Bericht enthalten sind. Davon entfallen 311 Millionen Euro auf den Zeitraum bis Ende 2024 und 277 Millionen Euro auf den Zeitraum 2025 bis 2028. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen aus den ARD-Strukturprojekten zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

Die erwarteten Einsparvolumen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die geschätzten Einsparvolumen (Bruttoeinsparungen abzüglich Umsetzungsaufwendungen) werden in den nachfolgenden Projektbeschreibungen für den Zeitraum bis Ende 2024 und den Zeitraum 2025 bis 2028 dargestellt. Bei den Strukturprojekten sind die Laufzeiten und der Umsetzungsfortschritt unterschiedlich.

Kooperationen zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio

Viele der Projekte erfolgen in Kooperation zwischen ARD, ZDF und/oder Deutschlandradio. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten waren grundsätzlich für alle Themen offen, bei denen durch eine Kooperation positive Effekte denkbar erschienen. Entscheidungskriterien für oder gegen eine Kooperation waren wirtschaftliche Gründe, inhaltliche Machbarkeit (z. B. Standortbezug), unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen, publizistischer Wettbewerb sowie spezifische strategische/geschäftspolitische Gründe der einzelnen Rundfunkanstalten.

Die 20 Strukturprojekte beinhalten insgesamt 18 Kooperationsprojekte. Davon beteiligt sich das ZDF an elf Kooperationsprojekten und Deutschlandradio an 15 Kooperationsprojekten. Auf vereinbarte Kooperationen zwischen ARD, ZDF und/oder Deutschlandradio wird in den Projektbeschreibungen hingewiesen. Um die von der Politik geforderte Vergleichbarkeit der Werte zu gewährleisten, wurden die Beschreibungen zu den Kooperationsprojekten und die Ermittlungen zu den Potenzialerwartungen zwischen den Beteiligten abgestimmt. Somit werden in den Berichten von ARD, ZDF und Deutschlandradio jeweils nur die eigenen Anteile zu den Potenzialerwartungen ausgewiesen und (sofern erforderlich) durch erläuternde Hinweise ergänzt.

Zentralisierung der Rechenzentrumsleistung

Das ZDF plant (auf Basis einer Studie von Ernst & Young (EY)) für seine standardisierbare IT die Auslagerung der Rechenzentrumsleistungen. Betrachtet wurde hier aus Sicht von EY die auslagerungsfähige Standard-IT (Office-Systeme, ERP-Systeme, Dispositionssysteme, Personalsysteme, Rechtsmanagementsysteme).

Auch die ARD sieht eine Zentralisierung zukünftig noch benötigter Rechenzentrumsleistung als wirtschaftlich sinnvoll an, weshalb die ARD die Zusammenlegung der Rechenzentren und deren Eigenbetrieb als ein Ziel verfolgt. Ein Eigenbetrieb gewährleistet die Systemhoheit und eine selbstbestimmte Nutzung der IT. Dies hat für die ARD eine hohe strategische Bedeutung, da sie nicht nur die Standard-IT, sondern auch weite Teile der Produktions-IT anstaltsübergreifend standardisieren und konzentrieren möchte. Die Wirtschaftlichkeit eines zentralisierten Eigenbetriebs ist im Vergleich zu einem Fremdbetrieb aus Sicht der ARD gegeben und wurde von EY auch bestätigt. Daher sieht die ARD derzeit von einer Auslagerung der Rechenzentrumsleistungen (Fremdbetrieb mit externem Partner) ab.

Die Zentralisierung der Rechenzentrumsleistung wird jedoch nicht als einzelnes ARD-Strukturprojekt dargestellt, da diese inkl. der daraus resultierenden Einsparvolumen bereits Bestandteil der Strukturprojekte „Archivinfrastruktur MediaData-Hub“, „IT-Strategie“ und „Prozessstandardisierung Produktion Großereignisse“ ist.

Einsparpotenziale bei der Programmverbreitung

Die Aufwendungen für die Programmverbreitung beinhalten im Wesentlichen die terrestrische Ausstrahlung, die Satellitenausstrahlung und die Verbreitung auf IP-Netzen. Entscheidungen hierzu haben einen starken und zeitlich nachhaltigen Einfluss auf die Kosten der Programmverbreitung. Ein Ausweis im Rahmen der Strukturprojekte erfolgt jedoch nicht, da die nachfolgend beschriebenen Effekte bereits in den aktualisierten Mittelfristigen Finanzplanungen der ARD-Landesrundfunkanstalten (Einsparung bei Distributionsleitungen) bzw. im 20. KEF-Bericht (Umstieg von DVB-T auf DVB-T2, Abschaltung ASTRA-SD und Einstellung Verbreitung des Ersten über Eutelsat) berücksichtigt wurden (siehe auch Abschnitt „Potenzialerwartungen“).

Einsparpotenziale bei der Programmverbreitung

		EINSPARUNGEN BIS 2024	EINSPARUNGEN 2025 – 2028	EINSPARUNGEN BIS 2028
Einsparung bei Distributionsleitungen	ab 2017	20 Mio. €	10 Mio. €	30 Mio. €
Einstellung Verbreitung des Ersten über Eutelsat	ab 2017	3,1 Mio. €	1,6 Mio. €	4,7 Mio. €
Vorgezogene Abschaltung ASTRA-SD	ab 2020	95,4 Mio. €	84,8 Mio. €	180,2 Mio. €
Umstieg von DVB-T auf DVB-T2	ab 2020	82,5 Mio. €	66 Mio. €	148,5 Mio. €
Gesamt		201 Mio. €	162,4 Mio. €	363,4 Mio. €

► **Einsparungen bei Distributionsleitungen**

Die Kosten für die Distributionsleitungen zur Heranführung der Sendesignale an die Sender konnten durch die Nutzung neuer technologischer Möglichkeiten und die Aushandlung neuer Verträge signifikant reduziert werden. Dies führt zu jährlichen Einsparungen in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro ab 2017.

► **Einstellung Verbreitung des Ersten über Eutelsat**

Die Einstellung der Verbreitung des Ersten über das Satellitensystem von Eutelsat erfolgte zum 31. März 2017. Der mit der Abschaltung verbundene Reichweitenverlust wird zugunsten der erzielbaren Kostenreduktion in Kauf genommen. Die Kosten beliefen sich auf rd. 0,4 Millionen Euro p. a.

► **Vorgezogene Abschaltung ASTRA-SD**

Derzeit werden die meisten Programme der ARD-Landesrundfunkanstalten und die kooperierten Programme über Satellit sowohl in SD- als auch in HD-Qualität verbreitet. Da jedoch die Kosten für den Simulcast für die ARD derzeit bei rund 21 Millionen Euro p. a. liegen, könnte sich die ARD gemäß den Erwartungen der KEF eine Beendigung des Simulcast-Betriebes der öffentlich-rechtlichen Programmveranstalter zeitlich – trotz aller damit verbundenen wettbewerblichen Risiken – deutlich vor den privaten Programmveranstaltern vorstellen. Denkbar wäre z. B. eine Beendigung Mitte 2020.

► **Umstieg von DVB-T auf DVB-T2**

Durch den Umstieg von DVB-T auf DVB-T2 wird den Beitragszahlern ein signifikanter Mehrwert geboten: mehr Programme und diese in HD-Qualität. Zusätzlich reduzieren sich die Kosten der Programmverbreitung um ca. 15 Prozent. Dies entspricht rund 16,5 Millionen Euro p. a. für die ARD ab 2020.

Umstieg von UKW auf DAB+

Im Vergleich zu UKW bietet DAB+ die Möglichkeit der größeren Programmvietfalt sowie besseren Klangqualität und lässt sich dabei kostengünstiger bei gleichzeitig geringerem Energieverbrauch verbreiten. Nach ARD-interner Einschätzung wird erwartet, dass die Kosten von DAB+ bei vollständigem Netzausbau nach Abschaltung von UKW inflationsbereinigt auf Ebene der ARD ca. 80 Prozent der Kosten der UKW-Versorgung betragen werden. Für den Zeitraum 2017 bis 2020 hat die ARD zum 21. KEF-Bericht Verbreitungskosten für UKW von 211,7 Millionen Euro und für DAB+ von 134,6 Millionen Euro angemeldet. Auf dieser Basis ergibt sich ein jährliches Einsparpotenzial von 44,2 Millionen Euro.

Um diese Einsparungen zu realisieren, hat bereits die KEF festgestellt, dass es zu klaren Festlegungen von Bundesregierung, Bundestag und Ländern kommen und ein einheitlicher, realistischer Abschaltzeitpunkt für UKW für alle Programmveranstalter (öffentlich-rechtliche und private) beschlossen werden muss. Das jährliche Einsparpotenzial kann dann ab diesem festgelegten Abschaltzeitpunkt realisiert werden.

**EINSPARUNGEN
NACH ABSCHALTUNG**

Umstieg von
UKW auf DAB+

44,2 Mio. €

1.2 Archivinfrastruktur MediaDataHub

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel ist der Aufbau eines crossmedialen Mediendatensystems auf der Plattform einer gemeinsamen Archivdatenhaltung aller ARD-Landesrundfunkanstalten. Dabei sollen alle verfügbaren Möglichkeiten der Automatisierung durch Datenübernahme, Einsatz von Mining-Systemen und Linked-Data-Technologien genutzt werden. Mit der Umsetzung werden hohe Einsparpotenziale in den Bereichen Redaktion, Dokumentation und Archive sowie in der IT erwartet. Sie ergeben sich durch die teilweise Automatisierung der Dokumentation, die Rechercheunterstützung der Autorinnen und Autoren und die damit besseren Nutzungsmöglichkeiten des Programmvermögens in den Redaktionen, die gemeinsame Entwicklung zukunftsweisender Technologien und die Abschaltung paralleler Archivsysteme in der ARD, wie z. B. ARCHIMEDES.

Kooperation

ARD und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 21,4 Mio. Euro bis Ende 2024;
23,5 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten die beschriebenen Prüfungen einer möglichen Umsetzung und eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik.

Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.3 Archivprozesse (Pressearchive, -datenbanken, Musikdokumentation)

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projektes ist die Zusammenführung der Pressedatenbankkooperationen zur Gewährleistung der Presseinformation in den ARD-Landesrundfunkanstalten. Dadurch werden Einsparungen und eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Bereich der technischen Infrastruktur, der IT-Leistungen, der Personalaufwände und der Lizenzkosten erwartet. Darüber hinaus soll eine zentrale Stelle für die Beschaffung, Ingest¹⁾, Dokumentation und Bereitstellung von Industrietonträgern E-Musik (Klassik) aufgebaut werden. Durch die Verlagerung von mehreren auf eine Stelle sollen finanzielle Aufwendungen minimiert und Workflows von der Beschaffung bis zur filebasierten Bereitstellung optimiert werden.

Kooperation

ARD und Deutschlandradio (bzgl. Pressearchive/-datenbanken Entscheidung Deutschlandradio 2019)

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 4,7 Mio. Euro bis Ende 2024;
6,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten die beschriebenen Prüfungen einer möglichen Umsetzung und eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik.

Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

¹⁾ Als Ingest wird das Einspielen von Bild- und Tonmaterial in ein server-basiertes System oder eine Speicherlösung bezeichnet. Teilweise wird so aber nicht nur der Vorgang des Einspielens selbst bezeichnet, sondern auch das Signal, das eingespielt wird (oftmals auch als „Feed“ bezeichnet).

1.4 Audiofingerprinting GEMA-Meldungen

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projektes ist die Einführung einer zentralen Fingerprint-Lösung zur automatisierten Musiktiterkennung in linear gesendeten Hörfunk- und Fernsehprogrammen zur Erstellung von Meldereports an die GEMA/GVL. Aus der weitgehenden Automatisierung resultiert eine Verbesserung der Quantität und Qualität der Meldungen an die Verwertungsgesellschaften, mit der auch die Beibehaltung des Bonus- und die Vermeidung eines Malus-Systems durch die Verwertungsgesellschaften erreicht werden. Darüber hinaus sollen die Meldeprozesse zentralisiert und vereinheitlicht werden.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 2,5 Mio. Euro bis Ende 2024;
2,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Hinweis:

Über das angegebene Einsparvolumen hinaus können durch die oben beschriebenen Maßnahmen Malus-Zahlungen i. H. v. ca. 42,6 Millionen Euro bis Ende 2028 vermieden werden.

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten die beschriebenen Prüfungen einer möglichen Umsetzung und eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik.

Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.5 Aus- und Fortbildung/Medienakademie

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziele des Projekts sind die Identifizierung und Realisierung von Synergiepotenzialen bei der Konzeption, der Umsetzung und der Administration von Aus- und Fortbildungsangeboten. Unterstellt wird dabei, dass die Schnittmengen der Personalentwicklungsbedarfe groß genug sind, dass ein Anbieter für alle Rundfunkanstalten tätig wird. Dafür bietet sich besonders die Gemeinschaftseinrichtung „ARD.ZDF medienakademie“ an.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Der Umbau- und Strukturreformprozess muss voraussichtlich durch zusätzliche Fortbildungsangebote begleitet werden. Durch die Umsetzung des Projekts sollen die daraus zu erwartenden zusätzlichen finanziellen Aufwendungen vollständig aufgefangen werden.

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die weitere Umsetzung ist eingeleitet.

1.6 Beitragsservice

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziele des Projekts sind die Prüfung des Aufgabenumfangs und der Aufgabenabgrenzung zum Zentralen Beitragsservice sowie der Umsetzung weiterer Kooperationsmöglichkeiten der dezentralen Beitragsserviceabteilungen der ARD-Landesrundfunkanstalten, die zu einer weiteren Reduzierung von finanziellen Aufwendungen und personellen Kapazitäten in den dezentralen Beitragsserviceabteilungen führen sollen.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Die Einsparpotenziale werden auf die Empfänger der Beitragserträge in dem Verhältnis aufgeteilt, in dem ihnen die Beitragserträge zustehen. Auf Basis des § 9 Abs. 1 des 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrags liegt dieser Anteil für die ARD bei 69,59 %. Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

Ausgehend von den bereits reduzierten Ansätzen für das Jahr 2020 werden nochmalige Kostensenkungen um 10 % angestrebt.

Nach derzeitiger Einschätzung wird danach folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 12,5 Mio. Euro bis Ende 2024;
7,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt. Die nächsten Schritte beinhalten die beschriebenen Prüfungen einer möglichen Umsetzung und eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte

Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen und den verschiedenen Aufwandsarten. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.7 Benchmarking Produktion (Studioproduktion, Smarte Produktion)

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziele des Projekts sind die Standardisierung und Harmonisierung von Produktionsprozessen im Bereich Studioproduktion und Smarte Produktion zur Erzielung von Einsparpotenzialen. Der Fokus des Projekts liegt derzeit auf dem Fernseh-Bereich. Durch die Hebung von Synergieeffekten soll die Effizienz gesteigert werden, ohne die programmliche Leistungsfähigkeit zu gefährden. Auf Basis der Erfahrungen aus den bisherigen Kooperationen zwischen den Rundfunkanstalten und den derzeit absehbaren technologischen Entwicklungen sind hier neue Möglichkeiten zu erwarten. Erarbeitet werden Referenzmodelle, aus denen Einsparpotenziale abgeleitet werden können.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 64,0 Mio. Euro bis Ende 2024;
40,4 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Zum Thema „Benchmarking Produktion“ hat die ARD bereits im Rahmen der Anmeldung zum 21. KEF-Bericht einen Zwischenbericht an die KEF übermittelt.

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten die beschriebenen Prüfungen einer möglichen Umsetzung und

eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.8 Einkauf

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziele des Projekts sind eine gemeinsame Planung und Durchführung von Beschaffungen. Dazu wollen sich die Rundfunkanstalten auf einheitliche (technische) Standards verständigen. Dafür soll zum einen eine Kooperation bei Beschaffungen grundsätzlich verpflichtend werden. Zum anderen soll ein einheitliches Verfahren für Kooperationsanfragen mit verbindlichen Vorlaufzeiten und gegebenenfalls ein durch geeignete technische Systeme unterstütztes gemeinsames Planungsverfahren eingeführt werden. In spezifischen Themenfeldern sollen einzelne Rundfunkanstalten im Sinne einer Spezialisierung die Federführung für die jeweiligen Beschaffungen (sog. Lead-Buyer-Prinzip) übernehmen. Außerdem sollen die Regularien wie z. B. Beschaffungsordnungen, Einkaufsbedingungen harmonisiert werden. Ferner werden Warengruppen definiert, die alle Rundfunkanstalten einheitlich verwenden; dies ermöglicht die effektivere Steuerung der Beschaffungsvorgänge sowie ein besseres Controlling.

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind auf Basis des außerhalb des IT-Bereichs ermittelten tatsächlichen Beschaffungsvolumens der Jahre 2013 bis 2016 geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 20,3 Mio. Euro bis 25,6 Mio. Euro
bis Ende 2024;
16,3 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Hinweis:

Anders als beim ZDF sind bei ARD und Deutschlandradio nicht die Einsparungen aus dem Bereich IT enthalten. Die Einsparungen aus dem Bereich IT sind im Einsparvolumen des Projekts „IT-Struktur“ enthalten, das der KEF mit der Anmeldung vom 28.04.2017 vorgelegt wurde.

Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.9 IRT/Fraunhofer-Gesellschaft

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist eine langfristige finanzielle Entlastung der heutigen Gesellschafter. Dazu wird die Integration des IRT in einen Forschungsverbund angestrebt. Hierbei liegt die Integration in die Fraunhofer-Gesellschaft nahe, da deren Ausrichtung im Bereich der anwendungsorientierten Forschung der Ausrichtung des IRT am nächsten kommt. Außerdem sind einzelne Fraunhofer-Institute bereits in denselben Bereichen wie das IRT tätig, so dass sich beidseitige Kompetenzen und nicht zuletzt auch das Know-how der Mitarbeiter gegenseitig befruchten und ergänzen könnten.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Bis Ende 2024 werden keine Einsparungen erwartet, da die finanzielle Entlastung vor allem aufgrund der Gehalts- und Rentenverpflichtungen erst langfristig absehbar ist. Es ist von einem sehr langsamen Abbau auszugehen. Für den Zeitraum 2025 bis 2028 wird ein Einsparvolumen vorhanden sein. Dessen Höhe kann aber derzeit noch nicht benannt werden.

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Zunächst wird geklärt, ob die Gesellschafter einer Veräußerung des IRT zustimmen werden. Darüber hinaus wird geklärt, ob und unter welchen finanziellen und strategischen Voraussetzungen die Fraunhofer-Gesellschaft Interesse an der Übernahme des IRT hat.

Außerdem ist zu klären, welche Leistungen die Rundfunkanstalten zukünftig beim IRT oder anderweitig einkaufen müssten.

1.10 IT-Strategie

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziele dieses Projektes sind es, Kooperationen bzw. die gemeinsame Leistungserstellung im IT-Bereich wirksam durchzusetzen und positive wirtschaftliche Effekte auf der Grundlage der Erhöhung des Standardisierungsgrades und gemeinsamer Einkaufsaktivitäten zu erreichen. Zentraler Bestandteil der IT-Strategie ist ein aktives und gemeinsames Vorgehen der Landesrundfunkanstalten der ARD, des Deutschlandradios und der Deutschen Welle. Dadurch sollen IT-Kooperationsvorhaben identifiziert und initiiert werden, wobei geprüft wird, ob diese durch Beschaffungen am Markt oder Eigenfertigung realisiert werden. Die Beschaffungen sollen nach dem sog. Lead-Buyer-Modell durchgeführt werden. Dies bedeutet, dass in spezifischen Themenfeldern einzelne Rundfunkanstalten im Sinne einer Spezialisierung die Federführung übernehmen. Abhängig von Merkmalen wie Komplexität, Aufwand etc. legt die IT-Strategie die hierfür notwendige Vorhabenstruktur fest. Zur Umsetzung der IT-Strategie ist ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel notwendig. Dabei verändert sich die Arbeitsweise der Rundfunkanstalten von der Freiwilligkeit zur Kooperation hin zu einer höheren Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit.

Kooperation

ARD und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 72,0 Mio. Euro bis Ende 2024;
54,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Zum Thema „IT-Struktur“, das auch die IT-Strategie umfasst, wurde der KEF mit der Anmeldung zum 21. KEF-Bericht bereits ein quantifiziertes Ergebnis übermittelt. Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht vollständig nach der KEF-Systematik differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten diese Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen. Danach erfolgt eine

differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.11 Korrespondentennetz Infrastruktur Crossmediale Korrespondentenplätze

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist eine optimierte, zukunftsweisende inhaltliche Aufstellung der Studios. Durch die neue, crossmediale Ausrichtung bei gleichzeitigem Ausbau der digitalen Kompetenzen soll der redaktionelle Bedarf effektiver und flexibler abgedeckt werden, ohne an journalistischer Qualität und Glaubwürdigkeit zu verlieren. Durch die räumliche Zusammenführung der Hörfunk- und Fernsehstudios und die Schaffung gemeinsamer Verwaltungs-, Technik- und IT-Infrastrukturen werden Doppelstrukturen abgebaut. Hierzu gehört auch, dass die Berichterstattung für die verschiedenen Ausspielungswege zukünftig abgestimmt erfolgt und Termine nicht mehr doppelt besetzt werden.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 2,0 Mio. Euro bis Ende 2024;
2,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt. Die nächsten Schritte beinhalten die beschriebenen Prüfungen einer möglichen Umsetzung und eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Auf-

gliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.12 Optimierung DRA-Standorte

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Das DRA mit seinen Standorten in Frankfurt/Main und Potsdam-Babelsberg wird bereits seit 2012 standortübergreifend umstrukturiert, unter anderem verbunden mit einem Abbau von Leitungsfunktionen und Stellen. Im Zuge der ARD-Strukturreform wurde entschieden, darüber hinaus die Aufgabenzuordnung und Strukturen an beiden Standorten bis zum Jahr 2027 insbesondere durch sukzessive Verlagerung der Bestände von Frankfurt nach Babelsberg weiter zu optimieren. Die Umsetzung der Maßnahme soll so erfolgen, dass die Möglichkeit, das DRA in einer daran anschließenden längerfristigen Perspektive in Babelsberg zusammenzulegen, dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Kooperation

ARD und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 0,6 Mio. Euro bis Ende 2024;
0,6 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differen-

zierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.13 Plattform für digitale Produkte

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist eine für alle ARD-Angebote gemeinsame technische Infrastruktur mit einem gültigen personalisierten Nutzerzugang. Damit können die vielfältigen in der ARD produzierten Inhalte besser erschlossen werden. Hauptmerkmale dieses Systems sind eine übergreifende Login-Komponente (ARD-ID), um intelligente Empfehlungs- und Suchfunktionen anbieten zu können, sowie eine gemeinsame Metadaten- und Nutzungsdatenspeicherung. Die künftige ARD Mediathek und weitere digitale Produkte werden mit den neuen und zeitgemäßen Funktionalitäten fortentwickelt. Dies wird die Attraktivität für die Nutzerinnen und Nutzer weiter steigern.

Kooperation

ARD-Landesrundfunkanstalten

Potenzialerwartung

Bei dem Vorhaben handelt es sich um ein Effizienzprojekt. Die gemeinschaftlichen digitalen Produkte bauen darauf auf, und auch die einzelnen Landesrundfunkanstalten können sie für eigene Produkte nutzen. Damit wird der Aufwand für die Entwicklung digitaler Angebote reduziert.

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Im März 2017 haben sich die Intendantinnen und Intendanten auf die Umsetzung der gemeinsamen technischen Infrastruktur verständigt. Das System trägt den Namen ARD User Service Engine (ARD USE). Der Start der Plattform wird im Winter 2017/2018 mit der ARD Mediathek erfolgen. Danach wird die Plattform kontinuierlich weiterentwickelt und es werden sukzessive digitale Produkte der ARD angeschlossen.

So entsteht auf dieser Basis etwa eine ARD-Audiothek-App, die die Wortangebote der ARD im Radio bündeln wird. Darüber hinaus ist vorgesehen, die derzeit in Konzeption befindliche Mediathek speziell für Kinder von ARD, ZDF und KiKA perspektivisch an die Funktionalitäten der ARD USE anzubinden.

1.14 Prozessstandardisierung Produktion Großereignisse

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist die Weiterentwicklung zur Standardisierung und Harmonisierung von multimedialen Produktionskonzepten und -prozessen. Dazu sollen die Produktionen von Großevents (Sport, Wahlen etc.) analysiert werden. Im Ergebnis soll die Effizienz der Workflows und Konzepte, insbesondere für Sportgroßereignisse, erhöht werden. Darüber hinaus soll die bereits erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit von ARD und ZDF bei Großereignissen mit vermehrtem Einsatz smarter Produktionstechnologien wie z. B. Remote- und Centralized-Produktionskonzepte²⁾ fortgeführt werden.

Kooperation

ARD und ZDF

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 25,0 Mio. Euro bis Ende 2024;
5,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen

Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

²⁾ Siehe ARD-Bericht, Fußnote 40.

1.15 SAP Prozessharmonisierung

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziele des Projekts sind die Konsolidierung, Harmonisierung und Standardisierung der durch SAP unterstützten betriebswirtschaftlichen Geschäftsprozesse und die Etablierung einer SAP-Enterprise-Architektur für die ARD-Landesrundfunkanstalten, Deutschlandradio und Deutsche Welle mit dem IVZ als wirtschaftlich marktfähigem und zentralen IT-Steuerer bzw. IT-Dienstleister für SAP-Dienste. Im Ergebnis des Projekts wird eine moderne SAP-S/4HANA-Systemlandschaft mit zu 90 Prozent einheitlichen und zu 70 Prozent am SAP-Best-Practices-Standard ausgerichteten betriebswirtschaftlichen Geschäftsprozessen und SAP-Systemen etabliert. Damit sollen einerseits die Voraussetzungen für zentrale Shared Services für betriebswirtschaftliche Prozesse geschaffen werden. Andererseits wird eine Effizienzsteigerung des SAP-Systembetriebs von über 50 Prozent durch Standardisierung, Automatisierung sowie Nutzung von Verbund- und Skaleneffekten angestrebt.

Kooperation

ARD und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 25,5 Mio. Euro bis Ende 2024;
47,2 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die ARD hat im Rahmen der Anmeldung zum 21. KEF-Bericht einen Zwischenbericht zum Thema „IT-Struktur“ an die KEF übermittelt, der auch auf die SAP-Prozessharmonisierung eingeht.

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung

der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.16 Sendeabwicklung Hörfunk-/Fernsehschalträume/ Sternpunkt/POC/Leitungsbüro

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist kurz-/mittelfristig die Konzentration der Sendeabwicklungen für die dritten Fernsehprogramme in den Kooperationsgruppen. Darüber hinaus sollen weitere Synergiepotenziale gehoben werden z. B. durch Bündelung der Sendeabwicklungen der Digitalkanäle, Fusionierung der Hörfunk-/Fernsehschalträume in den Kooperationsgruppen, Berücksichtigung neuer technologischer Anforderungen von Programmseite (z. B. Eventstreaming), Definition des zukünftigen Portfolios von Sternpunkt/POC/Leitungsbüro, Standardisierung und Harmonisierung von Prozessen und Technologien und Entwicklung eines „Referenzmodells“. Durch die Umsetzung der Maßnahmen werden signifikante Einsparpotenziale gehoben.

Kooperation

ARD und ZDF

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 32,0 Mio. Euro bis Ende 2024;
32,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinspar-

volumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.17 Sendernetzbetrieb

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist die Senkung des Personalaufwands der Sendernetzbetriebe der Landesrundfunkanstalten in der Betreuung der Sendeanlagen durch übergreifende Zusammenarbeit und damit einhergehend moderate Senkung der Verfügbarkeit.

Kooperation

ARD-Landesrundfunkanstalten

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 5,6 Mio. Euro bis Ende 2024;
12,4 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinspar-

volumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.18 Service Desk

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist der Aufbau eines zentralen Service Desk für alle ARD-Landesrundfunkanstalten, Deutschlandradio und die Deutsche Welle. Durch die Bündelung der bisher anstaltsindividuell organisierten Entstör- und Supportprozesse in einem zentral betriebenen Service Desk werden die Wirtschaftlichkeit erhöht und Einsparpotenziale gehoben. Die Anstalten werden zudem motiviert, die bislang unterschiedlichen Systemlandschaften und eingesetzten Tools mittelfristig zu vereinheitlichen.

Kooperation

ARD und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 14,8 Mio. Euro bis Ende 2024;
24,0 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die ARD hat im Rahmen der Anmeldung zum 21. KEF-Bericht einen Zwischenbericht zum Thema „IT-Struktur“ an die KEF übermittelt, der auch auf den Service Desk eingeht.

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung

der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.19 Strukturoptimierung Versorgungs-/Pensionskassen

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel ist die Zusammenführung von Strukturen der drei ARD-Versorgungskassen (Baden-Badener Pensionskasse, Pensionskasse Rundfunk, Versorgungskasse Radio Bremen) sowie der ZDF-Pensionskasse, um dadurch Synergieeffekte zu erschließen. Darüber hinaus haben es die Versorgungskassen – wie alle betrieblichen Pensionssysteme – in der aktuellen Niedrigzinsphase und angesichts der biometrischen Entwicklung (veränderte Sterblichkeit) mit erheblichen Kostensteigerungen und operativen Risiken zu tun, die in größeren Organisationseinheiten voraussichtlich besser bewältigt werden können.

Kooperation

ARD, ZDF und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Ein externer Gutachter hat im Auftrag der ARD, des ZDF und des Deutschlandradios die Strukturen der Pensionskassen überprüft. Dabei stand die Entwicklung von Modellen für mögliche Kooperationen oder Integrationen im Vordergrund. Die Ergebnisse des externen Gutachtens haben gezeigt, dass Synergieeffekte insbesondere mit einem sog. **Gesamtkooperationsmodell** gehoben werden können, ohne dass die Versorgungskassen dabei ihre Eigenständigkeit aufgeben müssen. Eine andere Modellvariante ist das sog. Arbeitsgemeinschaftsmodell. Da mit der Umsetzung des Arbeitsgemeinschaftsmodells jedoch geringere Einsparungen zu erwarten sind, wird die ARD die Zusammenarbeit in einer eingetragenen Genossenschaft im Rahmen des Gesamtkooperationsmodells prüfen. Dabei ist auch von Bedeutung, dass die BaFin das Gesamtkooperationsmodell in anderen Fällen bereits genehmigt hat. Da allerdings noch eine Vielzahl offener Fragen besteht, können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen zu den zu erwartenden Einsparungen getroffen werden. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass durch die Einführung z. B. von gemeinsamen, einheitlichen IT-Plattformen der Pensionskassen u. U. erst einmal ein zusätzlicher Aufwand erforderlich wird, bevor mittel- bis langfristig nennenswerte Synergieeffekte eintreten.

ARD: Das Einsparvolumen wird derzeit noch ermittelt.

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Im nächsten Schritt werden im Oktober 2017 die Ergebnisse der Studie einem erweiterten Kreis aus Fachleuten vorgestellt und die weitere Vorgehensweise festgelegt. Erst anschließend kann voraussichtlich eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik erfolgen, um danach eine differenzier-

te Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen vorzunehmen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht anzumelden.

1.20 Verkehrsfunk

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel des Projekts ist die Optimierung der Datenerhebung und -nutzung bei Verkehrs- und Mobilitätsinformationen durch den Ausbau von Vernetzung und Kooperationen der Verkehrsfunkredaktionen der ARD-Landesrundfunkanstalten. Zudem soll die Qualität der Quellen (extern und intern) verbessert, Synergien bei Datenerhebung, -austausch sowie -bewertung sollen gehoben und die Abstimmung der Verkehrsredaktionen und IT-Bereiche bei der Weiterentwicklung von Verkehrsfunksystemen und Datenbanken unter Berücksichtigung der technischen Entwicklungen in der Verkehrstelematik soll weiter intensiviert werden.

Kooperation

ARD und Deutschlandradio

Potenzialerwartung

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 0,6 Mio. Euro bis 1,6 Mio. Euro
bis Ende 2024;
2,5 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinspar-

volumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

1.21 Verlagerung MiMa nach Berlin

Gegenstand und Ziel der Maßnahme

Ziel dieses Projekts ist die Verlagerung des Mittagmagazins nach Berlin, so dass die daraus resultierenden Synergien von ARD und ZDF genutzt werden können. Das ZDF wird die Produktionsfläche (ZDF-Hauptstadtstudio) und die ARD (d. h. rbb) Mitarbeiterkapazitäten zur Verfügung stellen.

Kooperation

ARD und ZDF

Potenzialerwartung

Das ab dem 1. Januar 2018 vom rbb verantwortete ARD-Mittagsmagazin wird innerhalb der ARD auch weiterhin nicht umlagefinanziert. Der rbb trägt wie bisher der BR die Kosten für die Produktion des Sendeformats allein. Gleichwohl ergeben sich bei der gemeinsamen Produktion der ARD- und ZDF-Ausgaben der Mittagsmagazine in Berlin nennenswerte Wirtschaftlichkeitseffekte.

Nach derzeitiger Einschätzung wird folgendes Einsparvolumen erwartet:

ARD: 0,7 Mio. Euro bis Ende 2024;
1,8 Mio. Euro von 2025 bis 2028

Zeitplan/weiteres Vorgehen

Die erwarteten finanziellen Auswirkungen sind geschätzt und noch nicht nach Bruttoeinsparungen und Umsetzungsaufwendungen differenziert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen nach der von der KEF festgelegten Systematik. Danach erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinspar-

volumen, den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Konkretisierung und Erhebung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

2. Struktur Rundfunkbeitrag: Entwicklung der Einnahmen/Erträge

Die ARD-Landesrundfunkanstalten erzielten im abgelaufenen Jahr 2016 in Summe Gesamterträge in Höhe von 6.572,2 Millionen Euro.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten finanzieren sich dabei hauptsächlich aus dem **Rundfunkbeitrag**. Hinzu kommen **Erträge aus Werbung und Sponsoring** sowie **sonstige Erträge** (z. B. Programmverwertungen, Kostenerstattungen und Finanzerträge).

Die Erträge teilen sich wie folgt auf:

Rundfunkbeitrag	85 %
Werbung und Sponsoring	6 %
sonstige Erträge	9 %

Die einzelnen Ertragsbestandteile werden nachfolgend näher dargestellt:

2.1 Beitragserträge

Die Beitragserträge sind die Hauptfinanzierungsquelle der ARD-Landesrundfunkanstalten. Sie beliefen sich im Jahr 2016 für die ARD inklusive der Rückflüsse von den Landesmedienanstalten auf insgesamt 5.614,9 Millionen Euro.

Der monatliche Rundfunkbeitrag in Höhe von 17,50 Euro hat sich im Jahr 2016 entsprechend der Regelungen im 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag folgendermaßen auf ARD, ZDF, Deutschlandradio sowie die Landesmedienanstalten verteilt:

monatl. Rundfunkbeitrag	100,0000 %	17,50 €
davon Landesmedienanstalten	1,8989 %	0,33 €
Saldo	98,1011 %	17,17 €
davon ARD	72,0454 %	12,37 €
davon ZDF	25,1813 %	4,32 €
davon Deutschlandradio	2,7733 %	0,48 €

Ab 1. Januar 2017 gilt entsprechend dem 20. Rundfunkänderungsstaatsvertrag folgende Aufteilung:

monatl. Rundfunkbeitrag	100,0000 %	17,50 €
davon Landesmedienanstalten	1,8989 %	0,33 €
Saldo	98,1011 %	17,17 €
davon ARD	71,7068 %	12,31 €
davon ZDF	25,3792 %	4,36 €
davon Deutschlandradio	2,9140 %	0,50 €

In den Jahren nach 2009, dem Jahr der letzten Gebührenerhöhung, waren die Erträge aus Rundfunkgebühren bis 2012 kontinuierlich gesunken, bevor 2013 mit Einführung des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags wieder ein Anstieg erfolgte. Die verbesserte Einnahmesituation ermöglichte eine Beitragssenkung zum 1. April 2015 von 17,98 Euro auf 17,50 Euro. Der Anstieg der Beitragserträge ab 2013 ist im Wesentlichen auf die Direktanmeldung von Beitragskonten im Zuge des Meldedatenabgleichs 2013/2014 zurückzuführen.

Zur Stabilisierung dieser Einnahmesituation befürwortet die ARD einen weiteren Meldedatenabgleich, um einer Erosion des Rundfunkteilnehmerbestandes im Sinne der Beitragsgerechtigkeit entgegenzuwirken.

Ist-Entwicklung Rundfunkbeiträge

	2013	2014	2015	2016
ARD	5.433,1 Mio. €	5.871,5 Mio. €	5.681,5 Mio. €	5.570,8 Mio. €
Deutschlandradio	195,4 Mio. €	211,1 Mio. €	215,2 Mio. €	214,2 Mio. €
ZDF	1.852,4 Mio. €	1.999,5 Mio. €	1.975,2 Mio. €	1.947,1 Mio. €
Landesmedienanstalten	144,8 Mio. €	156,4 Mio. €	152,4 Mio. €	149,7 Mio. €
Andere Erträge ³⁾	55,6 Mio. €	85,7 Mio. €	107,1 Mio. €	96,4 Mio. €
Summe	7.681,2 Mio. €	8.324,3 Mio. €	8.131,3 Mio. €	7.978,0 Mio. €

Entsprechend der Beitragsertragsplanung des Zentralen Beitragsservice vom 6. März 2017 wird für die Jahre 2017 bis 2020 folgende Entwicklung der Beitragserträge erwartet.

Geplante Entwicklung Rundfunkbeiträge

	2017	2018	2019	2020
ARD	5.558,2 Mio. €	5.560,9 Mio. €	5.564,1 Mio. €	5.567,5 Mio. €
Deutschlandradio	225,6 Mio. €	225,7 Mio. €	225,8 Mio. €	225,9 Mio. €
ZDF	1.966,7 Mio. €	1.967,7 Mio. €	1.968,8 Mio. €	1.970,0 Mio. €
Landesmedienanstalten	150,0 Mio. €	150,1 Mio. €	150,2 Mio. €	150,3 Mio. €
Andere Erträge	96,2 Mio. €	96,2 Mio. €	96,2 Mio. €	96,2 Mio. €
Summe	7.996,7 Mio. €	8.000,5 Mio. €	8.005,1 Mio. €	8.010,0 Mio. €

Für den Zeitraum 2013 bis 2016 hat die ARD Beitragserträge in Höhe von durchschnittlich 5.639 Millionen Euro pro Jahr erzielt. Für den Zeitraum 2017 bis 2020 ergeben die aktuellen Planungen für die ARD geringere Beitragserträge in Höhe von durchschnittlich 5.563 Millionen Euro pro Jahr.

Entsprechend einer Vorgabe der KEF in ihrem 19. Bericht durften die Rundfunkanstalten die in den Jahren 2013 bis 2016 über den von der KEF festgestellten Finanzbedarf hinausgehenden Beitragserträge nicht

verwenden, diese wurden einer Beitragsrücklage zugeführt. Diese Beitragsrücklage der Landesrundfunkanstalten der ARD belief sich per 31. Dezember 2016 auf einen Betrag in Höhe von 1.115,3 Millionen Euro, der allerdings noch nicht vollständig zugeflossen ist. **Die Beitragsrücklage wird in der Beitragsperiode 2017 bis 2020 vollständig zur Deckung des Finanzbedarfs der ARD-Landesrundfunkanstalten herangezogen. Nur dadurch konnte ein Anstieg des monatlichen Rundfunkbeitrags 2017 bis 2020 vermieden werden.**

³⁾ Bei den „Anderen Erträgen“ handelt es sich im Wesentlichen um erstattete Mahngebühren und Vollstreckungskosten.

Im 20. KEF-Bericht hat die KEF für die ARD-Landesrundfunkanstalten in der Beitragsperiode 2017 bis 2020 einen Überschuss in Höhe von 378,0 Millionen Euro ermittelt. Die Länder sind der Empfehlung der KEF zu einer Beitragssenkung auf 17,20 Euro nicht gefolgt. Stattdessen wird von den Rundfunkanstalten ab 2017 eine neue Beitragsrücklage gebildet. Von jedem vollen Monatsbeitrag werden 0,30 Euro (ohne den darin enthaltenen Anteil der Landesmedienanstalten von 1,8989 Prozent) und von jedem Drittelbeitrag 0,10 Euro (ohne den

darin enthaltenen Anteil der Landesmedienanstalten von 1,8989 Prozent) eingestellt. Diese Beitragsrücklage soll in der Beitragsperiode 2021 bis 2024 zur Deckung des Finanzbedarfs herangezogen werden.

Während das Beitragsaufkommen landesweit in Summe den Bedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausreichend abdeckt, gestaltet sich das regionale Aufkommen deutlich unterschiedlich.

2.2 Erträge aus Werbung und Sponsoring

Neben den Beitragserträgen tragen insbesondere auch die Werbe- und Sponsoring-Erträge zur Finanzierung und Erfüllung des Programmauftrags der ARD-Landesrundfunkanstalten bei.

Die ARD erzielte im Jahr 2016 Werbeerträge gemäß KEF-Definition in Höhe von 108,5 Millionen Euro und Sponsoring-Erträge in Höhe von 29,3 Millionen Euro. Die Werbeumsätze und Teile der Sponsoring-Umsätze werden von den Werbegesellschaften der ARD-Landesrundfunkanstalten eingenommen. Die Rundfunkanstalten selbst verbuchen die Einnahmen in Form von Kostenverrechnungen und Gewinnausschüttungen.

Aus den Werbeumsätzen finanzieren die Werbegesellschaften selbst erhebliche Anteile des Werberahmenprogramms. Insofern lassen sich die Vorteile, die sich für die Landesrundfunkanstalten der ARD aus der Werbung ergeben, nicht nur aus den Werbeerträgen bestimmen.

Der nationale Werbemarkt verzeichnete 2016 ein Umsatzwachstum von 4,9 Prozent (brutto). Das Medium Fernsehen weist gegenüber dem Vorjahr ein Umsatzplus von 6,8 Prozent aus. Das ARD-Fernsehen folgt diesem Trend und verzeichnet Umsatzsteigerungen von 7,2 Prozent (inklusive Sponsoring). Ein anderes Bild zeigt sich bei der Gattung Radio, dessen Werbeumsätze um insgesamt 8,9 Prozent wachsen. Die ARD kann bei der Hörfunkwerbung lediglich eine Steigerung von 2,3 Prozent ausweisen.

Die KEF hat in einem 2014 veröffentlichten Sonderbericht zum „Verzicht auf Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ ermittelt, **wie sich ein vollständiger Entfall von Werbung und Sponsoring auf die Höhe des Rundfunkbeitrages auswirken würde**. Mit dem 20. Bericht hat die KEF eine Aktualisierung der Berechnungen aus dem Sonderbericht vorgenommen.

Demzufolge wäre in der Beitragsperiode 2013 bis 2016 für die ARD ein Kompensationsbetrag von 0,81 Euro notwendig gewesen. Von diesem Betrag entfallen 0,75 Euro auf die Werbung und 0,06 Euro auf das Sponsoring. Diese Auswirkungen der Werbung und des Sponsorings differieren jedoch stark zwischen den einzelnen Rundfunkanstalten; die KEF hat hier eine Spannweite von 3,8 Prozent bis 11,7 Prozent festgestellt. **Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass die Einnahmen aus Werbung und Sponsoring dazu beitragen, die Höhe des monatlichen Rundfunkbeitrags sozial verträglich zu gestalten.**

Der Landtag in Nordrhein-Westfalen hat am 27. Januar 2016 eine Novellierung des WDR-Gesetzes verabschiedet. Der WDR muss demnach ab 2017 die zulässigen Werbezeiten im Radio drastisch reduzieren. Ab 2017 darf Hörfunkwerbung im Jahresdurchschnitt nur noch 75 Minuten statt wie bislang 90 Minuten pro Tag gesendet werden, und die Ausstrahlung ist auf zwei Programme begrenzt. Ab 2019 wird dieser Wert auf 60 Minuten täglich im Monatsdurchschnitt in nur noch einem Programm sinken. Diese Monatsdurchschnittsregelung ist abweichend von der jetzigen NDR-Regelung eine weitere Verschlechterung, weil es im Gegensatz zum üblichen Jahresdurchschnitt den Ausgleich von Nachfrageschwankungen in werbestarken und -schwächeren Monaten massiv erschwert. Die einseitige Verknappung im bevölkerungsreichsten Bundesland hat wegen der überregionalen Zusammenarbeit bei der bundesweiten Vermarktung von Hörfunkwerbung in Kombi-Paketen auch Auswirkungen auf die anderen Landesrundfunkanstalten. Zur Kompensation der sich aus der Werbezeitenreduzierung ergebenden Mindererträge hat die ARD zum 21. KEF-Bericht rund 80,9 Millionen Euro Finanzbedarf für den Zeitraum 2017 bis 2020 angemeldet.

Aus Sicht der ARD-Landesrundfunkanstalten sollten keine weiteren Veränderungen der gesetzlichen Regelungen zu Werbung und Sponsoring vorgenommen werden. Die durch Werbung erzielten Einnahmen ermöglichen es der ARD nach wie vor, die Höhe des angemeldeten ungedeckten Finanzbedarfs zu reduzieren.

Eine Änderung der Teilnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Werbemarkt hat aber auch Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation und die werbetreibende Wirtschaft in Deutschland insgesamt, da ARD und ZDF eine alternative Werbeplattform zu den kommerziellen Anbietern darstellen.

2.3 Sonstige Erträge

Neben den Beitragserträgen und den Erträgen aus Werbung und Sponsoring erzielten die ARD-Landesrundfunkanstalten 2016 noch sonstige Erträge in Höhe von 819,5 Millionen Euro. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die nachfolgend dargestellten Erträge:

Die **Finanzerträge** der Landesrundfunkanstalten betrugen im Jahr 2016 insgesamt 137,4 Millionen Euro.

Daneben erzielten die Landesrundfunkanstalten im Jahr 2016 **sonstige betriebliche Erträge** in Höhe von rund 563,8 Millionen Euro. Hierin sind unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus Programmverwertungen und Lizenzen, Erträge aus Koproduktionen und Kofinanzierungen enthalten.

Die Erträge der Landesrundfunkanstalten aus **Kostenerstattungen** beliefen sich im Jahr 2016 auf 108,3 Millionen Euro.

Darüber hinaus erzielten die ARD-Landesrundfunkanstalten 2016 **Beteiligungserträge** vor Steuern in Höhe von 10,3 Millionen Euro, wovon 2,7 Millionen Euro auf Beteiligungserträge der Werbetöchter entfielen, 4,1 Millionen Euro auf Beteiligungserträge der ARD-Landesrundfunkanstalten und 3,5 Millionen Euro auf das Ergebnis der anderen Geschäftsfelder der Werbegesellschaften.

Des Weiteren erhalten RB und SR Erträge aus dem Finanzausgleich und RB aus der Strukturhilfe. Diesen Erträgen stehen jedoch im gleichen Umfang Aufwendungen der anderen ARD-Landesrundfunkanstalten gegenüber. Diese Erträge werden in der obigen Darstellung nicht berücksichtigt.

2.4 Fazit

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten finanzieren sich zu rund 85 Prozent aus dem **Rundfunkbeitrag**. Dieser stellt somit die wichtigste Einnahmequelle dar. Der monatliche Rundfunkbeitrag von derzeit 17,50 Euro kann bis 2020 stabil bleiben, da im Zeitraum 2017 bis 2020 die angesparten Gelder aus der Beitragsrücklage 2013 bis 2016 zur Deckung des Finanzbedarfs herangezogen werden können. Die ARD befürwortet die Etablierung eines weiteren Meldedatenabgleichs, um eine Stabilisierung der Einnahmesituation und Beitragsgerechtigkeit zu gewährleisten.

Neben den Beitragserträgen finanziert sich die ARD zu rund sechs Prozent aus Erträgen aus **Werbung**

und Sponsoring. Aus Sicht der ARD-Landesrundfunkanstalten sollten keine weiteren Einschränkungen der gesetzlichen Regelungen zu Werbung und Sponsoring vorgenommen werden. Die durch Werbung erzielten Einnahmen ermöglichen es der ARD nach wie vor, die Höhe des angemeldeten ungedeckten Finanzbedarfs zu reduzieren.

Neben den Erträgen aus Rundfunkbeiträgen und den Erträgen aus Werbung und Sponsoring erzielt die ARD noch **sonstige Erträge**. Gemessen an der Summe aller Erträge der ARD sind das rund neun Prozent. Diese Einnahmen ermöglichen es der ARD, die Höhe des ungedeckten Finanzbedarfs und somit des monatlichen Rundfunkbeitrags zu mindern.

3. Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln: Reformüberlegungen zu den Verfahrensstufen

3.1 Ausgangslage

Die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz hat mit Schreiben vom 25. Juli 2016 an die Rundfunkanstalten sieben Reformfelder definiert, zu denen die Rundfunkanstalten Vorschläge übermitteln sollen. Auf das Reformfeld „KEF-Verfahren modernisieren“ wird gemäß den Anforderungen der Länder nachfolgend eingegangen.

Das im I. Abschnitt des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags geregelte Verfahren der Finanzbedarfsfeststellung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland besteht aus drei Stufen:

► Erste Stufe

Bedarfsanmeldung durch die Rundfunkanstalten (§ 1 RFinStV)

► Zweite Stufe

Prüfung der Bedarfsanmeldung durch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) und Empfehlung zur künftigen Höhe und Aufteilung des Rundfunkbeitrags (§§ 3ff. RFinStV) und parallele Information der Landesparlamente (§ 5a RFinStV)

► Dritte Stufe

Entscheidung der Landesregierungen und der Landesparlamente über den Beitragsvorschlag der KEF (§ 7 RFinStV)

In ihrem im November 2016 vorgelegten Grundsatzpapier „Auftrag und Strukturoptimierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten in Zeiten der Digitalisierung“ hat die ARD erste Vorschläge zur Modernisierung des Beitragsfestsetzungsverfahrens vorgelegt. Ziel dieser Überlegungen war, die unbestreitbaren Stärken einer staatsfernen Begutachtung des Finanzbedarfs zu bewahren und zugleich das derzeit gültige Verfahren zum Rundfunkbeitrag weiterzuentwickeln. Aufbauend auf diesen ersten Überlegungen vom November 2016 unterbreitet die ARD folgende Reformvorschläge:

3.2 Erste Verfahrensstufe: Ein auf zwölf Jahre angelegter Entwicklungsplan mit Fortschrittsbericht

Was soll bleiben

- Wie bisher melden die Rundfunkanstalten zum Ende einer Beitragsperiode (also z. B. zum 30. April 2019 für die Beitragsperiode 2021 bis 2024) ihren Finanzbedarf an.

Was soll sich ändern

- Ergänzt wird diese auf vier Jahre angelegte Bedarfsanmeldung um einen auf zwölf Jahre angelegten **Entwicklungsplan**, in dem die Rundfunkanstalten gegenüber der KEF und den Landesparlamenten ihr mittelfristiges Umbauszenario zur Erhöhung ihrer Akzeptanz, ihre Relevanz in der digitalen Mediengesellschaft, ihren verantwortungsvollen Umgang mit Beitragsgeldern und die Entwicklung einer Beitragsrücklage transparent und überprüfbar darstellen.
- Dieser Entwicklungsplan wird alle vier Jahre fortgeschrieben. Zwei Jahre nach der Vorlage des Entwicklungsplans wird der KEF und den Landesparlamenten ein **Fortschrittsbericht** zur Umsetzung der im Entwicklungsbericht geplanten Maßnahmen vorgelegt. Der Fortschrittsbericht ersetzt die Anmeldung der Rundfunkanstalten zum Zwischenbericht der KEF.

Begründung

Nach § 1 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag melden die Rundfunkanstalten im Abstand von zwei Jahren ihren Finanzbedarf bei der KEF an. Die „Taktung“ der Finanzbedarfsermittlung orientiert sich an vierjährigen Beitragsperioden, so dass es in der Regel (wie beim anstehenden 21. KEF-Bericht zur Periode 2017 bis 2020) einen Zwischenbericht zur Mitte einer Beitragsperiode gibt. Diesem folgt ein „beitragsrelevanter“ Bericht, auf dessen Basis die KEF eine Empfehlung für den Rundfunkbeitrag in der kommenden Beitragsperiode (so beim 22. KEF-Bericht für die Periode 2021 bis 2024) abgibt.

Der damit einhergehende **Prognosezeitraum des Verfahrens von maximal vier Jahren** ist aus Sicht der ARD aus zwei Gründen **deutlich zu kurz**:

1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht vor tiefgreifenden Strukturreformen, um seine Relevanz in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft zu sichern und seine Wirtschaftlichkeit – auch im Sinne der Beitragsakzeptanz – kontinuierlich zu verbessern. **Tiefgreifende Strukturveränderungen erfordern einen längeren Betrachtungs- und Analysezeitraum als die derzeitige „Taktung“ von zweijährigen KEF-Berichts- und vierjährigen Beitragsperioden vorgibt.** Um Veränderungsprozesse erfolgreich zu entwickeln, durchzusetzen und zu steuern, ist eine längerfristige Planungsperspektive erforderlich. Diese langfristige Betrachtung schafft Transparenz nach innen und außen bei der Frage, in welche Richtung sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk

entwickelt. Zugleich werden innovative Prozesse gefördert, die zwar kurzfristig auch zu einem Mehraufwand führen können, langfristig aber Kostensenkungen zur Folge haben werden. Ein Beispiel ist etwa die anstaltsübergreifende Einführung für einheitliche, IT-gestützte Geschäftsprozesse in der Verwaltung.

2. Mit der Umstellung der Rundfunkfinanzierung zum 1. Januar 2013 entstand eine neuartige Fragestellung für das Verfahren zum Rundfunkbeitrag: Wie geht man mit aus Einmaleffekten entstandenen Überschüssen um? So zeigte etwa die rückwirkende Direktanmeldung in den Jahren 2013 bis 2016 deutliche Mehrerträge gegenüber der gemeinsamen Beitragsertragsplanung von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Die Antwort der KEF war verfahrenstechnisch nicht zu beanstanden: Im Sinne einer bedarfsgerechten Finanzierung empfahl die Kommission im 19. Bericht eine Senkung auf 17,25 Euro und im 20. Bericht eine Senkung auf 17,20 Euro. Die Rundfunkanstalten und die Politik plädierten demgegenüber für die Bildung von Beitragsrücklagen zur Dämpfung des Finanzbedarfs in der folgenden Beitragsperiode. Im Ergebnis wurde der Rundfunkbeitrag deshalb zum 1. April 2015 auf 17,50 Euro gesenkt und blieb auch im Anschluss an den 20. Bericht unverändert. Begründung: **Aus Gründen der Beitragsakzeptanz und der Prozessökonomie eines Verfahrens, das am Ende durch 16 Landesparlamente zu ratifizieren ist, sollten „Jojo-Effekte“ durch eine Senkung des Rundfunkbeitrags und darauffolgende Mehrbedarfe in der Folgeperiode über Bildung und anschließenden Verzehr einer Beitragsrücklage gedämpft und geglättet werden.** Dieses pragmatische Vorgehen ist allerdings mit einem legitimatorisch nicht zu unterschätzenden „Schönheitsfehler“ behaftet. Obwohl der Staatsvertragsgeber den von der KEF ermittelten Finanzbedarf der Anstalten uneingeschränkt bestätigt hat, musste er von der Beitragsempfehlung der KEF abweichen. Ähnliche Fragen könnten aufgeworfen werden, wenn sich

im Falle einer entsprechenden Tarifvereinbarung erhebliche – positive – Veränderungen bei den Pensionsrückstellungen ergeben. Auch hier könnte das neue Instrument des Entwicklungsplans Verfahrenssicherheit und moderate Entwicklung der Rundfunkbeiträge ohne kurzfristige Ausschläge gewährleisten.

Der **Entwicklungsplan** wird also sowohl auf der Aufwands- als auch auf der Ertragsseite zu einem Instrument der Finanzbedarfsplanung.

- **Auf der Aufwandsseite formuliert der Entwicklungsplan überprüfbare Entwicklungs- und Einsparziele der ARD für die kommenden zwölf Jahre (bzw. drei Beitragsperioden) und wird zu Beginn jeder Beitragsperiode fortgeschrieben und dabei auch an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.** Es gilt die Regel: Alle vier Jahre wird für einen Zeitraum der nächsten vier Jahre fein, für weitere acht Jahre oder zwei Beitragsperioden grob geplant bzw. fortgeschrieben. **Der Fokus der Entwicklungs- und Einsparziele liegt dabei auf der Reform der Prozesse und Strukturen in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmerstellung,** die bereits im Grundsatzpapier der ARD skizziert wurden. Hier sind Maßnahmenpakete zu konzipieren und umzusetzen, die weit über den Rahmen einzelner KEF-Berichtsperioden hinausgehen. Beispiel SAP-Konsolidierung: Hier würde die bloße Einrichtung einer Server-Farm bei einer Gemeinschaftseinrichtung wie dem IVZ, dem seit 2017 alle ARD-Rundfunkanstalten (inkl. DW) und das Deutschlandradio angehören, eindeutig zu kurz greifen. Erst die ARD-weite bzw. systemübergreifende Standardisierung von Geschäftsprozessen, ggf. realisiert in Shared-Service-Centern in den Bereichen Finanz- und Personalverwaltung, schafft Synergien und die Möglichkeit von Kostensenkungen bei Investitionen und Sachaufwand sowie von personellen Anpassungen in den programmunterstützenden Bereichen der Sender. **Nicht im Fokus der Entwicklungsplanung**

stehen hingegen programmliche Entwicklungen. Das hat zwei Gründe: Zum einen sind konkrete programmliche Anpassungen häufig auch eher kurzfristige Reaktionen auf Themenlagen und dynamische Veränderungen im Mediennutzungsverhalten einer digitalisierten Gesellschaft. Zum anderen liegen programmliche Entscheidungen im Rahmen des Auftrags in der Zuständigkeit der Intendantinnen und Intendanten sowie der sie beratenden und beaufsichtigenden Rundfunkräte. Die Rolle der KEF wird dabei gestärkt, da sie dann als unabhängiges Sachverständigengremium der Länder für die Beurteilung von mittel- bis langfristigen Reform- und Entwicklungszielen des Rundfunks zuständig sein wird. Die KEF wird den Entwicklungsplan bewerten und die Anstalten werden die Bewertung der KEF bei der Fortschreibung des Entwicklungsplans berücksichtigen.

- **Auf der Ertragsseite wird die Bildung von Rücklagen dokumentiert, die dazu herangezogen werden können, den Finanzbedarf in kommenden Beitragsperioden zu glätten.** Grundsätzlich hat sich die Beitragsrücklage im Prozess der Umstellung der Rundfunkfinanzierung als verlässliches und transparentes Instrument zur Glättung des periodenübergreifenden Finanzbedarfs bewährt. Es sollte deshalb systematisch verstetigt werden, zumal es auch nicht im Widerspruch zum EU-Beihilferecht steht.⁴⁾

Zwei Jahre nach Vorlage eines Entwicklungsplans legt die ARD der KEF und den Landesparlamenten einen Fortschrittsbericht vor. Hier legen die Anstalten Rechenschaft darüber ab, wie sie bei ihren Umbaumaßnahmen vorangekommen sind und wie sich eine eventuelle Beitragsrücklage entwickeln wird. Der Fortschrittsbericht sollte – wie bisher der Zwischenbericht – mit einem KEF-Votum veröffentlicht werden. Gegenüber dem gegenwärtigen Verfahren sollte allerdings auf eine sehr umfangreiche Erhebung von Zahlenmaterial verzichtet werden. Nachdem eine Beitragsempfehlung zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens nicht erfolgt, sind z. B. auch Ertragsfortschreibungen, Aufwandszahlen und Investitionen nicht mehr im Zwischenvergleich notwendig. Der Fokus liegt ausschließlich auf dem Fortschritt bei den vereinbarten Projekten im vereinbarten 12-Jahres-Zeitraum.

Die Änderungen setzen auch eine Anpassung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages in diversen Paragraphen voraus. Sollte die Ratifizierung nicht vor dem Beginn des nächsten KEF-Verfahrens zum 22. KEF-Bericht (Ende April 2019) gelingen, die Umstellung des KEF-Verfahrens aber seitens der Länder grundsätzlich gewünscht werden, so bietet die ARD an, einen ersten Entwicklungsbericht mit der Abgabe der Finanzbedarfsanmeldung 2021 bis 2024 vorzulegen.

⁴⁾ Dazu ausführlich: Gutachten des Mainzer Medieninstituts von Dieter Dörr & Eva Ellen Wagner, „Die beihilferechtliche Zulässigkeit periodenübergreifender Rücklagen beim Rundfunkbeitrag“, 2017.

3.3 Zweite Verfahrensstufe: Evaluierung der strategischen Ausrichtung der ARD als föderaler Medienverbund, neue Anreize zur Wirtschaftlichkeit, mehr Transparenz für den Beitragszahler

Was soll bleiben

- Wie bisher ermittelt die KEF als unabhängiges Sachverständigengremium den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten und gibt eine Beitragsempfehlung ab (also z. B. im April 2020 für die Beitragsperiode 2021 bis 2024).

Was soll sich ändern

- **Bei der Bedarfsermittlung wird auch der mit der KEF-Anmeldung vorgelegte Entwicklungsplan evaluiert und hinsichtlich seiner Ziele und Maßnahmen gegenüber den Landesregierungen und den Landesparlamenten bewertet.**
- **Zur Erreichung der im Entwicklungsplan niedergelegten Ziele kann die KEF neue Anreize für Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit schaffen,** indem sie z. B. eine periodenübergreifende Rücklagenbildung empfiehlt. Solche Empfehlungen könnten sich auch auf Einsparungen bei der anstehenden Reform der betrieblichen Altersversorgung beziehen. Insoweit sollte die KEF auch zur Berücksichtigung anstaltsindividueller Situationen ermächtigt werden.
- **Die KEF wird den Erfolg der gemeinsamen Strategie der ARD auch anhand der von der ARD vorgelegten Fortschrittsberichte überprüfen** und ihre Beurteilung den Landesregierungen und den Landesparlamenten vorlegen. Die von der KEF bewerteten Fortschrittsberichte ersetzen die bisherigen – nicht beitragsrelevanten – Zwischenberichte ebenso wie die Information der Landesparlamente nach § 5 a RFinStV sowie die landesrechtlichen Berichtspflichten der Landesrundfunkanstalten gegenüber dem jeweiligen Landesparlament. § 5 a RFinStV könnte insofern entsprechend umformuliert werden.
- **Die ARD empfiehlt zudem, dass die KEF ihre Autorität als unabhängiges Sachverständigengremium nutzt, um den Beitragszahlern die Entwicklung und Verteilung von Rundfunkbeiträgen im Vergleich zu anderen öffentlichen Einnahmen (z. B. der Gebietskörperschaften und der Landesmedienanstalten) transparent zu machen.**

Begründung

Gesellschaft und Politik richten an den Rundfunk berechnete Reformerwartungen. Diese zielen einerseits auf eine kontinuierliche Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ab. Die ARD hat deshalb eine Strukturreform eingeleitet, die aus neun rechtlich selbstständigen Anstalten einen stärker als bisher integrierten föderalen Medienverbund macht, in dem über Kooperationen maximale Synergieeffekte gehoben werden sollen. Andererseits müssen sich die Rundfunkanstalten der digitalen Herausforderung stellen und von Sendern zu Inhalteanbietern werden, die ihr Publikum auf allen digitalen Plattformen erreichen.

Der damit einhergehende tiefgreifende Umbau der Rundfunkanstalten wird durch eine Fokussierung auf zweijährige KEF-Berichtsperioden bzw. vierjährige Beitragsperioden nicht erfasst. Deshalb sollte die KEF, wie bereits dargelegt, in Zukunft den Finanzbedarf der kommenden vier Jahre im Lichte einer auf zwölf Jahre angelegten ARD-Strategie bewerten. Diese Strategie wird der KEF mit dem Entwicklungsplan vorgelegt. Dieser Entwicklungsplan beschreibt die Ziele und Maßnahmen der ARD auf dem Weg zu einem integrierten föderalen Medienverbund und zeigt Wirtschaftlichkeitspotenziale auf, die in Form von Verstärkungen der Beitragsrücklage abgebildet werden.

Die Beurteilung dieser strategischen Perspektive wertet die KEF als unabhängiges Sachverständigen-gremium auf. Sie wird in die Lage versetzt, ihren Auftraggebern – den Landesregierungen und Landesparlamenten – Auskunft darüber zu geben, wie sie die Gesamtstrategie der ARD bewertet. Und sie kann – je nachdem, inwieweit sie den gesamtstrategischen Ansatz teilt – den Ländern zusätzliche Anreize zur Modernisierung des Rundfunks empfehlen.

Auf diese Weise würden völlig neue Reformanreize geschaffen, da erzielte Einsparungen vollumfänglich ins Programm und in innovative digitale Produkte reinvestiert werden können. Wenn im Rahmen der Prozess- und Strukturoptimierungen Synergien gehoben werden, sollten diese für die Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, insbesondere für die Anforderungen des digitalen Medienwandels, ohne Beschränkungen verwendet werden dürfen. Ziel ist es, auf diese Weise einen systemimmanenten Sparanreiz zu setzen. Gleichzeitig würde dies die publizistische Kraft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten und für die Zukunft stärken.

Derzeit ist es nicht möglich, Rücklagen über zwei Beitragsperioden, z. B. zur notwendigen Modernisierung von Gebäuden und deren Technik, zu bilden. Im Rahmen des derzeitigen KEF-Verfahrens werden Überschüsse am Ende einer Periode automatisch in der nächsten Beitragsperiode finanzbedarfsmindernd angerechnet. Wenn die Rundfunkanstalten Rücklagen bilden und/oder am Ende einer Beitragsperiode nicht zweckgebundene Eigenmittel übrig haben, sollten diese nicht (wie bisher) automatisch in der nächsten Beitragsperiode finanzbedarfsmindernd angerechnet werden.

Die ARD hat sich mit den Gewerkschaften auf einen noch zu ratifizierenden Tarifvertrag zur Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung und zur Begrenzung der Rentendynamisierung geeinigt. Die KEF hat im 20. KEF-Bericht Mittel in Höhe von 84 Millionen Euro bei der ARD gesperrt, falls kein Tarifvertrag Altersversorgung mit einer Begrenzung der Rentensteigerungen zustande kommt. Offen blieb, wie mit Verhandlungserfolgen umgegangen wird.

Die ARD-Anstalten schlagen vor, dass sie bei den Verhandlungserfolgen einen Teil der aufzulösenden Rückstellungen zweckgebunden verwenden dürfen. Als Zweckbindung ist vorgesehen, diese Mittel für Aufwendungen im Zusammenhang mit Strukturmaßnahmen einzusetzen (Altersteilzeit, Abfindungen, Beraterkosten, Reorganisationskosten etc.). Die einzelnen Maßnahmen und Beträge sind der KEF im neuen Entwicklungsbericht nachzuweisen.

Die genannten Anreize kann die KEF gezielt und unter Umständen mit Auflagen setzen. Die jeweiligen Fortschrittsberichte und die Fortschreibung des Entwicklungsplans ermöglichen der Kommission ebenso wie den Ländern eine kontinuierliche Kontrolle, ob die Anstalten bei ihren Reformvorhaben den Kurs und den Zeitplan einhalten. Damit werden auch die Zwischenberichte der KEF und die etwas redundanten Berichte an die Landtage zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Anstalten mit einer begrenzten Aussagekraft für vier Jahre entbehrlich.

3.4 Dritte Verfahrensstufe: Bestätigung des Entwicklungsplans

Was soll bleiben

- Wie bisher entscheiden die Landesregierungen und die Landesparlamente alle vier Jahre auf der Grundlage einer KEF-Empfehlung über die Höhe des Rundfunkbeitrags (also z. B. zwischen April und November 2020 für die Beitragsperiode 2021 bis 2024).

Was soll sich ändern

- **Auch die Landesregierungen und die Landesparlamente werden sich mit dem Entwicklungsplan bzw. dem Fortschrittsbericht befassen**, die ihnen mit einer entsprechenden Bewertung der KEF vorgelegt werden.
- **Der Entwicklungsplan, der Fortschrittsbericht und die Bewertungen der KEF werden im Rahmen der Anhörung der Rundfunkanstalten durch die Rundfunkkommission erörtert.**
- **Die Ergebnisse dieser Erörterung fließen in die Fortschreibung des Entwicklungsplanes ein.** Auf diese Weise wird gewährleistet, dass die strategische Ausrichtung der ARD in einem **transparenten Dialog** definiert wird, der beiden Seiten **Planungssicherheit** gibt.

Begründung

Die hier dargelegten Vorschläge der ARD zur Modernisierung des Verfahrens zum Rundfunkbeitrag zielen auf Kontinuität eines – auch EU-beihilferechtlich – robusten Verfahrens mit der KEF als unabhängiger Schiedsstelle zwischen Anstalten und Politik ab. Mit den neuen Instrumenten eines Entwicklungsplans und Fortschrittsberichten wollen wir die Rolle der KEF stärken und zugleich mit der Politik zu verlässlichen Vereinbarungen über den Umbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kommen, der beiden Seiten Planungssicherheit bietet.

Die ARD fokussiert ihre Reformvorschläge in diesem Bericht an die Länder bewusst auf die Themen „Entwicklungsplanung“ und „periodenübergreifende Rücklagenbildung“, da diese Ansätze für einen ersten Modernisierungsschritt notwendig und vorrangig erscheinen.

Unterstellt wird dabei auch, dass das nach dem Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag vorgesehene Verfahren einer staatsvertraglichen Umsetzung

und einer dementsprechenden Ratifizierung durch 16 Landesparlamente dann auch tatsächlich stattfindet. Dieses Verfahren hat sich aus Sicht der ARD weitgehend bewährt, um die verfassungsrechtliche Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks abzusichern.

Diese Reformansätze der ARD wären sowohl kurz- (beginnend mit dem Jahr 2021) als auch mittelfristig kombinierbar mit einer grundlegenden Überarbeitung des Beitragsfestsetzungsverfahrens, das in der Beitragshöhe die allgemeinen Teuerungsraten ausgleicht. Diese Verfahrensoption könnte Planungsunsicherheiten verhindern, die Objektivität des Verfahrens weiter erhöhen, zu einer Verschlan-
kung des Verfahrens führen und Transaktionskosten vermeiden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 11. September 2007 die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Vorgehensweise bestätigt (1BVR 2270/05).

3.5 Fazit

Die hier skizzierten Reformüberlegungen stellen keinen Systembruch dar, sondern setzen auf das bewährte Verfahren mit der KEF als unabhängiger Sachverständigenkommission. Unsere Vorschläge zur Einführung einer auf zwölf Jahre angelegten Entwicklungsplanung und zusätzlicher Reformanreize sollen der Politik und den Anstalten Planungssicherheit geben. Zugleich würde die Rolle der KEF gestärkt. Ihre Kernaufgabe, d. h. die Feststellung des Finanzbedarfs für die kommende vierjährige Beitragsperiode, bleibt unberührt. Diese Aufgabe wird

ergänzt um die Bewertung einer auf zwölf Jahre angelegten, über Fortschrittsberichte überprüfbaren Strategie zum Umbau der ARD. Ziele dieses Umbaus sind die Nutzung der Chancen der Digitalisierung sowie Einsparungen durch eine grundlegende Reform der Prozesse und Strukturen in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmerstellung. In diesem Sinne sollte sich die Rolle der KEF künftig auch auf längerfristige Zeiträume und Strukturthemen erstrecken.

Impressum:
Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
der Bundesrepublik Deutschland (ARD)
ARD-Vorsitz: Mitteldeutscher Rundfunk
Anstalt des Öffentlichen Rechts
Kantstraße 71 – 73
D-04275 Leipzig

Layout: Dot_Agentur
Druck: Druckerei Steinmeier
Stand: September 2017



ARD

BR

HR

MDR

NDR

Radio Bremen

RBB

SR

SWR

WDR

www.ARD.de

SEPTEMBER 2017

Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter

Zusammenfassung des Berichts der ARD

Mit diesem Bericht stellen wir dar, wie die ARD die Chancen der Digitalisierung langfristig und strategisch nutzen wird, um ihren Auftrag im digitalen Zeitalter bestmöglich zu erfüllen. Wir zeigen zudem auf, welche Einsparungen wir in den kommenden beiden Beitragsperioden und darüber hinaus durch strukturelle Reformen umsetzen werden. Zugleich kommen wir mit diesem Bericht der Bitte der Regierungschefinnen und -chefs der Länder nach, zu bestimmten Reformfeldern bis September 2017 Vorschläge zu unterbreiten.

Die ARD wird sich zu einem inhaltlich crossmedialen und strukturell integrierten föderalen Medienverbund weiterentwickeln, das heißt

- Inhalte werden, wo immer möglich, medienübergreifend recherchiert, konzipiert und produziert – auf der Ebene der Landesrundfunkanstalten und unseres Medienverbunds,
- wir kooperieren überall dort, wo wir dadurch besser und effizienter werden, und vereinheitlichen, standardisieren und synchronisieren Abläufe in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung,
- durch die intensivere Zusammenarbeit bei übergreifenden Aufgaben und Hintergrundprozessen bleibt den Landesrundfunkanstalten mehr Raum, ihr regionales Profil medienübergreifend zu schärfen – denn die Menschen schätzen die kulturelle Authentizität und Verankerung ihrer Landesrundfunkanstalt in der Region.

Durch diesen strukturellen Umbau werden wir nicht nur unsere Effizienz steigern, sondern wollen vor allem die größtmögliche inhaltliche Wertschöpfung für die Gesellschaft erreichen. Wir verschlanken unsere Strukturen, senken Kosten und bringen zugleich durch intensivere Kooperation mehr Innovationen ins Programm. Denn entscheidend für die Akzeptanz und Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind unsere programmlichen Leistungen und Angebote, mit denen wir zu Meinungsfreiheit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und kulturellem Reichtum beitragen. So spiegeln wir unser föderales Land in seiner gesamten Vielfalt, vermitteln Identität und Heimat und fördern das kulturelle Verständnis und Miteinander.

Das geschätzte Gesamteinsparvolumen liegt bis 2028 bei rund 951 Millionen Euro.

Davon entfallen auf die Programmverbreitung 363 Millionen Euro, die für den Zeitraum 2017 bis 2020 bereits in den Finanzplanungen der Landesrundfunkanstalten beziehungsweise im 20. KEF-Bericht enthalten sind. Die weiteren Einsparvolumen in Höhe von 588 Millionen Euro resultieren aus den 20 ARD-Strukturprojekten, deren Auswirkungen auch in die Finanzplanungen der Landesrundfunkanstalten für den 22. KEF-Bericht aufgenommen werden. Dies sind Netto-Beträge, bei denen notwendige Aufwendungen bereits berücksichtigt sind.

Die Schlüsselprojekte der Strukturreform sind in unserem Bericht ausführlich beschrieben: die einheitliche IT-Infrastruktur, die standardisierte Software in der Verwaltung, das crossmediale Mediendatensystem zur vereinfachten Archivierung, die (Teil-)Automatisierung bei Sendeabwicklung oder bei der Produktion von Großereignissen, die gemeinsame technische Plattform für unsere digitalen Produkte sowie der konsequente Ausbau der Crossmedialität in allen Studios und Redaktionen. Auch die Zusammenarbeit im System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt wollen wir weiter voranbringen. Von unseren 20 Kooperationsprojekten sind 11 mit dem ZDF, 15 mit Deutschlandradio vorgesehen.

Zu diesen Einsparungen kommen die einmaligen und langfristigen Effekte aus dem Systemwechsel bei den Betriebsrenten, die uns vor allem bei den Rückstellungen für die Altersversorgung bis 2024 um einen hohen dreistelligen Millionenbetrag entlasten. Der Tarifkompromiss bedarf noch der Zustimmung der Gremien der Gewerkschaften und der Landesrundfunkanstalten.

Es gibt jedoch auch Kostenrisiken, die von uns nicht beeinflussbar sind, aber vom Gesetzgeber verringert werden können. Sollten wir an die Kabelnetzbetreiber Einspeiseentgelte für den Transport unserer – der für ihr Geschäftsmodell wertvollen – Inhalte zahlen müssen, würden hierfür jährliche Aufwendungen im mittleren zweistelligen Millionenbetrag entstehen. Auch lange Simulcastphasen im Zuge des Umstiegs von analogen auf digitale Techniken erhöhen die Verbreitungskosten. Je früher der gemeinsame Umstieg von UKW auf DAB+ und Ausstieg aus der parallelen Satellitenverbreitung in SD und HD gelingen, desto eher können sich die Effizienzgewinne realisieren.

Maßstab und Ziel all unseres Handelns ist es stets, unseren Aufgaben verlässlich und zeitgemäß nachzukommen und die uns von der Gemeinschaft anvertrauten Mittel so effizient wie möglich einzusetzen – heute, morgen und in der Zukunft.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland gehört zum Wesen unserer Demokratie und zu unserer Geschichte. Sein Beitrag zur freien Meinungsbildung ist auch heute unverzichtbar für unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Miteinander. Denn der Bedarf nach freiem Zugang aller Menschen zu verlässlicher und unabhängiger Information hat sich im digitalen Zeitalter nicht überholt, sondern verstärkt:

Die Erwartung, dass die Kommunikation über Social Media und das sogenannte offene Netz für einen gleichberechtigten gesellschaftlichen Diskurs sorgen, erweist sich zunehmend als Trugschluss. Geschlossene und selbstreferentielle Kommunikationsräume im Internet tragen zur Fragmentierung der Gesellschaft bei. Die neue mediale Durchlässigkeit verstärkt die intransparente und schnelle Verbreitung von fehlerhafter oder interessengeleiteter Information. Dies erweist sich immer mehr als Problem für die demokratische Meinungsbildung und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Denn auch in der digitalen vernetzten Gesellschaft stellt sich – trotz oder gerade wegen unzähliger neuer Kommunikationswege – die für eine Demokratie notwendige Gesamtöffentlichkeit nicht von alleine her.

Daher braucht es heute mehr denn je eine gemeinwohlorientierte Institution wie die ARD, die alle Menschen frei zugänglich auf allen relevanten Wegen mit einem publizistischen Gesamtangebot versorgt, auf das sie vertrauen können und das Orientierung bietet.

Die Bürgerinnen und Bürger schaffen mit ihrer solidarischen Finanzierung die maßgebliche Grundlage, dass unsere Journalistinnen und Journalisten politisch und wirtschaftlich unabhängig arbeiten. Wir begleiten die Menschen durch ihren Tag mit unseren Radio-, Fernseh- und Online-Angeboten. Wir liefern verlässlich relevante Information und bieten Wissen, Bildung und Unterhaltung, ohne kommerziellen Interessen und Zwängen zu unterliegen.

Als ARD sind wir aufgrund unserer multimedialen und föderalen Struktur in besonderem Maße in der Lage, die Menschen in ganz Deutschland über alle sozialen und kulturellen Unterschiede hinweg zu verbinden und so einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs auf einer gemeinsamen Basis herzustellen. Wir bringen technische und programmliche Innovationen im Interesse der Allgemeinheit voran, investieren in neue Produkte und befördern digitale Kompetenz. Zugleich halten wir die deutsche Produzenten- und Kreativlandschaft stark und lebendig, stärken mit eigenen Angeboten den kulturellen Reichtum unseres Landes und sorgen mit unseren Archiven für die Wahrung des kulturellen Erbes.

Um diesem Anspruch bestmöglich gerecht werden zu können, sind wir auf adäquate gesetzgeberische Rahmenbedingungen angewiesen. Insbesondere müssen auch wir die Möglichkeiten, die das Netz bietet, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nutzen dürfen, um auf die ungebrochene Dynamik der Digitalisierung reagieren zu können.

Unser langfristig angelegter Strukturreformprozess erfordert zudem das Denken und Agieren in längeren Perioden. Daher schlagen wir vor, das bisherige Verfahren zur Ermittlung des Finanzbedarfs um längerfristige Planungsperspektiven, einen Entwicklungsplan und Fortschrittsbericht zu ergänzen. So ist gegenüber Gremien, KEF, Medienpolitik und Öffentlichkeit höchste Transparenz über den Fortgang unseres Reformprozesses gewährleistet.

Wir begrüßen, dass die Regierungschefinnen und -chefs der Länder die zeitgemäße Gestaltung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine Weiterentwicklung des Verfahrens zur Ermittlung des Finanzbedarfs auf ihre Agenda gesetzt haben. Gemeinsam haben wir die Chance, den Wert eines freien und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch für künftige Generationen zu bewahren und zeitgemäß fortzuentwickeln. Als ARD leisten wir hierzu unseren Beitrag.